

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Sonntage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Rollen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 nur das erste Wort frei. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Verantwortlicher: Emil L. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 2. Februar 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Eine Blüte deutscher Socialreform.

Unserm Erachtens giebt es sehr wenig Erwerbszweige, in denen die Ausbeutung des Arbeitspersonals durch ruinierende, lange Arbeitszeit, von morgens bis in die späte Nacht, so maßlos geübt wird, wie in den Schank- und Speisewirtschaften und verwandten Betrieben, Hotels, Cafés usw. Hier muß der Gesetzgeber endlich eingreifen, denn die Zustände sind eine Schande für unsere Zeit.

Diese Ausführungen machte der Abgeordnete Weber im Jahre 1888, also vor zwölf Jahren; geschehen ist für die genannte Arbeiterkategorie bis jetzt noch weiter nichts, als daß die Reichsregierung Erhebungen hat anstellen lassen über die Lage (Dauer der Arbeitszeit u.) derselben.

1891 bei Beratung der Gewerbenovelle (Arbeiterbesch. Gesetz) machte die socialdemokratische Fraktion einen Vorstoß nach der Richtung hin, auch für die Angestellten im Gastwirts-gewerbe einen gesetzlichen Schutz der Arbeitskraft zu erlangen. Auf diese Anregungen gab der damalige Handelsminister Freiherr v. Verleppsch folgende Erklärung ab:

„Auf die Frage, ob die verbündeten Regierungen geneigt seien, den Verhältnissen der Gehilfenchaft im Gast- und Schankwirts-schafts- sowie im Verkehrsgewerbe näher zu treten und sie zu regeln, erwidere ich, daß ich anerkenne, daß diese Verhältnisse dringend einer Abhilfe bedürfen, und daß ich nicht anstehen würde, alles zu thun, um möglichst bald zur Verbesserung dieser Mißstände beizutragen. Ich glaube auch nicht bezweifeln zu sollen, daß die verbündeten Regierungen auf demselben Standpunkt stehen, wenn sie auch nicht einen diesbezüglichen Beschluß bis jetzt gefaßt haben. Ich bin der Meinung, meine Herren, daß die Verhältnisse der Gehilfen und Lehrlinge im Gast- und Schankwirts-schafts-Betriebe, im Verkehrs-gewerbe, sowie auch in dem bereits früher behandelten Handelsgewerbe durch eine specielle Gesetzgebung zu erledigen sind, nicht hier im Rahmen dieses allgemeinen gewerblichen Verhältnisse betreffenden Gesetzes.“

Herr v. Verleppsch wollte die ganz besonderen Verhältnisse, die „Eigenart“ des Gewerbes berücksichtigt wissen, und man kann ihm darin beipflichten, daß die außer-gewöhnlichen Verhältnisse eine außergewöhnliche Regelung heischen. Im Jahre 1893 wurde die Kom-mission für Arbeiter-Statistik beauftragt, Untersuchungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der gastwirts-gewerblichen Arbeiter anzustellen. Diese sind nunmehr, nach Verlauf von sechs Jahren, auch endlich ab-geschlossen, und die Kommission hat in ihrer Sitzung im Dezember v. J. bestimmte Vorschläge angenommen, die nur dem Bundesrat unterbreitet werden.

Che wir auf die Vorschläge der Kommission des näheren eingehen, sehen wir uns einmal die Ergebnisse der Unter-suchungen ein wenig an.

Dieselbe Methode, die bei allen früheren Erhebungen, im Bäcker-, Handelsgewerbe usw., angewandt wurde, fand auch hier Anwendung. Zuerst wurden Fragebogen an eine gleiche Zahl von Unternehmern und Arbeitern ver-sandt, durch welche die Dauer der täglichen Arbeitszeit der erwachsenen und jugendlichen Arbeiter und die sonstigen Arbeitsverhältnisse festgestellt werden sollten. Sodann folgten die Gutachten der Vereinigungen der Wirte und der Kellner und Köche. Es mag hier eingeschaltet werden, daß das Hilfs-personal bei den Erhebungen ganz ausgeschlossen ist. Außer diesen Korporationen wurden auch die Krankenkassen, bei denen Kellner und Köche versichert sind, und ebenfalls das Reichs-Gesundheitsamt zur Abgabe eines Gutachtens aufgefordert. Die Befragten hatten sich gutachtlich darüber zu äußern, ob die im Gastwirts-gewerbe übliche Arbeitszeit eine die Gesund-heit schädigende sei, ob und in welcher Weise eine Ein-schränkung derselben durch gesetzliche Maßnahmen möglich und notwendig sei. Schließlich kamen die mündlichen Ver-nehmungen von Auskunfts-personen aus den Reihen der Unternehmer und der Arbeiter.

Diese Erhebungen, die von dem Statistischen Amt und der Kommission mit großem Fleiß zu drei umfangreichen Bänden verarbeitet worden sind, entrollen ein erschreckliches Bild moderner Sklaverei. Das Glück, eine Arbeitszeit von 12 Stunden und weniger zu haben, genießen danach nur 4,3 Proz. der be-fragten Kellner. 12-14 Stunden arbeiten: 7,9 Proz.; 14 bis 16 Stunden: 49,2 Proz.; 16 bis 18 Stunden: 36 Proz.; über 18 Stunden arbeiten: 2,6 Proz. Es giebt also nur etwa 12 Proz. der Kellner, die unter 14 Stunden beschäftigt sind. Das sind wohlverstandene die Durchschnittsziffern des Statistischen Amtes; die Angaben des Kellnerpersonals sind noch bedeutend ungünstiger, während die der Unternehmer etwas günstiger gefärbt sind.

Noch schlimmer als die erwachsenen Gehilfen waren aber die Lehrlinge daran. Von ihnen hatten sogar 60,5 Proz. eine Arbeitszeit von 14-16 Stunden; 23,6 Proz. eine solche von 16-18.

Und wach' eine Arbeit! Ein ewiges Hin- und Hergehen, Trepp' auf, Trepp' ab, durch zugige Korridore in die heiße Küche und die rauchigen Säle und Zimmer. Daß eine solche Ueberanstrengung des jugendlichen, im Wachstum befindlichen Körpers dessen Entwicklung in hohem Maße beeinträchtigt, dürfte jedem klar sein. Schon in diesem Alter wird der Keim zu späterem Siechtum gelegt, die Folgen zeigen sich in den Berichten der Krankenkassen und den Sterblichkeits-Tabellen.

Freiherr von Firds, Geh. Regierungsrat und Mitglied des königlich Preussischen Statistischen Bureaus, hat festgesetzt, daß von je 1000 Sterbefällen bei den Kellnern 528, also über die Hälfte, bei den Köchen 306 auf die Lungen-schwindsucht entfielen. Außerdem erlagen noch 119 Köche und 81 Kellner andern Lungenkrankheiten. In Herzkrank-heiten verstarben 112 Köche und 59 Kellner. Dagegen kamen auf je 1000 Sterbefälle bei den Köchen nur 87,5, bei den Kellnern gar nur 3,8, bei denen Altersschwäche die Ur-sache war.

Das Material, welches von den 23 besagten Kranken-kassen einging, bei denen gastwirts-schaftliches Personal ver-sichert ist, wurde dem Reichs-Gesundheitsamt über-wiesen. Dieses gab auf Grund desselben ein Gutachten ab, in dem es u. a. hieß:

„Nach den obigen Ausführungen ist anzunehmen, daß die Personen des Kellnerstandes besonders infolge der unter ihnen stark verbreiteten Lungenschwindsucht in verhältnismäßig frühem Lebensalter sterben, daß die durchschnittliche Krankheitsdauer bei ihnen die für die Mitglieder sämtlicher Krankenkassen im Deutschen Reich berechnete Höhe übertrifft, endlich, daß die Erkrankungs-gefahr für Kellnerinnen größer ist als für den Durchschnitt der bei Krankenkassen überhaupt versicherten Personen. Diese gesundheits-lieh ungünstigen Verhältnisse sind zum Teil auf die gegenwärtig übliche übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit zurückzuführen. Dasselbe gilt auch für das Köchenpersonal der Schank- und Gast-wirtschaften, bei welchem die Lungenschwindsucht gleichfalls häufig angetroffen wird. Auch bei diesem Personal, vorzugs-weise bei den Köchinnen und Rauschells, sind die vor-kommenden Krankheitsfälle von ungewöhnlich langer Dauer.“

Es ist daher angezeigt, für Personen des Kellnerstandes sowohl wie für das Köchenpersonal in Gasthäusern und Schank-wirtschaften, zumal für die noch in der körperlichen Ent-wicklung stehenden Lehrlinge und für die weib-lichen Personen, eine Kürzung dieser Arbeitszeit auf gesetz-lichem Wege einzutreten zu lassen.“

Das Reichs-Gesundheitsamt schlug die Festsetzung einer Mindest-Ruhezeit vor, deren Dauer für Erwachsene wenigstens acht Stunden, für jugendliche und weibliche Personen wenigstens zehn Stunden, in beiden Fällen ohne die Wege nach und von der Arbeitsstätte gerechnet, zu betragen hätte. Außerdem empfahl das Reichs-Gesundheitsamt die regelmäßige Wiederkehr von Ruhetagen.

Man hätte meinen sollen, daß die Kommission für Arbeiter-statistik, deren Mitgliedern das ganze Material zugänglich gewesen, vor deren Augen der ganze Jammer einer aufs äußerste aus-gebeuteten und gedemütigten Arbeiterschicht aufgerollt wurde, doch diese Körperschaft, wenn ihr schon die in bescheidenem Rahmen gehaltenen Vorschläge des Referenten zu weit gingen, dann wenigstens nicht unter die Forderungen des Reichs-Gesundheitsamtes gehen werde. Denn die Vorschläge des Reichs-Gesundheitsamtes waren ja nur gemacht worden vom Standpunkt der öffentlichen Gesundheitspflege, der den Schutz der Arbeitskraft nur gerade in so weit ausgerichtet sehen will, als er notwendig ist, um die vollständige Degeneration der betreffenden Arbeiterschicht zu verhindern. Nicht mehr, nicht minder! Nur die Arbeitskraft kam in Betracht, ihr sollte nach dem Gutachten des Gesundheitsamtes in den allerengsten Grenzen die Möglichkeit gegeben werden, sich in der notdürftigsten Weise zu ergänzen und zu erneuern.

Für den Menschen als Mensch war dabei noch nichts getan, keine Zeit zur Erholung, geistigen Fortbildung. Dahin hätte die Kommission ihre Vorschläge erweitern sollen.

Weit gefehlt! Sie blieb in ihren Vorschlägen noch hinter dem im Gutachten des Reichs-Gesundheitsamtes Geforderten zurück. Die Vorschläge des Referenten Wolkenbuhr wurden glatt ab-gelehnt, und die des Korreferenten, des bayerischen Ministerial-direktors v. Seereman angenommen, durch welche dem Reichs-kanzler empfohlen wird, daß für Kellner, Kellnerinnen, Lehrlinge, Köche, Kochlehrlinge, einen Teil der Köchinnen und Rauschells eine Ruhezeit von acht Stunden täglich, welche noch an 60 Tagen im Jahre um eine Stunde verkürzt werden darf, und außerdem wöchentlich eine Ausgehzeit von sechs Stunden vorgeschrieben werde. Ferner soll nach den Beschlüssen der Kommission den geschäftigen Personen in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern alle drei Wochen statt der Ausgehzeit von sechs Stunden ein freier Tag bewilligt werden. Weibliche Personen von unter 18 Jahren soll das Bedienen der Gäste unter-sagt werden, und für Kellner und Köche im Alter von unter 16 Jahren die Arbeit in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten werden. Köchenmädchen von unter 16 Jahren sollen die ganze Nacht beschäftigt werden dürfen.

Das ist also der 16stündige Normalarbeitstag, die ruindste Arbeitszeit, die, nach Angabe der Unternehmer, heute 68 Proz. der Kellner zu leisten haben — den andern wird eine noch längere zugemutet —, dieser skandalöse Zustand soll gesetzlich sanktioniert werden.

Zum Schluß der Bäcker verlangte die Kommission im Jahre 1894, daß die Arbeitszeit 12 Stunden oder einschließ-lich gelegentlicher Ueberarbeiten 13 1/2 Stunden nicht überschreiten dürfe, für jugendliche forderte sie noch zwei, bezw. eine Stunde mehr Ruhezeit. Außerdem wurde ihnen eine 16stündige Sonntagsruhe garantiert. Die Handlungsgesellen haben ebenfalls durch die Gesetzgebung die Sonntagsruhe erhalten, für die in Ladengeschäften beschäftigten Personen schlug die Kommission 1896 eine Mindest-

ruhezeit von 9 Stunden vor; außerdem wurde eine Mittags-pause für nötig erachtet. Erheblich schlechter kamen schon die Müller weg, über deren Ruhezeit die Kommission im November 1898 beschloß. Aber immerhin wurden für diese in Betrieben mit mindestens drei Hilfspersonen 10 Stunden Ruhezeit gefordert.

So ist die Kommission Schritt für Schritt vor dem Stummischen Geist zurückgewichen, ihre Forderungen zu Gunsten der Arbeiter sind immer bescheidenere ge-worden, bis denn die kaiserlich deutsche Socialreform glücklich dahin gelangt ist, den 16stündigen Maximal-Arbeitstag als einen gesetzgeberischen Fortschritt zu empfehlen.

Die Zeit der „Socialreform“, soweit sie in Deutschland existiert hat, ist vorbei. Herr von Verleppsch, der dazu berufen war, sie zur Durchführung zu bringen, ist längst ge-gangen — worden, Herr von Kottenburg, der die Arbeiten in der Kommission für Arbeiterstatistik mit großer Objektivität leitete und im ganzen bestrbt war, die sociale Gesetzgebung zu fördern, ist von der Reaktion hinweggefegt. An ihre Stelle sind Männer getreten, wie der Herr v. Posa-domsky, der ausdrücklich die besitzenden Klassen aufgerufen hat, mit der Regierung zu kämpfen gegen die besitzlosen Klassen. Mehr und mehr hat der Stummische Geist wieder die Oberhand gewonnen, der Gedanke der Social-reform ist eine „vorübergehende Erscheinung“ gewesen, die zum „Austoben“ aber gar nicht gekommen ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Februar.

Der Reichstag

hatte am Donnerstag eine sehr kurze Sitzung. Der Rest des Pos-tals war in laun mehr als einer Stunde, ohne nennenswerte Debatte erledigt und das Haus verlegte sich bis zum nächsten Dienstag, wo die Beratung der lux. Heine fortgesetzt werden soll. Die Stimmung der Reichstoten, die sich allerdings nicht sehr zahl-reich eingehunden hatten, war eine sehr heitere. Die Flottenvorlage, um welche der Kampf in der zweiten Hälfte der nächsten Woche be-ginnen soll, weckt keine großen Sorgen zu verursachen. Ober lag in der Heiterkeit etwa — Galgenhumor? —

Das preussische Abgeordnetenhaus

hat heute den Etat der Gehilfenverwaltung in zweiter Lesung be-raten. Aus der Debatte sind besonders interessant die Mitteilungen, die der Abg. Kopsch (fr. Sp.) über die Schulverhältnisse auf dem Gebiet Tealchen machte. Patron hält Schule ist die Gehilfenverwaltung. Sonderbarerweise unterstehen der-artige Schulen auch nicht dem Kultusminister, sondern dem Landwirtschaftsminister, so daß zum Beispiel die Verhältnisse der dort angestellten Lehrer ganz anders geregelt sind als die der übrigen Volksschullehrer. Der sich einiger-maßen mit dem Volksaufbau vertraut gemacht hat, der weiß, wie horrende Zustände auf diesem Gebiete gerade in Ostpreußen bestehen. Aber alle diese Mißstände werden in den Schotten gestellt, sobald man die Schulen auf dem Gebiet Tealchen betrachtet. Daß die Regierung das Vorhandensein der Mißstände bestritt, will nichts sagen. Wann hat je die preussische Regierung Klagen über Vernach-lässigung von Kulturaufgaben für begründet erklärt? Charakteristisch für den geistigen Zustand des Abgeordnetenhauses ist es, daß zwar eine große Zahl von Rednern lange Reden über Pferdequäl hält, daß aber mit ein einziger das Wort zu der von dem Abg. Kopsch angeregten Frage ergreift. Gute und kräftige Pferde halten diese Herren eben für wichtiger, als eine geistig und körperlich gesunde Jugend.

Nach Erledigung des Bestätsetats wandte sich das Haus der Beratung des Vergetats zu. Die Debatte drehte sich fast aus-schließlich um die Frage der Kohlenmonopolrechte, die nach Ansicht des Abg. Freiherrn von Egnatten (C) an der Steigerung der Kohlenpreise die Schuld tragen, während der Rationalliberale Schmie die gerade das Gegenteil behauptete und der Meinung Aus-druck gab, daß ohne Subsidate die Preise noch viel höhere sein würden. Dieser Ansicht schloß sich auch der Minister v. Trevel-dan, der im übrigen die Mitteilung machte, daß er eine Kommission ein-gesetzt habe, um die Wirksamkeit der Subsidate zu prüfen. Neben-bei wurde auch die Deutenot gestreift, die nach Ansicht der Abg. Schmie-ding und Gothein die wesentlichsten Ursachen der Kohlennot ist.

Die Debatte wird erst am Montag fortgesetzt.

Ein starker Mann.

der ja dumm sein darf, wenn er es nicht gar sein muß, schriftsteller gegenwärtig in der ministeriellen „Berliner Korrespondenz“. Er verteidigt Herrn v. Poddelski wegen der Erdrosselung — Herr v. Ballestrem möge dieses dem Staats-sekretär Pofadomsky und seinem Vilde vom An-die-Gurgel-springen abgelauchte Gleichnis nicht allzu ungebildet finden — des Postunterbeamten-Verbandes mit der folgenden feinen Wendung:

„Die Angestellten der Reichspost schulden dem Herrn Staatssekretär v. Poddelski Dank, weil sein Vorgehen die Gewissenskonflikte hinweggeräumt hat, welche aus dem unüber-brüchbaren Widerspruch zwischen loyaler Erfüllung der Beamten-pflichten einerseits und Förderung socialistischer Umtriebe ander-seits sich ergeben mußten.“

Schade, daß Herr v. Poddelski im Reichstag nicht die Dankbriefe der von ihm ihres Koalitionsrechtes beraubten Unterbeamten verlesen hat. Jedenfalls hat der starke Journalist der „Berliner Korrespondenz“ für die Begriffe Vergewaltigung und Terrorismus eine Wendung gefunden, um die ihn die alten Inquisitoren beneiden könnten. Ober irren wir uns: Gaben die Richter, die Giordano Bruno ver-

braunten, nicht auch in ihrem Urteil die Wendung gebraucht: Der Verurteilte schuldet uns Dank, weil seine Verbrennung die Wissenschaften hintergründig, welche aus dem unüberbrückbaren Widerspruch zwischen loyaler Erfüllung der Christenpflichten und der Förderung atheistischer Untriebe andererseits sich ergeben mühten?

Wenn einmal ein organisierter Arbeiter einen Streikbrecher gewaltfam an der Fortsetzung der Arbeit hindern sollte, so wird er vor Gericht und mit größerem Recht als der social übergewaltige Postbeherrscher das Argument geltend machen, daß er dem Streikbrecher nur den Gewissenskonflikt hinweggeräumt habe, der aus seinen Pflichten der Arbeiterkollektivität und seiner Förderung der Unternehmerinteressen sich ergeben mußte; der Streikbrecher schuldet ihm folglich Dank für die erlittene Mißhandlung. Nicht Zuchthaus verdient also nach des Vordiebels-Offiziösen Auffassung ein Terrorist, sondern eine Dankagung für die Hinwegräumung des Gewissenskonflikts.

Deutsches Reich.

Die Ueberbürdung der Flottenagitatoren.

Neue Enthaltungen über den Flottenverein kommen in Sicht. Angekündigt werden sie von dem Flottenredner Röpe, demselben, der zu Beginn des vorigen Monats als Bevollmächtigter des Flottenvereins in hamoverischen Landstädten in Wort und Bild die Notwendigkeit der Flottenvermehrung beweisen sollte, der dann aber infolge Genusses von Portwein und, wie es hieß, noch „scharferer Sachen“ mit seinen Reden erst fürchterlich absiel und dann unaussprechbar verschwand, indem er einfach zu den angelegten Versammlungen nicht mehr erschien. Er läßt jetzt plötzlich wieder etwas von sich hören. Der Vorstand des Flottenvereins hatte, wie geschrieben wurde, seine Belanntschaft abgelehnt und jedenfallß hat er ihn im stillen abgeholt. Das ist zwischen den Zeilen einer Zuchtschrift zu lesen, die Röpe soeben im „Bremer Courrier“ veröffentlicht.

Röpe teilt darin mit, daß er zuletzt Sprachlehrer in Oldenburg gewesen sei und daß zu seinen Zuhörern die Offiziere der Oldenburger Regimenter und der Marine in Wilhelmshaven saßen, die ihm stets dankbare Anerkennung gesollt hätten. Für einen besonderen Redner habe er sich nie gehalten, aber dem Vorwurf, daß seine Rede ein „Viertheilsgelauder“ darstelle, stellt er die Reminiscenz gegenüber, daß der jetzige Kanzler des Flottenvereins Herr v. Beaulieu ihn nach einem in Berlin gehaltenen Vortrage die Hand geschüttelt und gesagt habe: „Ich danke Ihnen für den schönen Vortrag, Herr Röpe. Ich sehe, Sie sind unser Mann.“

Er sei zu 10-12 Vorträgen pro Monat kontraktlich verpflichtet worden, habe dann aber erst in 32 aufeinander folgenden Tagen an 32 verschiedenen Orten 32 Vorträge halten müssen und vom 1. Januar ab in der Provinz Hannover wieder in 34 aufeinander folgenden Tagen 38 Vorträge halten sollen. Das ist allerdings mehr, als die ideale Flottenbegeisterung zu leisten vermag. Sein Beschwerde ist lediglich auf Ueberbürdung, Uebermüdung und Halsabspannung. Aber er wurde kurzweg kommandiert und hat nicht zu opponieren gewagt. Die militärische Oberleitung des Flottenvereins „arbeitete“ eben exerziermäßig mit marsch-marsch-hura, und da der Flottenpatriotismus trotz alles Gestampfs keine Armee von Flottenrednern aus dem Boden loden kann, so muß das durchsichtige Häuflein der vorhandenen Kräfte sich höchst einfach bis zum letzten Rehlentlaut „wie ein alter Dreißigengaul“ — so schreibt Herr Röpe — abtreiben lassen.

Röpes Karriere im Flottenverein hat ein jähes Ende gefunden und jetzt kündigt der Gesandte seine Vergeltung folgendermaßen an: „Auch giebt es Dinge im Flottenverein, von welchen das Publikum in seiner Philosophie nicht träumt. Vieles davon wird über kurz oder lang an die Öffentlichkeit kommen.“

Mit der letzten Drohung erinnert dieser kleine Schweinburg an den großen Schweinburg, der auch, nachdem er abgehört, Enthaltungen ankündigte, hoffnungsvolle Proben feierte, dann aber plötzlich schwieg; der erschredete Flottenverein hatte sich offenbar mit dem Manne „versöhnt“.

Wir glauben, daß der Flottenverein schließlich auch dem armen Röpe seinen Ueberbürdungs-Portwein nachsehen wird.

Eine besondere Reichs-Flottensteuer verlangt die „Köln. Volksztg.“. Das Blatt kommt zurück auf den Vorschlag einer Besteuerung der größeren Vermögen. Für Preußen wäre die Sache steuerrechtlich einfach durch Zuschläge zu den höheren Stufen der bestehenden Vermögenssteuer zu regeln, für diejenigen deutschen Bundesstaaten, welche eine Vermögenssteuer nicht besitzen, wäre dieselbe auf der Grundlage der Selbstverschätzung einzuführen.

Das ist aber nur die eine Seite der Behandlung der Kostenfrage durch das rheinische Links-Centrumsbblatt. An einer anderen Stelle desselben Artikels sagt die „Köln. Volksztg.“:

„Mit Recht wird es als bedenklich bezeichnet, Steuern auf Vorrat zu bewilligen, also neue Steuern einzuführen, ehe man noch weiß, ob solche überhaupt notwendig sind. Das wird auch das Centrum nicht wollen. Was es aber verlangen muß, ist, daß vorher bestimmt und ungewandert festgelegt wird, was für eine Steuer oder welche Art der Kostenbeschaffung Platz greifen soll für den Fall, daß die Einnahmen des Reichs zur Deckung der Kosten nicht genügen. Eine unbestimmte oder bloß negative Klausel genügt nicht.“

Da haben wir es. Auch das Centrum will die neue Schiffsvermehrung aus den Zöllen und Verbrauchssteuern, die auf den unmittelbaren Volksschiffen besonders schwer lasten, bestreiten. Nur wenn diese Reichseinnahmen nicht zureichen, dann soll eine Besteuerung der Reichen eintreten!

Die Prediger in der Wüste. Der Aufruf an die Flottenbegeisterung der Theaterdirektoren macht dem frommen „Reichsboten“ Mut, nochmals an die verstockten Selbstkränke der Großindustriellen zu klopfen:

„Hoffentlich findet diese Aufforderung Anklang — aber nicht bloß bei den Schauspielern, sondern auch bei den Großkaufleuten, Reedern und Großindustriellen, die durch ihren Exporthandel einen besonderen Vorteil von der Flotte haben. Es würde gewiß einen sehr guten Eindruck bei der ganzen Nation machen und doch einmal eine patriotische That auch aus diesen Kreisen sein, wenn sie die Kosten zum Bau eines Linienschiffes und der dazu gehörigen großen Kreuzer übernehmen würden.“

Also nur ein Linienschiff und einige Kreuzer mutet der „Reichsbote“ den Flottenmitgliebrern zu. Und doch welche bewundernswürdige Glaubensstärke zeigt sich in dieser Einschätzung! Möge des „Reichsboten“ fromme Zuredung nicht allzu sehr erschüttert werden, wenn er bei der „Nordd. Allg. Ztg.“ anfragt, wieviel die von ihr vor kurzem unternommene Sammlung eingebracht habe.

Auch eine vorübergehende Erscheinung. Daß gerade jetzt der Letztere (der Vitalismus, die Lehre von einer besonders übernatürlichen Lebenskraft) an Ausdehnung gewinnt, erklärt sich zum Teil auch aus der bedauerlichen Thatsache der allgemeinen Reaktion im geistigen und politischen Leben, welche das letzte Decennium des neunzehnten Jahrhunderts . . . auszeichnet. In Deutschland insbesondere hat der sogenannte „neue Kurs“ höchst depressivende byzantinische Zustände nicht nur im politischen und kirchlichen Leben, sondern auch in Kunst und Wissenschaft hervorgerufen. Indessen bedeutet diese moderne Reaktion im

großen und ganzen doch nur eine vorübergehende Episode.“

So zu lesen in Hädels Buch „Die Welttrüfel“, Bonn 1899.

Die Lex Heinze

wirft ihre Schatten voraus. Vor dem Landgericht München I stand, angeklagt wegen eines Verbrechens der Kuppelerei (§ 181, Minimum 1 Jahr Zuchthaus) eine 46 Jahre alte Hausverwalterin. Die Anklage ging, nach dem Bericht der „Münchener Post“ dahin, daß die Angeklagte der Unzucht ihres leiblichen Sohnes dadurch Vorschub leistete, daß sie als Hausmeisterin an ihren Sohn und dessen Geliebte (welche beide zur kritischen Zeit verlobt und bereits die Heiratspapiere in Händen hatten und jetzt seit zwei Monaten verheiratet sind, in dem von ihr verwalteten Hause eine Wohnung, bestehend aus Zimmer und Küche, vermietet hat. — Die Anzeige wurde von dem Tagelöhner und Unterhändler Georg Hörner aus Mache darüber erstattet, daß ihm von der Angeklagten infolge seines Mietzinsrückstandes die Wohnung gekündigt wurde. — Die Beschuldigte bestritt in ihrem Verhör das ihr zur Last gelegte That und wies durch Zeugen nach, daß ihre Wohnung sich in Vorderhaus, die Wohnung ihres Sohnes und ihrer Schwiegertochter aber im Rückgebäude befand. Die Wohnung habe sie an die jungen Leute vermietet, nicht um dem Sohn Gelegenheit zur „Unzucht“ zu geben, sondern weil sie eben leer wurde und in Wäldle die Heirat in Aussicht stand. Zu alledem habe ihr Sohn nur einige Tage mit seiner Braut zusammengeohnt und sei sofort ausgezogen, als sie (die Hausmeisterin) von dem Schutzmann Verlesberger auf die Strafbarkeit eines derartigen Zusammenlebens aufmerksam gemacht wurde. — Sohn und Schwiegertochter machten von dem ihnen zustehenden Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch. Infolgedessen schämpte der Beweis der Anklage auf die Aussage einer Inwohnerin, die den Sohn einmal zur kritischen Zeit aus der Wohnung seiner Braut kommen sah, und auf den Umstand, daß in der Wohnung der Braut zwei Betten in einem Zimmer aufgeschlagen waren — ergo „Unzucht“ getrieben worden sein muß — zusammen. Trotz dieses geradezu kläglichen Beweismaterials hielt Staatsanwalt Willibald Raier die Anklage wegen eines Verbrechens der Kuppelerei anrecht und beantragte „in Rücksicht auf die grobe Pflichtverletzung“ gegen die Mutter — man höre! — zwei Jahre Zuchthaus!! Nach längerer Beratung machte der Vorsitzende die Angeklagte auf die möglicherweise eintretende Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts aufmerksam, wonach nämlich das Gericht annehmen könnte, daß nicht ein Verbrechen der Kuppelerei, wohl aber ein — Vergehen des Verleumdens, gegen die Mutter der Kuppelerei vorliegen könnte. Nach dem hierauf verhandelten Urteil wurde die Angeklagte — kaum glaublich — auch wegen eines Vergehens des Verleumdens zu einem Verbrechen der Kuppelerei schuldig gesprochen und unter Annahme mildernden Umstände zu 4 Monaten 15 Tagen Gefängnis (gleich 3 Monate Zuchthaus) verurteilt!!

Es bedarf wohl keiner langen Ausführungen, um darzutun, daß auch dieses juristische Urteil, wie viele andre, im Gegentheil steht zu den in weiten Kreisen des Volks herrschenden Anschauungen über Sitte und Moral. Das Urteil zeigt, was wir zu gewärtigen haben, wenn die Lex Heinze in ihrer jetzigen Fassung endgiltig angenommen ist. Sie würde nichts sein als eine Quelle gemeinster Demagogik; sie würde die Sittlichkeit herabdrücken, zu deren Hebung das Gesetz bestimmt ist.

Eine Mobilisierung der „edlen Herren der Kirche“ zu Gunsten der Flotte scheint angeordnet zu sein. Schon hat der Erzbischof von Köln, Dr. Simar zu Kaisers Geburtstag für die Marinevorlage gebittet:

Es mache sich, sagt der Erzbischof, in Deutschland ein unverkennbares aus dem Volke herauswachsendes Bestreben geltend, nach auswärts die Ehre des deutschen Namens zu tragen und die Deutschen, wo sie immer sich ansiedelten, unter den Schutz der deutschen Flagge zu stellen. Der Kaiser trage und die Kirche voran, und es sei unsere Pflicht, dem Mahnrufe des Kaisers zu entsprechen. Die Frage der Kosten könne nur in zweiter Linie in Betracht kommen.

Ganz wie zur Zeit des Septennatschwindsels 1887. Damals erklärte sich sogar der Papst für das Septennat gegen die Centrumspolitik. Damals wagte freilich die „Germania“ zu schreiben: Die veralteten und so oft schon gebrauchten Mittelchen, in dieser politischen und finanziellen Frage uns mit dem Papste zu drohen, lassen uns vollständig kalt.“ Und als Cardinal Jacobini sein bekanntes Schreiben veröffentlichte, in der er die septennatsfeindliche Politik des Centrums tadelt, nannte dieselbe „Germania“ die päpstliche Kundgebung einen Dieb, den das Centrum kräftig parieren werde.

Heute läßt sich das Centrum schon durch eine erzbischöfliche Rede einschüchtern. Das Angebot des Klerus aber für die Flotte ist nicht gerade geeignet, der „Weltpolitik“ neue Freunde zu werden.

Tredben, 31. Januar. (Eig. Ber.) Am Dienstag stand in der zweiten Kammer der Justizetat zur Schlussberatung. Unser Genosse Frähdorf nahm Gelegenheit, die Rechtszustände in Sachsen in ihrer ganzen Glorie zu charakterisieren. Der ambulante Gerichtsstand, der grobe Unzucht in seiner oberlandesgerichtlichen Entwidlung, das Löbauer Zuchthausurteil und vieles andre mehr ließ Frähdorf neu positionieren, um zu dem Schluß zu kommen, daß im Klassenstaat Sachsen Klaffenjustiz in offenkundiger Weise herrscht. Recht un bequem war es offenbar den andern Herrn, als unser Genosse an der Hand des bekannten Berliner Landgerichts-Urteils den richterlichen Beweis dafür erbrachte, daß in Sachsen in der Rechtspredung Socialdemokraten thatsächlich weniger Recht haben, als andre Leute. Der Präsident, ein sehr nervöser und leicht erregbarer Herr, erteilte wieder zwei Ordnungsrufe in einem Atemzuge. Der Justizminister Dr. Schurig erwiderte beispiellos matt und kurz. Er erklärte, daß er nichts zu sagen brauche, weil die Regierung keinen Einspruch auf richterliche Urteile habe. Auf den von Fr. erhobenen Vorwurf, daß die sächsische Regierung der Reform des Strafrechtsschwierigkeiten im Bundesrat mache, erwiderte der Minister weiter nichts, als daß die sächsische Regierung „nach wie vor“ mit der Einführung der Berufung gegen Strafsammerurteile erster Instanz nicht einverstanden sei.

Am Mittwoch kam die konservative Interpellation über die Kontrolle der gerichtlichen Fleischschau zur Sprache. Die sächsischen Agrarier wollten wissen, wie sich ihre Regierung zu dem betr. Gesetzentwurf, der jetzt noch dem Reichstag vorliegt, gestellt hat, da jener Entwurf den Herren in vielen Beziehungen nicht gefält. Die Begründung der Interpellation hatte der Abg. Töpfer, ein neubodener Parlamentarier und agrarischer Heßhörn erster Güte, übernommen. Mit einer höheren politischen und volkswirtschaftlichen Unkenntnis und Unverschämtheit dürfte noch selten in einem Parlament geredet worden sein. Brachte es der Herr doch zum Entsetzen seiner eigenen Freunde fertig, zu behaupten, daß es grundfalsch sei, wenn man behaupte, Deutschland sei auf den Fleischimport angewiesen. Und in demselben Atemzuge, wo er die Interpellation als einzig von der Fürsorge für die Gesundheit der Nationen diktiert hinstellte, erklärte er, daß der betreffende Reichs-Gesetzentwurf ein Schlag ins Gesicht des Produzenten sei usw. Den Gipfel der Unverschämtheit erreichte der Herr aber entschieden, als er behauptete, man sei es schon gewöhnt, daß der Bundesrat durch Ausföhrungsverordnungen alle der Landwirtschaft wirklich günstigen Gesetze verderbe. Der gut vorbereitete Minister

von Meisch hatte einer solchen „Begründung“ gegenüber natürlich leichtes Spiel. Mit nicht unglücklicher Ironie wies er an der Hand von Thatsachen die Interpretation als zwecklos zurück. Fast spöttisch wies er darauf hin, daß die Einföhrung von 311300 Schweinen und 453000 Rindern im Jahre 1898 doch „einige Beachtung“ verdiene, und daß man „später einmal“, wenn wir nicht mehr so auf den Import angewiesen sind, für stärkere Maßregeln bei der Fleischbeschau eintreten könne. Natürlich nahm der Minister auch den Bundesrat in Schutz. Den socialdemokratischen Standpunkt vertrat unser Genosse Frähdorf.

Carlruhe, 31. Januar. (Eig. Ber.) Fünf Tage nahm die allgemeine Budgetdebatte im badischen Landtag in Anspruch. Genosse Dreesbach behandelte die finanziellen und politischen Fragen. Vor allem kritisierte er die schlechte Bezahlung und unregelmäßige Arbeitszeit der im badischen Eisenbahn-Betrieb beschäftigten Arbeiter und niederen Bediensteten.

Mit beiführender Satire ließ Dreesbach die Flottenpatrioten abklopfen. Einer derselben hatte unter andern gesagt, die Arbeiter mühten sich für die Flottenvorlage ein, dem damit bekommen sie Gelegenheit zum Arbeiten und zum Streiken. Schlagfertig erwiderte Dreesbach hierauf, damit könne man auch die Zuchthausvorlage begründen; denn die streikenden Arbeiter lämen durch ihre Streiks ins Zuchthaus, und zwar in so großer Zahl, daß die jetzigen Zuchthäuser nicht mehr genügen würden; es mühten also neue gebaut werden; damit wäre neue Arbeitsgelegenheit und Streikgelegenheit gegeben, die wieder die Arbeiter ins Zuchthaus führte und neue Zuchthausbauten erforderte. Durch dieses perpetuum mobile könne man auf die einfachste Weise der Welt die Socialdemokratie heilselig durch Schaffung reichlicher Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter.

Am Schlusse seiner Rede verbat sich Dreesbach das Lob des Ministers Eisenlohr, die Socialdemokratie sei in den letzten Jahren zahmer geworden. „Wir sind was wir waren und bleiben was wir sind.“

Die Regierung verhielt sich im allgemeinen sehr entgegenkommend. In der Wahlrechtsfrage will sie mit sich reden lassen, aber das pure direkte Wahlrecht will sie nicht accipieren. Nach dem Verlauf der Debatte zu schließen, hat der socialdemokratische Antrag auf Einführung des proportionalen Wahlsystems wohl am meisten Aussicht auf Annahme.

Eine Verschärfung der Leutenot fürchten die Agrarier, weil die russischen Landwirte eine Verschärfung der Freuhengängerei verlangen. — Unsere Agrarier sind bekanntlich außerordentlich „national“, was sie nicht hindert, den Import der billigen Fremden, wenn's nötig wäre mit Gewalt, zu fördern.

Weiteres aus dem Reglement für vaterländische Dramen. Von den Erfahrungen, die Ernst Wichert mit dem königlichen Schauspielhaus zu Berlin gemacht, erzählt die „Volksztg.“ ein weiteres Beispiel. Wichert hatte, als sein harmloses und daher vollkommen schauspielhaus-reifes Lustspiel „Der Tausch“ bereits aufgeführt war, eine Unterredung mit dem litterarischen Salomo der Hofbühne, mit dem er wegen der Einreichung eines neuen Stüdes unterhandelte. Der Hofbühnen-Censor riet ihm,

„um Gimmelswillen kein Trauerspiel zu bringen; es fehle dafür beim Publikum durchaus an Teilnahme. Allenfalls ein modernes Schauspiel, am liebsten wieder ein Lustspiel, das aber nicht politisch sein, kirchliches Gebiet nicht berühren und sich von jeder Satire gegen die höhere Gesellschaft freihalten müsse.“

Es ist gut, daß Schiller „Kabale und Liebe“ im 18. Jahrhundert geschrieben hat!

Starker Tabak.

Man schreibt uns: Den Hofmann zu übertrumpfen ist händelische Melisse mit mehr Eifer als Verstand. Seitdem Herr Goby es erreicht hat, als im Gefolge des Kaisers befindlich in den Blättern erwähnt zu werden, scheint man im Lager der Hoflieferanten den Gipsel der Geschmacklosigkeit für die wirksamste Waffe im Kampf gegen die Konkurrenz anzusehen. Oder hat sich etwa ein hinterlistiger Majestätsbeleidiger einen schlechten Witz erlaubt, indem er die bei unsren „Aristokraten“ sehr beliebte Cigarettenfirma D. & C. veranlaßte, eine neue Marke mit dem Bild des Kaisers und der Ueberschrift „Il principe de la Paz“ auszustatten und mit einer Verkleinerung dieses Bildes und der Ueberschrift in den Blättern anzupreisen?

Wenn ein Socialdemokrat sich das erlaubte, würde er gewiß wegen boshaften Majestätsverbrechens mit drei Jahren Einzelhaft belegt werden.

„Il Principe de la Paz“ ist, wie Geschichtskundigen sehr bekannt ist, der offizielle und wissenschaftliche Titel jenes elenden Garde-Offiziers namens Godyon, den die Königin Marie Luise von Spanien erst zum Neben Gemahl (was ihre Sache war, denn aber auch zum wirklichen Regenten von Spanien, zum Herzog von Alcudia etc. etc. „erhob“. Alle Titel schätzte der Günstling, dessen einziges Verdienst ganz Europa kannte, gering gegen die Würde des „Principe de la Paz“, des Friedensfürsten, mit der Godyon „belieidet“ wurde, als er 1795 den Frieden mit der französischen Republik zu stande brachte. Unter diesem Titel erschienen seine Memoiren, unter ihm ist er in den Resolutions der Geschichte verzeichnet; auf jenen Titel hat sich die ganze Verächtung geschäft, die Godyon sich zu erwerben getrachtet hat. Schloßer bezeichnet ihn als eine schlaffe und gemeine Natur, die weder als Privatmann noch als Staatsmann etwas Ruhmliches gethan und als Quelle der Königin (nebenbei war er offener Bigamist) nicht einmal die brutale Kraft der Günstlinge Katharinas von Rußland gezeigt habe. Der „Principe de la Paz“ wurde aber mit mehr Gimm überhäuft, als je ein Staatsmann an irgend einem Hofe genossen hat. In seinem eigentlichen Amte bei der Königin muß er also wohl unentbehrlich gewesen sein. Dafür hat er die spanischen Bourbonen so verächtlich gemacht, daß die Schmach aus jenen Tagen noch nicht vergessen ist, so wenig wie der „Principe de la Paz“ selbst, den jedermann in Spanien noch kennt und nennt.

Einen so kompromittierten historischen Titel mit der Person des Kaisers in Verbindung zu bringen, das ist vielleicht der Gipfel jener Geschmacklosigkeiten, mit denen die Händler-Melisse jetzt einen wirklichen öffentlichen Unfug macht; höchstens die „Bismarck-Würste“ möchten damit noch in Wettbewerb treten können.

Ein Zeitungs-Krähwinkel. Eine Zuchtschrift aus Essen in unserer Nummer 14 dieses Jahres schilderte das kleinliche Verhalten der dortigen bürgerlichen Presse gegenüber unserm Parteiorgan. Der Redacteur eines der angegriffenen Blätter, des „Allg. Beobachters“, Herr Schored, sendet uns daraufhin eine Zuchtschrift, aus der wir folgendes Thatsächliche mitteilen. Herr Schored schreibt:

„Wenn in dem Artikel des „Vorwärts“ behauptet wird, ich hätte im „Allg. Beobachter“ für Beschwerden der Arbeiter, für Mißstände in der Kruppischen Fabrik, im Vorwieser u. dgl. keinen Raum, so ist diese Behauptung unrichtig. Ich stand und stehe mit dem „Allg. Beobachter“ den Arbeitern, ob sich deren Beschwerden gegen Mißstände in der Kruppischen Fabrik, gegen solche im Bauwesen oder im Bergbau oder gegen sonstige richten, stets zur Verfügung und laum dafür Ruhende Belege aus der Zeit vor dem Erscheinen des „Vorwärts“ und seit dem Erscheinen desselben erbringen. Aus beifolgenden Nummern des von mir geleiteten Blattes „Allg. Beobachter“ laum die Reaktionen des „Vorwärts“ ersehen, daß ich mich keineswegs um die Sache der „Geschloßlieferung der Firma Krupp an England“ herumgedrückt; die verehrte Redaktion laum sich ferner davon überzeugen, daß es — unwar ist, wenn der Verfasser des betreffenden Artikels behauptete, ich hätte erst, nachdem die „Abein. Westf. Ztg.“ das bekannte Dementi aus Baden veröffentlicht, den „Apf“ aus dem Sacke gebracht.“ Das Dementi der „Abein. Westf. Ztg.“ erschien am 7. Januar, meine erste Mitteilung bezügl. der Geschloßlieferung mit Nennung des „Bedruf“ als Quelle am 30. Dezember und u. a.

mit folgender Bemerkung: „Also die Kruppische Fabrik fertigt Granaten an, mit welchen deutsche Stammesgenossen und deutsche Brüder niederlärstisch werden sollen!“ Zwei spätere Nummern beschäftigen sich im gleichen Sinn lang und breit mit derselben Sache.“

Ausland.

Frankreich.

Paris, 1. Februar. Der Senat hat heute seine Sitzungen wieder aufgenommen und ohne Debatte mehrere Wahlen, darunter auch diejenige Merciers, für gültig erklärt.

Paris, 1. Februar. Das Organ der Affirmationisten „La Croix“ teilt mit, es habe zahlreiche Geldspenden für die mit der Schallsperre bestraften Bischöfe erhalten.

Der große Jala-Prozess, in welchem der Romancier zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, wird am 26. d. M. in Versailles nochmals zur Verhandlung kommen und dürfte sich alsdann mehrere Wochen hindurch erstrecken. — Der Prozeß der Witwe Henry gegen Renaud findet am 19. März statt. —

Politik in der Academie française. Die feierliche Aufnahme des Kammerpräsidenten Dechanel in die Academie française fand am Donnerstag statt. Zu seiner Lobrede auf seinen Vorgänger Herbe wies Dechanel darauf hin, daß das parlamentarische Regime in allen Ländern eine Krise durchmache. Die Demokratie scheine sich nach neuen Einrichtungen umzusehen. Dechanel verlangt eine Zersetzung der Gewalt. Eine Exekutivgewalt, welche die Kammer erblicke, sei ebenso gefährlich, wie die Kammer, welche die Exekutivgewalt lahmlegen; das eine führe zum Despotismus, das andere zur Anarchie. Dechanel fordert zum Schluß alle Franzosen auf, sich vereint um die Fehde zu schlagen und erklärt, daß ein starkes Heer für Frankreich notwendig sei, damit es seine zivilisatorische Mission weiter erfüllen könne. —

Die Verhaftung eines deutschen Offiziers wegen Spionage war aus Paris gemeldet worden. Die sich jetzt herausstellt, ist der Verhaftete der frühere Erzieher des deutschen Kaisers, Gehauptmann O'Danne. Er war bereits 1887 in Lyon wegen Hochverrats verurteilt und darauf aus Frankreich ausgewiesen. Seine Verhaftung erfolgte wegen seiner unerlaubten Rückkehr nach Frankreich. Die Mär der Pariser Presse, daß es sich um einen deutschen Spion handle, gerichtet also. Im Gegenteil, O'Danne suchte sogar mit dem Nachrichtenbureau des französischen Generalstabs in Verbindung zu treten unter der Vorherrschaft, er sei im Besitze wichtiger militärischer Geheimnisse. Man erkannte aber bald, daß die sogenannten Geheimnisse Phantasieerfindungen seien. O'Danne wollte seiner Pariser Journalen wiederholt ein gegen den Berliner Hof gerichtetes Pamphlet verkaufen. Der frühere deutsche Prinzenregierender soll bereits über die französische Grenze gebracht worden sein. —

England.

London, 1. Februar. Unterhaus. Im Verlaufe der heutigen Redebeiträge bemerkt der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Brodrick, er sei nicht in der Lage, Mitteilungen bezüglich des deutsch-englischen Geheimvertrags zu machen. Der Unterstaatssekretär des Kriegsamt's Wyndham erklärt, Lord Wolseley habe in seiner im November gehaltenen Rede nicht die Wichtigkeit der von der Nachrichtenabteilung gelieferten Informationen über die Kriegsmacht der beiden Boeren-Regierungen in Frage gestellt, sondern habe zum Ausdruck bringen wollen, daß die von den Boeren gezeigten militärischen Fähigkeiten höheren Ranges seien, als man angenommen habe. (Beifall bei den Freen.) Balfour äußert, er könne wiederholt versichern, daß keine Absicht bestehe, eingeborene indische Truppen in Südafrika zu verwenden.

Italien.

Rom, 1. Februar. Der Sekretär der Pariser Botschaft, Marchese Paolucci, wurde hieher berufen, um darüber Aufstellungen zu geben, weshalb er dem zu Ehren des Deputierten Enrico Ferri von den Pariser Sozialisten gegebenen Bankett beigewohnt hat.

Holland.

Haag, 1. Februar. Die Regierung hat den Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch welchen der auf der Haager Konferenz abgeschlossene Schiedsgerichtsvertrag gebilligt und in welchem hingewiesen wird auf den einstimmig getätigten Beschluß, Haag zum Sitz des internationalen Bureaus des permanenten Schiedsgerichtshofs zu bestimmen.

Als die Friedensschlichter der Haager Konferenz versuchen, ihr dünnes Stimmengewicht zu erheben. Aber der Kanonendonner in Südafrika überhört sie und niemand hört sie. —

Dänemark.

Geheime Abstimmung angenommen für die Wahlen zum dänischen Folkething. Nun hat auch der Landesherr die Billigung dieses Gesetzes in der Form, wie es der Folkething im Vorjahr angenommen, zugestimmt. Als der Folkethingantrag mit der Bestimmung, daß die Wahlzettel in einem abgeschlossenen Raum vom Wähler in ein Couvert gesteckt und dann verschlossen abgegeben werden sollen, im Vorjahre an den Landesherr kam, änderte er diese Bestimmung dahin, daß der couvertierte Wahlzettel mitgebracht werden sollte. Da der Folkething hiermit nicht einverstanden war, wurde eine Kommission eingesetzt, die sich dem Antrag des Folkething anschloß und sogar noch einige Bestimmungen zur Sicherung des Wahlgeheimnisses hinzufügte: Bestrafung versuchter Beeinflussung der Wähler seitens des Wahlvorstandes, auch in dem Fall, daß nur der Wähler Rat, Anweisung oder Hinweisung betreffend die Stimmabgabe gegeben wird. Diese Anträge sind nun auch vom Landesherrn bewilligt. —

Türkei.

Konstantinopel, 31. Januar. Wie die „Agenzia Stefani“ erzählt, ist Silvia Gemelli, die Italienerin, die bisher in einem Garten zurückgehalten wurde, in die italienische Botschaft geführt und ihrem Vater übergeben worden. —

Griechenland.

Athen, 1. Februar. (Meldung der „Agence Havas.“) Nach Meldungen aus Saloniki wurden dort 22 Bulgaren verhaftet unter der Anschuldigung, mehrere Griechen an verschiedenen Orten Mazedoniens ermordet zu haben. Die Verhaftungen erfolgten auf wiederholte Vorstellungen des griechischen Gesandten in Konstantinopel hin.

Ägypten.

Kairo, 1. Februar. Unter den ägyptischen Truppen in Omdurman ist eine erste Meuterei gegen die englischen Offiziere ausgebrochen. Der Oberkommandierende Wingate ist eiligst dorthin abgereist.

Sien.

Die Palastrevolution in China beschäftigt die europäischen Mächte in hohem Maße, besonders da ein Rundschreiben der Kaiser-Regent in sich überaus schärf gegen die Fremden richtet, von denen gesagt wird, daß sie „mit tigerartiger Gier auf uns sehen und mit einander um den Besitz im Herzen unsres Reiches streiten.“

Eine Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Peking besagt: Die Nachricht von dem Tode des Kaisers Kwangsu entbehrt der Bestätigung. Durch ein kaiserliches Dekret wurde der Thronfolger ernannt. Die Sicherheit der Fremden ist nicht bedroht; in Shanghai ist ein englischer Missionar umgebracht worden. Infolgedessen haben die Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten an die chinesische Regierung eine offizielle Note gerichtet, in der sie um Vorkehrungen für die Sicherheit der Missionare ersuchen.

Berner wird aus Shanghai vom 1. Februar gemeldet: Fünfzig Chinesen unterzeichnen einen Protest gegen die Abweisung Kwangsu. Aus Peking sind Anordnungen ergangen, die ersten 3 Unterzeichner zu verhaften. Der hiesige chinesische Telegraphen-Direktor, der gleichfalls den Protest unterzeichnete, hat sich nach Hongkong begeben. —

Amerika.

Die Wahlskandale in Kentucky. Wir berichteten gestern, daß auf den neugewählten Gouverneur Göbel ein Revolverattentat verübt wurde. Heute kommt die Nachricht, daß die Staatslegislatur von Kentucky „wegen der Unruhen“ aufgelöst worden ist. Der „Frankfurter Zeitung“ wird dazu gemeldet, daß die Auflösung nur erfolgte, um zu verhindern, daß Göbel, der im Sterben liegt, als Gouverneur anerkannt werde. —

Schweiburg-Schwindel.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ beweisen eine weitgehende Internationalität in der Arbeiterbeschäftigung. Fast täglich bringen sie Notizen über Vorgänge in der französischen oder englischen Arbeiterwelt, in denen sich die Lügenhaftigkeit um so dreister vorwagt, als die Furcht, kontrolliert und ertappt zu werden, geringer ist. Einige Male bereits nahmen wir uns die Mühe, durch unsere Korrespondenten die Unwahrscheinlichkeit der „Berl. Pol. Nachr.“ über auswärtige Arbeiterangelegenheiten feststellen zu lassen. Doch das Organ des Herrn Schweiburg flunkert unerbittlich fort. So schrieb es in seiner Nummer vom 24. Januar:

„Wie erst jetzt bekannt wird, hat die socialdemokratische Trade-Union der englischen Hafenarbeiter insofern einen weitläufigen Anteil an dem Mißgeschick der Kriegführung in Südafrika, als der Einfluß der socialdemokratischen Feyer die Beschleunigung des Tempos der Instandsetzung der zu Truppentransportzwecken gedarteten Handelsdampfer in ihr Gegenteil zu verkehren wußte und es dadurch veranlaßte, daß schon gleich das Debüt der Operation sich wegen Mangels genügender Streitkräfte namentlich an Kavallerie und Artillerie für die englischen Waffen so ungünstig gestaltete. Die Zwangslage des Staats wurde von den Führern der Socialdemokratie in gewissermaßen Weise für ihre privaten Zwecke gemißbraucht, auf die Arbeiter wurde der stärkste terroristische Druck geübt, um sie an der Eingehung kontraktlicher Verpflichtungen gegen die Admiralität zu hindern. Letztere konnte, obwohl sie doppelte und selbst dreifache Löhne zahlte, nur mit Schwierigkeit Arbeiter in begrenzter Zahl finden; Aufträge, welche den Privatverträgen bereits erteilt waren, mußten zurückgezogen und den Regierungswerften vorbehalten werden, bloß weil die Interessen des Staats maßlos waren gegenüber den socialdemokratischen Forderungen. In den vielen hundert Punkten der englischen Wehrorganisation tritt diese Abhängigkeit der Rassen von dem Will und Sillen der Socialdemokratie als der vielleicht wundeste hinzu.“

Auf meine Anfrage giebt uns unser Londoner Korrespondent folgende Mitteilungen:

Die „erst jetzt“ gemachte Entdeckung der „Berl. Pol. Nachr.“, daß die socialdemokratische Union der englischen Hafenarbeiter das Mißgeschick der englischen Kriegführung in Südafrika verschuldet hat, indem sie die Arbeiter durch Anshörung häßlichen terroristischen Drucks an der Eingehung kontraktlicher Verpflichtungen gegen die Admiralität zu hindern wußte, und zwar gleich zu Anfang des Kriegs — diese wahrhaft gemalte Entdeckung wird den Verteidigern der gegenwärtigen englischen Regierung eine ebenso überflüssige als willkommenen Kunde sein. In ihrer irrtümlich gewordenen Ahnungslosigkeit hatten sie nämlich bisher nichts davon gemerkt, sondern im Gegenteil die glatte Transportierung von Division über Division von Truppen samt Zubehör nach Südafrika als eine Leistung betrachtet, die ihresgleichen nicht habe und auf die England ganz besonders stolz sein dürfte; und nun erfahren sie mit einem Male, daß dem nicht so ist, daß eine kräftige Hand auch hier gegen England ihr Spiel getrieben, die von der Admiralität angeordnete Beschleunigung des Tempos der Instandsetzung der für den Transport gedienten Handelsdampfer in ihr Gegenteil verkehrt und so die Verschleppung der Kriegsoperationen bewirkt habe. Nicht die mangelnde Voraussicht der englischen Diplomatie, nicht ihre Unkenntnis über den Stand der militärischen Ausrüstung des Transvaal, nicht ihre Ungeheuerlichkeit, eine Kriegssituation ohne ausreichende Kriegsbereitschaft zu schaffen — die „socialdemokratische Trade-Union der Hafenarbeiter“ hat die ungünstige Lage der Dinge in Südafrika verschuldet.

Von alledem war bisher hier nichts bekannt. In keinem kapitalistischen Blatt ist mir eine solche Anklage, in keinem Arbeiterblatt eine Antwort auf dergleichen zu Gesicht gekommen.

Die Sache ist auch zu absurd. Von über 70 000 Hafenarbeitern Englands waren im Herbst vorigen Jahres etwas über 20 000, also kaum der dritte Teil gewerkschaftlich organisiert — ein großer Teil dagegen waren und sind vom Schiffsherren-Verband registrierte, die Marke dieser letzteren Organisation führende „freie“, das heißt des gewerkschaftlichen Schutzes entbehrende Arbeiter. Genauere Angaben über ihre Zahl liegen mir nicht vor, nach den eigenen Behauptungen des Schiffsherren-Verbandes kann sie jedoch nicht klein sein. Von den gewerkschaftlich organisierten Hafenarbeitern entfällt der größte Teil auf nordische Häfen, wo zwischen Unternehmern und organisierten Arbeitern vielfach gute Beziehungen herrschen. Besten oder schlimmsten Falls hätte also die Gewerkschaft oder die Gewerkschaften (denn es bestehen zwei Hafenarbeiter-Unionen) nur auf einen sehr geringen Teil der Arbeiterkraft im Sinne der „Berliner Politischen Nachrichten“ einwirken können. Aber, wie gesagt, von Anklagen in dieser Hinsicht ist mir nichts bekannt geworden. Wäre dergleichen erfolgt, so würde die Öffentlichkeit sicher davon gehört haben.

Natürlich ist es möglich, daß nicht auf allen Werften die Vorbereitungsarbeiten störungsfrei vor sich gingen und die Beschäftigten Schwierigkeiten hatten, die genügende Anzahl Arbeiter für die Extra-Arbeit anzuwerben. Das erstere brauchte deshalb noch immer nichts mit den Gewerkschaften zu thun zu haben, das letztere wäre lediglich eine Folge der derzeitigen Lage des Arbeitsmarktes. Wie schon öfter im „Vorwärts“ dargelegt wurde, ist gerade die Nachfrage nach Arbeitern, die größere Muskelarbeit verrichten, zur Zeit sehr stark in England. Daß da die Schiffsherren nicht alles nach ihrem Wunsch haben, ist natürlich genug. Genauere zuzusehen, ist der Schmerz der „Berliner Politischen Nachrichten“ der, daß sich die Arbeiter nicht auf lange kontraktliche Verpflichtungen bei Privatwerften einließen. Das hat aber wieder mit dem Staat und dessen Bedürfnissen gar keinen direkten Zusammenhang. Es handelt sich um Privatverträge, und wenn es die Arbeiter für zweckmäßig halten, Arbeit nur auf kurze Abkündigungsfrist einzugehen, so kann man ihnen in einem auf Kontraktfreiheit beruhenden Gemeinwesen keinen Vorwurf daraus machen. Im Londoner Handwerkerberuf herrscht seit längerer Zeit — auf Verlangen der Arbeiter — einständige Abkündigungsfrist, und trotzdem geht das Geschäft seinen Gang.

Wahrscheinlich haben die „Berliner Politischen Nachrichten“ etwas davon läuten hören, daß die Hafenarbeiter seit einiger Zeit nicht mehr so willig das sogenannte Federation-Ticket, d. h. die Marke des Schiffsherren-Verbandes, nehmen, wodurch sie dem Anschluß an die Gewerkschaft entsagen. Das würde den Schmerz dieses Blattes erklären. Aber wenn die Gewerkschaft den Arbeitern zuredet, ihre Freiheit nicht mit dem Lohnvertrag zu verkaufen, so handelt sie nur in legitimer Selbstverteidigung gegenüber dem Schiffsherren-Verband, der jene Bedingungen aufstellt. Die Heranziehung des Patriotismus ist hier zwecklos. Was das Vaterland in Gefahr, so konnten und mußten die Schiffsherren gegebenen Falls auf die den Arbeitern widrige Klausel im höheren Interesse verzichten. Sie, die direkt mit der Admiralität zu thun hatten, und sich sicher anständige Preise ausbedungen haben, waren zuerst zu Rücksichtigkeit in dieser Hinsicht verpflichtet.

Aber haben sie nicht den Arbeitern doppelte und selbst dreifache Löhne gezahlt? Was die „Berliner Politischen Nachrichten“

über diesen Punkt flunkern, wird am besten dadurch beantwortet, daß es sich bei der Lohnbewegung der unorganisierten Hafenarbeiter, die Mitte Januar (?) vor sich ging, um eine Erhöhung des Lohnes von 6 auf 7 Pence (50 auf 58 Pf.) pro Stunde und einige andre Verbesserungen — Erhöhung des Tages für Ueberzeitarbeit zc. — handelte, die zusammen eine Lohnverbesserung um etwa 20 Proz., d. h. den fünften Teil des bisherigen Satzes ausmachten. Wo die Unternehmer diese Erhöhungen bewilligten, die bei dem jetzigen guten Geschäftsgang sicher nicht unbillig sind, hat die „socialdemokratische Gewerkschaft“ den Arbeitern überall zugeredet, die Arbeit sofort wieder anzunehmen. Die Ausfälle in den verschiedenen Docks zc. dauerten im Durchschnitt nicht mehr wie drei bis vier Tage! Vom Geist der „socialdemokratischen“ Docks-Union, deren Centralbüro London ist — die andre sitzt in Liverpool — zeugt folgender Brief ihres Sekretärs Frank Wien, der vor einigen Tagen in verschiedenen Londoner Blättern erschien (das „Daily Chronicle“ brachte ihn am 22. Januar):

„Als Sie, Herr (Redacteur), von den vielen Streiks erfuhren, die im Laufe der Woche in der Hafenindustrie stattgefunden, und ohne Zweifel den Schiffseignern und ihren Angestellten große Verluste verursacht haben — ist Ihnen, Herr (Redacteur), da nicht der Gedanke aufgestiegen, daß die Zeit sicher gekommen ist, wo zur Verhütung von dergleichen für die Zukunft ein aus Schiffseignern und Beamten der Hafenarbeiter-Gewerkschaft zusammengesetztes Einigungs- oder Schiedsamt gebildet werden sollte, das derartige Beschwerden, wenn sie auskommen, über den Tisch hinweg diskutieren und schlichten könnte? Gesähre dies, und könnten die Unternehmer ihre Kollegen verpflichtet, loyal zu den getroffenen Entscheidungen zu stehen, so trage ich keinen Augenblick Bedenken, von den Hafenarbeiter-Beamten zu erklären, daß sie ihre Leute ebenfalls dazu verpflichten könnten. Abseits stehen und die Dinge, wie es heute geschieht, erledigen, ist für alle Beteiligten vom Liebel.“

Stepney (Londoner Hafen), 19. Januar. Frank Wien.“
So einer der „socialdemokratischen“ Heger, dessen „Wählereien“ nach den „Berliner Politischen Nachrichten“ den Staat an den Rand des Ruins gebracht haben. Wer wird nun an die Reihe kommen?

Partei-Nachrichten.

Die Wahlbewegung im Kreise Calbe-Afchersleben ist im vollen Gange; von seiten unserer Parteigenossen wird bereits in der eifrigsten Weise gearbeitet. Nachdem schon vor einiger Zeit Genosse Hoffmann-Verlin eine Reihe Versammlungen im Kreise abgehalten hatte, sprachen in den letzten Tagen die Genossen Dr. Herzfeld, Albrecht und Dr. Gradnauer in Calbe, Afchersleben, Schönebeck und anderen Orten. Alle Versammlungen waren gut besucht und von einem siegesfrohen Geiste durchweht. Die Gegner leisten natürlich Großes in der Verleumdung der Partei und insbesondere des Genossen Schmidt, um dessen Wiederwahl zu verhindern. Am letzten Sonntag haben von Calbe aus Flugblattverteilungen stattgefunden, die in der besten Weise verliefen.

Socialdemokratisches Gemeinwohl-Programm für Sachsen. Die letzte Landesversammlung der sächsischen Genossen in Grimnitzau beauftragte das Centralcomitee mit Ausarbeitung eines Gemeinwohl-Programms, das nunmehr vorliegt. Dieses Programm lehnt sich der Form und dem allgemeinen Inhalte nach direkt an das allgemeine socialistische an. So z. B. in Bezug auf Wahlrecht, Schule, Kirche, Armenwesen zc. Das Programm stellt dann unter näherer Erläuterung und Spezifizierung folgende besondere Grundzüge für das Gemeinwesen auf: Vollige Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinde. Volle Oeffentlichkeit der Gemeindevertreter-Sitzungen. Vervollständige Beschäftigung des Schulwesens. Errichtung von Schulkantinen zur Verpflegung der Schulkinder; unentgeltliche Abgabe von Nahrungsmitteln an bedürftige Kinder. Errichtung von Schulbädern. Schaffung einer Klassenreue, die einen gedehlichen Unterricht ermöglicht. Besondere Schulpflicht für minder Befähigte. Verbot jeder Erwerbsfähigkeit schulpflichtiger Kinder; an deren Stelle tritt Handfertigkeitsunterricht, der auf den künftigen Beruf vorbereitet. Obligatorischen Fortbildungsunterricht für beide Geschlechter bis zum 17. Lebensjahre. Erteilung desselben an Wochentagen während der Arbeitszeit.

Einrichtung und Unterhaltung einer geregelten Kranken- und Gesundheitspflege unter Beobachtung aller vorbeugenden Mittel. Uebernahme und Errichtung von Apotheken in Gemeindeverwaltung. Gemeinnützige Wohnungspolitik. Beseitigung der Korruption im Submissionswesen. Uebernahme der für die Gemeinde notwendigen Betriebe und Arbeiten in eigene Regie, so weit möglich. Festsetzungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der mit Gemeinarbeiten beschäftigten Arbeiter mit deren Gewerkschaften. Für direkt von der Gemeinde beschäftigte Arbeiter achtstündige Arbeitszeit, Errichtung von Arbeiterausstellungen. Fürsorge für Arbeitslose. Errichtung von Gewerbegerichten. Errichtung von Volksbibliotheken, Lesesälen, Parks, Spiel- und Turnplätzen. Bildung von Gemeinverbänden, wo ländliche und ärmere Gemeinden zueinander entsprechende geforderte Unternehmungen der verschiedensten Art allein nicht durchführen können.

Das sind die wesentlichsten Punkte des Programms. Eine Versammlung von Gemeindevertretern, welche am 25. März in Chemnitz stattfindet, wird sich mit dem Programm zu beschäftigen und endgültig — laut dem Auftrag der Landeskonferenz — zu beschließen haben. Bis jetzt hatten die sächsischen Genossen ein einheitliches Gemeinwohl-Programm nicht.

Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

Aus Wien wird uns vom 31. Januar geschrieben: Der Schwerpunkt der Situation liegt jetzt in Mährisch-Osttau. Hier sind die Hoffnungen der Unternehmer auf eine Verständigung des Streiks am empfindlichsten getrübt worden; im Gegensatz zu den frohlockenden Berichten der vorigen Woche, daß der Streik schon im „Erfolg“ sei, ist dort die Auslandsbewegung seit Montag ganz unerwartet angeschwollen; in diesem Reviere ist der Streik fast allgemein. Die Gewerke beginnen also allmählich den Ernst der Situation zu begreifen und der hoffmütige Trost, mit dem sie anfänglich alle Verhandlungen ablichten, scheint einer „verlöblichen“ Stimmung weichen zu wollen. Einen glücklichen Griff hat die Regierung mit der Ernennung des Freiherren d'Esbeck zum Vorsitzenden des Einigungsamts gethan. Herr d'Esbeck ist ein höherer richterlicher Beamter und der Sohn des einstigen Führers der mährischen Deutschen; er stellt also ein Ansehen dar, dem sich auch die Direktoren nicht entgegen werden können. Andererseits ist der Abgeordnete von Brünn ein politisch und social gleich angesehener Politiker, dem auch die Arbeiter Vertrauen entgegenbringen. Er wird es an redlichem Eifer sicherlich nicht fehlen lassen. Das Einigungsamt tritt heute in Tscheng zusammen; wenn es auch nicht wahrscheinlich ist, daß die Verständigung bald erfolgt, so ist doch ein Abbrechen der Verhandlungen ziemlich ausgeschlossen. Wenn es aber gelingt, die Unternehmer an einem Punkte zu biegen, so würden auch die Gewerke in den andern Streikgebieten andre Saiten aufziehen müssen.

Der ungeheure Fortschritt in der Beträchtigung der Arbeiterverhältnisse, der durch die auffällige Arbeit der Socialdemokratie erzielt worden ist, offenbart sich aber schon heute. Während alle früheren Streiks der Bergarbeiter als Ementen angesehen und auch behandelt wurden, während die socialpolitische Fürsorge zumeist darin bestand, die Arbeiter mit allen Mitteln, vorzugsweise mit Rationierung, einzuschüchtern und in die Grube zurückzuweisen, steht heute nicht nur die gesamte öffentliche Meinung auf seiten der Arbeiter, sondern auch, was viel wichtiger ist, die Staatsgewalt ist gesonnen worden, die Arbeiter als gleichberechtigte Partei, gleichberechtigt mit Unternehmern wie Erzherzog Friedrich, Rothschild, Graf Larisch zc. anzuerkennen und zu behandeln. Jener ells Dochnut, aus dem sich die Gewerke seit

Jeder gewoizert hatten, mit den Arbeitern an einem Verhandlungstisch zu sitzen, der ist nun, spät aber gründlich, auseinandergeraten. Diese fundamentale Aenderung in den Anschauungen der Oeffentlichkeit, der sich auch die Regierung anpassen mußte, hat die Socialdemokratie bewirkt; sie ist es, die der Gesellschaft die Achtung vor dem Rechte der Arbeiter eingepflanzt hat. Hoffentlich wird es ihr auch gelingen, den Streit zu einem siegreichen Ende zu führen; die gesamte Arbeiterschaft Oesterreichs ist einzig in diesem heißen Wunsche für ihre kämpfenden Brüder. —

Die Entwicklung des Ausstandes auf den Kohlenbedarf in Deutschland tritt immer stärker hervor. Vor allem ist es die sächsische Industrie, die in große Verlegenheit gerät und die Zahl der Betriebe, die gezwungen sind, die Fabrikation zu unterbrechen, nimmt fortgesetzt zu. Aus Bayern wird berichtet, daß die bayerische Eisenbahndirektion, speciell das Bahnamt Würzburg, lebhaft bemüht ist, den Kohlenbedarf Bayerns zu befriedigen. Dazu alle Güterzüge ab Oststabsburg und Frankfurt a. M., über Schaffenburg nach Bayern erhalten Nachläufer, Ruhrkohlen fahrende Sonderzüge. Trotzdem ist die Verkehrsverwältigung kaum möglich.

Prag, 1. Februar. Nach Teplitz ist zum Schutze der Kohlenverläder beim dortigen Schachte Austria II militärische Hilfe entsandt worden.

Dux, 1. Februar. In dem hiesigen Reviere wurden gestern 81 Waggons Kohle gefördert. Bis her streikten 5311 Mann. Eine gestern abgehaltene Versammlung wurde wegen wiederholter Ausfälle des Abgeordneten Zeller gegen die Behörden aufgelöst.

Wien, 1. Februar. Der Gemeinderat nahm einen Antrag an auf Einbringung einer Petition an das Ackerbauministerium behufs Expropriation der Kohlengrubenbesitzer, und Consecration des Kohlenbergbau-Betriebes und auf Einbringung einer Petition an das Eisenbahn-Ministerium wegen Ermäßigung der Kohlen-Tariffsätze nebst einem Zusatzantrag, in welchem die Regierung dringendst ersucht wird, die Regulierung der Arbeitszeit in den Kohlengruben und der Löhne der Kohlengrubenarbeiter, sowie die Festlegung der Kohlen-Verkaufspreise zum Wohle der Bevölkerung schleunigst durchzuführen. Wenn die Kohlengrubenbesitzer den Anordnungen der Regierung nicht Folge leisten, seien sie neben einer Geldstrafe noch mit Freiheitsstrafen zu belegen, um die Durchführung der behördlichen Anordnungen zu unterstützen.

Auffig, 1. Februar. (B. Z. B.) Heute wird auf 7 Werken gearbeitet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die **Formen der Firma Unde u. Göbbe** in Oberwalde haben in einer Versammlung sämtlicher Gewerkschaften beschlossen, folgende Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit zu stellen:

I. Die Direktion wird ersucht, die zehnstündige Arbeitszeit beizubehalten. In der Biecherei das Schmelzen so einzurichten, daß der Kupolofen $\frac{1}{2}$ Stunde vor Feierabend abgelassen wird. Ueberstunden, welche durch den Biechereibetrieb verursacht werden, sind mit 50 Pf. einschließlich der Maschinenformier zu bezahlen. II. Anerkennung eines Arbeiterausschusses, der von den Arbeitern gewählt wird. III. Bezahlung des Ausschusses, für welchen den Formen keine Schuld trifft. Im Streikfall sind ältere von den Arbeitenden zu wählende Kollegen zu Rate zu ziehen. IV. Gerechte Verteilung der Arbeit von seiten der Vorgesetzten. V. Arbeiten, für welche ein niedriger Accorchart bezieht, sind um 30 Proz. zu erhöhen. VI. Den Schmelzern ist ein Minimallohn von 24 M. wöchentlich bei sechsstündiger Arbeitszeit zu bewilligen. Ueberstunden sind mit 50 Pf. zu vergüten. VII. Für Hilfsarbeiter in der Formerei ist der Stundenlohn auf 30 Pf., die Ueberstunde auf 35 Pf. festzusetzen. VIII. Für Maschinenformier ist ein fester Accorchart anzugeben, sollten dieselben durch Umstände nicht zu ihrem Accorchart kommen, dann ist ein Stundenlohn von 35 Pf. zu garantieren. IX. Sämtliche Streikende, einschließlich des Formiers Kluth, müssen wieder eingestellt werden, und zwar jeder auf seiner alten Arbeitsstätte.

Diese Forderungen sind von allen in Betracht kommenden Organisationen genehmigt, auch der Gewerksverein hat sich dem angeschlossen. Von seinen Mitgliedern befinden sich sechs in der Fabrik, die aber bisher jeden Anschlag an den Streik abgelehnt haben. Gemut hat der Streik schon insofern, daß die Hilfsarbeiter 18 M. Wochenlohn bekommen und um 5 Uhr Feierabend ist. Am Mittwoch sind von der Firma 20-24 ältere Arbeiter entlassen, deren Söhne am Streik beteiligt sind. Es sind Leute, die 15-18 Jahre im Betriebe thätig waren. Die Namen sämtlicher Streikenden sind im Bureau des Verbandes der Metallindustriellen bekannt gegeben und erhalten von hier aus keine Arbeit. Die Firma dürfte sich über den Erfolg ihrer Maßnahmen sehr täuschen.

Sämtliche Gipsbildhauer der Firma Schirmer in Wilmsdorf, Schaperstr. 32, haben die Arbeit niedergelegt. Die Firma hatte die achtstündige Arbeitszeit bewilligt, zog aber unerwartet diese Vergünstigung zurück.

Der **Arbeitgeberbund für das Maurer- und Zimmergewerbe** hat seinen Namen geändert in Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten. Wie in der letzten Sitzung mitgeteilt wurde, zählt der Verband 500 Mitglieder, darunter die bedeutendsten Firmen. Feste Vereinbarungen gegenüber Streiks sollen durch Ansetzung eines Garantiefonds gestützt werden, ferner ist von allen Mitgliedern ein Sicherheitswechsel hinterlegt, der sie hindern soll, von solchen Vereinbarungen zurückzutreten. Bemerk sei dabei, daß solche Wechsel ungültig sind, da derartige Zwangsmittel den Bestimmungen des § 162 der Gewerbeordnung widersprechen. Der Verband will jedoch alle Mitglieder bei einer konventionellen Strafe verpflichten, in den Verhandlungen folgenden Passus aufzunehmen: „Bei einem Ausstand oder einer Bausperrre der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber verlängert sich die Bauzeit um die Dauer des Ausstandes oder der Sperrre, gleichviel ob dieselben einen gänzlichen oder teilweisen Stillstand der übernommenen Arbeiten herbeiführt haben.“

Diese Bedingungen sollen bereits in behördlichen Submissionsbedingungen enthalten sein.

Deutsches Reich.

Die **General-Versammlung der Deutschen Gärtnervereinigung** wurde am 28. und 29. Januar in Hamburg abgehalten. Die Verhandlungen werden von Sorge geführt. Aus dem Redenschaftsbericht geht hervor, daß die 1896/97 rasch emporgeschwellte Organisation rasch wieder sank, sich aber jetzt wieder ein wenig gehoben hat. Bavel schildert die Ursachen des Niederganges, die er in langer Arbeitszeit und häufigem Stellenwechsel zu finden glaubt. Die auswärtigen Pflanzstellen sollten ihrer großen Ansprüche lieber den Hauptvorstand mehr unterstehen. A. E. K. beantragt, sämtliche für Streiks usw. gesammelten Gelder direkt an die Hauptkasse abzuliefern und von dort den Gewerkschaften zuzuführen, ausgenommen Gelder für am Ort der Sammlung stattfindende Streiks usw., von welchen der Centralleitung nur Mitteilung zu machen ist. Der Antrag wurde nach ausführlicher Diskussion einstimmig angenommen. Den Antrag des Hauptvorstandes, die Zeitung eingehen zu lassen, begründete Keitt; er glaubt, durch die Verwendung dieses Geldes für Arbeitslosen- und sonstige Unterstüßungen mehr zu erreichen. Der Antrag wird abgelehnt. Es wird noch beschlossen, gegen die Mißstände in unrem Verufe eine rege Agitation zu entfalten und Agitationschriften herauszugeben. Die sidddeutschen Delegierten versprechen, die Agitation dort auf eigene Kosten zu übernehmen. Darauf schließt der Vorsitzende mit einem warmen Appell an die Anwesenden die Generalversammlung.

Ausland.

Charleroi, 1. Februar. Sämtliche hiesige Glasschneider sind in den Ausstand getreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung und die Entlassung der nicht syndicierten Arbeiter.

Streiks in England im Jahr 1899. Aus dem vorliegenden Bericht über die Streiks in England im Jahr 1899 ist zu entnehmen, daß die Zahl der an Streiks beteiligten Arbeiter kleiner war als in den sechs vorausgehenden Jahren. Die Zahl der Streiks betrug 721 und beteiligt waren daran 178 440 Personen. Der Gesamtverlust an Arbeitstagen belief sich auf 2 496 358. Die Ursachen der Streiks verteilen sich auf die Arbeiterschaft folgendermaßen: Um Erhöhung der Löhne streikten 73 664 Personen, gegen Herabsetzung 6609, andre Gründe 13 676, um Verminderung der Arbeitszeit 1149, andre Differenzen über Arbeitszeit 2798, Beschäftigung gewisser Klassen von Personen 8141, wegen Arbeitseinrichtungen 17 833 und anderer Ursachen 13 228. Der Ausgang der Streiks war in 26,1 Proz. der beteiligten Arbeiter zu Gunsten der Arbeiter, 42,8 Proz. zu Gunsten der Arbeitgeber, 27,8 Proz. durch Vergleich und 3,8 Proz. unentschieden.

In betref der Anzahl der beteiligten Arbeiter ergibt sich, daß der Vorteil auf seiten der Arbeitgeber überwog. Von den 75 203 Arbeitern, welche an Streiks beteiligt waren, die zu Gunsten der Arbeitgeber ausfielen, kamen 35 000 auf den Streik der Jutearbeiter in Dundee.

Der Streik, welcher 1899 wohl die größte Beachtung auf sich zog, war der Ausstand und die Aussperrung der Gipser. Es beteiligten sich daran 4000 Arbeiter und die Gesamtdauer betrug 200 000 Tage.

Von den 178 440 Arbeitern, welche 1899 an Streiks beteiligt waren, kommen 60 165 auf Schottland, 86 552 auf Wales und Rommshshire, 27 674 auf Lancashire und Cheshire, 19 136 auf Yorkshire, 9104 auf andre nördliche Provinzen Englands, 16 055 auf innere und östliche Grafschaften, während alle die südlichen und westlichen Grafschaften, mit Einschluß von London, nur 6876 Streikende aufwiesen und Irland nur mit 2878 beteiligt war.

Aus der Frauenbewegung.

Die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte durch die deutsche Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung nimmt stetig zu. Während im Jahre 1897 (außer Württemberg und Bayern) 7256 weibliche Angestellte zu verzeichnen waren, zählte man im Jahre 1898 deren 10 247.

Sociales.

Betriebswerkstätten im Münchener Schneidergewerbe. Die Kontrollkommission der Münchener Schneider und die Kommission des Arbeitgeberverbandes haben in einer gemeinsamen Sitzung einstimmig die Errichtung einer größeren Centralwerkstätte beschlossen. Diese soll am 1. März im Centrum der Stadt eröffnet werden. Die Kosten haben diejenigen Mitglieder des Arbeitgeberverbandes aufzubringen, die keine eigenen Betriebswerkstätten haben und ihre Gehilfen in der Centralwerkstätte arbeiten lassen. Damit ist ein entscheidender Schritt zur Vereinfachung des Arbeitsplatzens gethan und es scheint durchaus erwägenswert, ob in der Errichtung derartiger gemeinsamer Betriebswerkstätten nicht ein Mittel zu sehen ist, den Einwänden der kleinen Unternehmer gegen die „teuren Werkstätten“ die Spitze abzubrechen. — Die Münchener Schneidergesellen werden im Frühjahr die Forderung wiederholen und gedenken sie mit aller Energie zur Durchführung zu bringen.

Ein internationaler Kongreß für Arbeiterschut wird während der Weltausstellung in Paris abgehalten werden. Die Einberufer sind die bürgerlichen Socialreformer, die im Jahre 1897 den Brüsseler Kongreß in Scene setzten; deutscherseits ist im Komitee der Herr v. Berlepsch vertreten. Die Tagesordnung ist vom Ausschuss wie folgt festgelegt:

1. **Gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit:** Vergleichende Studien über die Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern in Bezug auf Kinder, jugendliche Arbeiter und Frauen, und Erwachsene; wünschenswerte Reformen und Weiterbildung. Möglichkeit eines gleichen gesetzlichen Maximalarbeitstages in den hauptsächlichsten Industriezweigen.

2. **Verbot der Nachtarbeit:** Folgen der Nachtarbeit; Stand der Gesetzgebung. Möglichkeit des absoluten Verbots für die verschiedenen Kategorien von Arbeitern und für die einzelnen Industriezweige. Notwendigkeit einer internationalen Verständigung.

3. **Fabrikinspektion:** Studium der Organisation in den verschiedenen Ländern. Vorteile und Nachteile der einzelnen Organisationstypen. Bisherige Erfolge. Mitarbeit der Arbeiter am Aufsichtsdienst als Delegierte der Hilfsinspektoren. Kontrolle durch die Gewerksvereine.

4. **Internationale Vereinigung für Arbeiterschut.** Nützlichkeit einer solchen Vereinigung für die Weiterbildung der Gesetzgebung. Aufgabe und Organisation der Vereinigung.

Vom Kriegsschauplatz.

In London war man bekanntlich durch die Meldungen vom letzten Rückzug in große Bestürzung versetzt und in der Oeffentlichkeit wurde voll Mut der Offizier angegriffen, der den Rückzug vom Spionkop befohlen hatte. General Buller sucht diesen jetzt zu rechtfertigen. Er telegraphierte unter dem 31. Januar an das Londoner Kriegsamt:

Oberst Thorneycroft war der Offizier, welcher den Rückzug vom Spionkop anordnete. Ich bin es ihm schuldig, zu erklären, daß, wie ich glaube, seine persönliche Tapferkeit unsre Truppen aus einer schwierigen Lage gerettet hat, und daß er unter einem Verlust von mindestens 40 Prozent die Verteidigung mit Umsicht, Mut und Geschicklichkeit den ganzen Tag über leitete. Es trifft ihn meiner Ansicht nach nicht der geringste Tadel für den Rückzug, und ich finde seine Haltung im Gegenteil über jedes Maß erhaben.

Unterwasserfersehung Ladysmiths.

In London sollen Nachrichten aus Transvaal eingelaufen sein, denen zufolge man dort davon überzeugt sei, daß es nutzlos wäre, einen Sturmangriff auf Ladysmith zu versuchen und die wirkungslose Beschließung fortzusetzen. Das Kriegsdepartement der Boeren habe daher beschlossen, die Taktik auf diesem Punkte zu ändern. „Große Mengen von Holz und Sandsäcken und Hunderte von Kaffern werden von Johannesburg und Pretoria abgeant, da man beabsichtigt, den Klipriver einige Meilen unterhalb Ladysmith abzukämmen. Man hofft auf diese Weise eine Ueberflutung in der Stadt herbeizuführen und die Soldaten sowie die Einwohner aus den Kasematten und Kellern zu vertreiben, so daß sie dann dem Geschütze mehr ausgesetzt sind.“

Inzwischen wird aus Ladysmith selbst gemeldet: In den Boerenlagern herrscht völlige Ruhe. Der „Lange Tom“ feuert hin und wieder auf Ladysmith, wo noch immer die Zahl der Leute, die am Fieber oder infolge anderer Ursachen sterben, außerordentlich groß ist.

Aus Pretoria. Nach amtlichen Angaben betragen die Verluste der Boeren in der Schlacht am Spionkop 68 Tote und 130 Verwundete.

Von den andern Kriegsschauplätzen.

Ueber die Vorbereitungen zum Kampf im Kapland wird nach England berichtet: Generalmajor Kelly Kennys Cormarck über Rosemead und Thebus ist von den Boeren nicht unbemerkt geblieben. Einer Drahtung der „Daily News“ zufolge bauen die Boeren auf der Kopje westlich von Stormberg, das die Eisenbahn von Steynsburg beherrscht, ein Fort, um dem Angriff von dieser Seite zu begegnen.

Es wird sich jetzt darum handeln, ob die Boeren im Stande sind, den Engländern eine genügende Truppenmasse entgegenzusetzen, ohne ihre Stellungen vor Ladysmith und am Modderfluk zu sehr zu entblößen. Die nächste Aufgabe des Generals Kelly Kenny besteht darin, die bisher nicht erzielte Vereinigung der Generale French und Gatacre durchzuführen, um dann mit ihnen zusammen gegen den Freistaat vorzurücken, und zwar so, daß Kelly Kenny die Mitte der Linie, French den linken und Gatacre den rechten Flügel bildet. Aber ehe dieser Vorstoß erfolgt, müssen die Abteilungen bei Colesberg und bei Stormberg aus dem Felde geschlagen sein. Diese Aufgabe ist nicht leicht, French und Gatacre haben sie bisher nicht zu lösen vermocht, stehen vielmehr fast von allen Seiten umschlossen und zu jeder größeren Unternehmung unfähig bei Niensburg und Sterkstroom.

Mafeking, 17. Januar. Ein Telegramm des Obersten Baden-Powell an Oberst Plummer besagt: Hier ist alles wohl. Ich zwang den Feind am 16. d. M., die Stellungen der großen Kanonen zurückzuverlegen. Der Feind hält noch zwei starke befestigte Werke, welche ich in kurzer Zeit mit Dynamit zu zerstören hoffe. Die Garnison ist wohllauf und voller Zuversicht.

Wie verlautet, hat eine britische Streitmacht mit Artillerie Priesta am Oranjeffluk, südwestlich von Kimberley, ohne daß sie Widerstand gefunden hätte, besetzt. Priesta liegt am unteren Laufe des Oranjefflusses an dessen südlichem Ufer, an das die Doornbergen ziemlich nah herantreten, während sich die Abestos-Berge am nördlichen Ufer des Oranje erheben.

Nach einem Telegramm des „Temp“ aus Kimberley haben 250 Eingeborene die Stadt verlassen, wurden aber von den Boeren gefangen genommen. Die Boeren schickten dieselben nach der Stadt zurück außer den Gefangenen, welche sie festhielten, um sie als Depeschenboten zu verwenden.

Ueber die englischen Streitkräfte in Südafrika erhält die „Kreuz-Ztg.“ von ihrem Londoner Korrespondenten die folgende Zusammenstellung:

Im Osten:	
Zu Ladysmith	9 000 Mann und 46 Geschütze
Bullers Korps	27 600 „ „ 71 „
Sonst in Natal	11 000 „ „ 38 „
Summa	47 600 Mann und 155 Geschütze
Im Centrum:	
Unter Gatacre	7 600 Mann und 22 Geschütze
„ French	7 100 „ „ 20 „
Sonst	2 400 „ „ — „
Summa	17 100 Mann und 42 Geschütze
Im Westen:	
Unter Lord Methuen	16 600 Mann 60 Geschütze
Sonst (Cape)	8 500 „ 48 „
In Kimberley	2 800 „ 76 „
Mafeking	1 000 „ 16 „
In Rhodesia	2 000 „ 6 „
Summa	32 700 Mann 146 Geschütze
Am Kap	12 800 „ 36 „
Jetziger Gesamtbestand	108 200 Mann 373 Geschütze.
Untervege sind	17 150 Mann, 172 Geschütze.

London, 31. Januar. In Aldershot ist heute unerwartet der Befehl eingetroffen, daß die 4. Kavalleriebrigade sich zur sofortigen Einschiffung bereit halten soll.

London, 1. Februar. (B. Z. B.) Die „St. James Gazette“ meldet: Aus guter Quelle wird berichtet, General Buller habe den Zugel an drei Stellen überschritten. Es werde den ganzen Tag über gekämpft.

London, 1. Februar, Abends 6 Uhr 15 Min. (B. Z. B.) Dem Kriegsamt ist heute keinerlei Nachricht vom Zugel zugegangen.

London, 1. Februar. Das Kriegsamt beröchtigt heute die Mitteilungen über die Verluste auf dem Spionkop dahin, daß insgesamt 215 Mann vermisst werden.

Spearmans Camp, 30. Januar. (Meldung des Neuterischen Bureau's.) Die Eingeborenen bleiben bei der Behauptung, Zoubert sei bei Ladysmith durch eine Granate getötet worden.

Englisches Parlament.

London, 1. Februar. Unterhaus. Fortsetzung. Der Staatssekretär für Indien, Hamilton, teilt mit, die Zahl der Personen in Indien, die wegen der Hungersnot Unterstüßungen empfangen, betrug Ende Januar $\frac{3}{4}$ Millionen. Die von der Hungersnot betroffene Bevölkerung in Indien belaufe sich auf 49 Millionen, wovon 22 Millionen auf das britische Territorium, 27 auf dasjenige der eingeborenen Fürsten entfallen. Das betroffene Gebiet umfasse 550 000 Quadratmeilen. Die Ausgabe infolge der Hungersnot bis Ende März d. J. sei auf drei bis vier Karor (ca. 10 Millionen) Rupien zu schätzen.

Die Enthüllungen der „Independence belge“.

Evans stellt in der Annahme, daß Chamberlains Aufmerksamkeit auf die Briefe und Telegramme gelenkt sei, die zwischen Fairfield und Hawley gewechselt und die in der „Independence belge“ vom 5. Januar veröffentlicht seien, die Anfragen, ob effens eine Untersuchung über die Authentizität dieser Briefe und Telegramme angestellt worden sei, ob zweitens die Telegramme authentisch und richtig seien, und drittens, wenn dies der Fall sei, ob Chamberlain von demselben Kenntnis hatte zu der Zeit, als er sie datieren, oder zu welcher anderen Zeit sie zuerst zu Chamberlains Kenntnis gekommen seien.

Auf Evans' Fragen erwidert Chamberlain: Meine Antwort auf die erste Frage, ob eine Untersuchung angestellt sei, ist „Ja“. Auf die zweite Frage erkläre ich: Meine persönliche Kenntnis erstreckt sich nur auf zwei oder drei der Briefe Fairfields und auf einen an das Kolonialamt. Diese sind ihrem wesentlichen Inhalt nach zutreffend, aber meines Erachtens nicht zutreffend bezüglich des Wortlauts. Was die übrigen Stücke betrifft, so hat mir Moroflan mitgeteilt, daß jüngst zu seiner Kenntnis gekommen sei, daß dieselben aus einem Bureau durch seinen Bureau durch einen im Oktober 1897 kurzer Hand entlassenen Schreiber gestohlen worden sind. Meine Antwort auf die dritte Frage ist: Ich hatte einige Tage vor der Veröffentlichung keine Kenntnis von dem Vorhandensein der Briefe und Telegramme. Auf eine weitere Frage in Bezug auf die Briefe Fairfields erwidert Chamberlain: Ich glaube nicht, daß ich sie zu der betreffenden Zeit gesehen habe sie wurden aber zweifellos noch meinen Insfraktionen geschrieben. Mac Neil fragt, welche Schritte beschließen seien angeht, das Umstandes, daß ein Mitglied des Kabinetts der Unredhaftigkeit in Bezug auf seine Person und der Dinge in öffentlichen Angelegenheiten bezichtigt worden sei. Balfour erwidert, meine Ansicht ist, daß solche Anschuldigungen mit Berachtung behandelt werden sollten. (Weißl.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Petersburg, 1. Februar. (B. Z. B.) In einem Coupé erster Klasse eines Zuges der Moskau-Jaroslauer Bahn wurde ein nach Moskau reisender Kassenbote, welcher 50 000 Rubel Eisenbahngelder mit sich führte, überfallen. Man fand den Kassenboten mit mehreren Wunden im Kopfe in bewußtlosem Zustande.

Reichstag.

140. Sitzung vom 1. Februar 1900, 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bobbielksi. Die zweite Beratung des Post-Etats wird beim Extra-Ordinarium fortgesetzt.

Zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes auf dem Post-Grundstück am Hauptbahnhof in Düsseldorf werden als erste Rate 120 000 M. verlangt.

Abg. Reich (C.) wünscht Einstellung des gesamten Restbetrages in den nächsten Etat, damit das neue Postgebäude zu der Kunst- und Gewerbe-Ausstellung in Düsseldorf im Frühjahr 1903 fertig ist.

Staatssekretär v. Bobbielksi erklärt sich bereit, dem Wunsch des Vorredners nachzukommen. Die Position wird bewilligt.

Zur Vergrößerung des Postgrundstücks in Mannheim fordert die Regierung als erste Rate 297 000 M.

Die Kommission hat beschloffen: Zur Erwerbung eines Grundstücks in Mannheim 180 000 M. zu bewilligen.

Der Antrag der Budgetkommission wird ohne Debatte angenommen.

Zur Erziehung und zum Ankauf von Dienstwohnungen für Unterbeamte an solchen Orten und isolierten Bahnhöfen, an denen es an geeigneten Wohnungen mangelt, werden 315 000 M. gefordert (45 000 M. mehr gegen das Vorjahr).

Abg. Gamp (Sp.) wünscht, daß diese Position möglichst bald erheblich erhöht werde, weil die Wohnungen dem vorhandenen Bedürfnis durchaus nicht genügen.

Staatssekretär v. Bobbielksi: Leider sind die Grundbesitzer nicht immer bereit, ihr Land zu verkaufen. Dadurch erwachsen der Reichs-Postverwaltung große Schwierigkeiten. Wo wir selbst nicht bauen können, werden Wohnungen gemietet, wenn ich auch zugeben muß, daß diese gemieteten Wohnungen häufig in keinem würdigen Zustand sind.

Abg. Gamp (Sp.): Wenn die Postverwaltung das Land nicht bekommt, so wird das wohl daran liegen, daß sie nicht die angemessenen Preise zahlen will.

Damit schließt die Diskussion. Die Position wird bewilligt.

Unterstaatssekretär Fritsch kommt auf den Beschluß des Reichstags betreffs des Postgrundstücks in Mannheim zurück und spricht die Erwartung aus, daß die von der Regierung geforderte erste Rate wenigstens im nächsten Jahre vom Reichstag bewilligt werde.

Präsident Graf Balkeström: Als Mitglied des Bundesrats hat der Herr Vorredner das Recht, jederzeit zu sprechen, ich habe ihn daher auch nicht unterbrochen, obwohl er zu einer Position sprach, über welche die Diskussion bereits geschlossen ist. Eine weitere Debatte darf sich aber an diese Vermehrung nicht knüpfen.

Der Rest des Extra-Ordinariums wird darauf debattiert, ob genehmigt. Damit ist die Beratung des Post-Etats beendet. Der Etat der Reichsdruckerei wird ohne Diskussion angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung der Ix Heine.)

Schluß 1 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 1. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerisch: Hr. v. Hammerstein, Bresfeld. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Geschäftsetats.

Bei den Einnahmen regt Abg. Frhr. v. Wendel-Steuernfels (L.) beim Abschluß der nächsten Handelsverträge eine Erhöhung des Pferdegeldes im Interesse der heimischen Pferdezeitung an.

Bei den Ausgaben macht

Abg. Kopsch (fr. Sp.)

auf die Schulverhältnisse des Westfälischen Trakehnen aufmerksam. Patron der Schule sei die Gutsverwaltung. Die Schulgebäude seien dort sehr mangelhaft; ein Lehrer müsse mit seinen vier Kindern in einem Raum von 7 1/2 Kubikmeter schlafen. Ein Medizinalrat, der die Kinder einer dortigen Schule auf Granulose untersucht habe, sei einfach sprachlos über den Zustand gewesen. In ein und demselben Schulzimmer müßten zwei Klassen von Schülern nacheinander unterrichtet werden. Es fehle nicht nur an Schulräumen, sondern auch an Schulbänken. In Trakehnen seien in der ersten Klasse 61 Schüler vorhanden, deren Zahl zu Ostern voraussichtlich auf 67 anwachsen werde. Auf einer Bank von 7 1/2 Meter Länge müßten 13 Kinder sitzen. (Hört! hört! links.) Neue Bänke lassen sich nicht aufstellen, da das Zimmer zu klein sei. Auf die Gesundheit der Pferde in Trakehnen sei man bedacht, auf die Gesundheit der Schulkinder nicht. Im vorliegenden Etat sei keine Summe zur Abhilfe dieser Mißstände eingestellt. Eine sehr hohe Stelle habe auf die Verbesserung der Schulverhältnisse der Arbeiterwohnungen in Preußen hingewiesen. Aber auch für muntergültige Schulhäuser müsse gesorgt werden. Die Gehälter der Lehrer seien schlechter als anderswo; ebenso klagten die Gutsbesitzer über schlechte Behandlung. Einer Zeitungsnachricht zufolge habe der Landstallmeister gesagt, er wolle die Lehrer schon in die Wüste und zwickeln. (Hört, hört! links.) Unwillkürlich müsse man bei solchen Äußerungen daran denken, daß Trakehnen nahe an Rußland liege. (Beifall links.)

Regierungskommissar Frhr. von Scherr-Loß:

Die Zeitungsnachrichten, auf die sich Herr Kopsch berufen hat, können nicht von Lehrern herrühren, denn ihre Beschwerden sind sämtlich erledigt worden. Die Gutsverwaltung ist gern bereit, den Beschwerden über die Schulverhältnisse abzuhelfen. Bisher ist aber auch nicht eine einzige bis zu die Centralinstanz gelangt. Die Bauzustände der Trakehner Schulen erkennt auch die Regierung als unzulässig an. Das Projekt eines Neubaus konnte jedoch nicht rechtzeitig fertiggestellt werden, nachdem das erste als zu kostspielig abgelehnt war. Doch wird es bestimmt im nächsten Etat figurieren. Herr Kopsch hat die Lehrergehälter bemängelt. Aber die Regelung der Gehaltsfrage ist erst vor zwei Jahren mit Zustimmung des Hauses erfolgt und sind die Lehrergehälter sämtlich so erhöht worden, daß sich die Gutsbesitzer erheblich besser fühlen, als die Lehrer an den umliegenden Volksschulen.

Abg. Meert (fr. Sp.):

Die Antwort des Regierungskommissars schafft die Beschwerde nicht aus der Welt, daß die Klassen überfüllt sind. Bis 90 Kinder und mehr sind in einer Klasse, also weit über die Normalzahl.

Regierungskommissar Frhr. v. Scherr-Loß erwidert, daß auch die Ueberfüllung der Klassen durch Anstellung eines neuen Lehrers beseitigt werden solle.

Abg. Kopsch (fr. Sp.): Woher ein Abgeordneter seine Informationen hat, bleibt gleichgültig. Es kommt nur darauf an, ob die Beschwerden begründet sind. Wie berechtigt diese Beschwerden sind, geht aus einer anderen Äußerung des Landstallmeisters hervor: Wenn wir die Verhältnisse nicht bessern, heult und der Abg. Meert im Landtage etwas vor. (Hört! hört!)

Damit schließt die Debatte.

Die Ausgaben und der Rest des Etats werden bewilligt.

Es folgt die zweite Beratung des

Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Bei den Einnahmen weist

Abg. Dr. Schult-Bochum (natl.)

auf die steigenden Ueberflüsse und die günstige Gestaltung des Etats hin, die es endlich ermöglichte, den Neubau der Bergakademie in Clausthal vorzunehmen. Redner bespricht die Ausichten der Steinkohlenproduktion in Preußen, das in der Weltproduktion an Steinkohlen die dritte Stelle einnehme und nur von England und Amerika darin übertroffen werde. Was die Frage der möglichen Entwertung und Erschöpfung der Kohlenlager des Landes anlangt, so sei kaum anzunehmen, daß die gewaltige Ausdehnung der Elektrizität, die ein elektrisches Zeitalter an Stelle des Dampfes herauf-führe, die Steinkohle schädigen werde. Als Elektrizitätsquelle werde sie sich behaupten. Für die Erhaltung der Kohlenförderung im gegenwärtigen Umfange seien im Lande noch Kohlenflöze vorhanden. Die für 1294 Jahre ausreichende. Für die Erschließung, Hebung und Verteilung der unererschloffenen Bodenschätze müsse der größte Berg-wertschöpfer, der Staat, sorgen.

Abg. v. Ehnatten (C.)

will den Kohlengrubenbesitzern nicht das Recht bestreiten, sich zu Syndikaten zusammenzutun; doch dürften die Syndikate nicht künstliche Preissteigerungen hervorzubringen, die dem Coals besonders hoch gewesen seien. Die Freunde der Syndikate behaupteten freilich, daß ohne die Syndikate die Kohlenpreise noch höher sein würden. Diese Behauptung sei aber ganz unbewiesen. Die hohen Kohlenpreise hätten jedenfalls im Lande große Lirunne hervorgerufen, zumal ein Ende der Preissteigerung nicht abzusehen sei.

Handelsminister Bresfeld:

Hohe Kohlenpreise sind gegenwärtig überall vorhanden. In den Jahren 1871 bis 1873 waren die Kohlenpreise noch höher als in den Jahren 1894-1898. Damals sind die Preise in ungesunder Weise rapid gestiegen und nachher ebenso rapid gefallen. Von 1894-1898 sind die Preise dagegen ganz allmählich gestiegen. Die Preisbildung ist ruhig und normal geblieben. Bei dem großen Aufschwung der Industrie müssen die Kohlenpreise anziehen. Bis jetzt haben die Syndikate nicht ungünstig gewirkt. Sie haben die Preisentwicklung, aber auch die Lohnentwicklung in gleichmäßiger, ruhiger Bahnen geleitet. Wenn die Syndikate nicht existierten, würden wir noch ganz andere Kohlenpreise zahlen müssen, das ist meine feste Ueberzeugung. (Zustimmung bei den National-liberalen.) Jetzt haben wir dank der Wirksamkeit der Syndikate ein langames Aufwärtssteigen der Löhne, und es ist möglich gewesen, Ausstände bis jetzt fernzuhalten, die jenseits der Grenze in gefährlicher Weise emporlodern. Ich hoffe, die Syndikate werden die bisherige Vorsicht beibehalten. Gerade in jetziger Zeit wäre eine weitere Steigerung der Kohlenpreise besonders gefährlich. Um eine bessere Ueberflucht über die Syndikate und ihre Wirksamkeit zu bekommen, habe ich eine Kommission zusammen-treten lassen. An der gewünschten Fürsorge lasse ich es also nicht fehlen. (Beifall.)

Abg. v. Werdeck (L.)

klagt über die Kohlennot, die sich in den landwirtschaftlichen Betrieben so bemerkbar mache, daß die Leutenot dagegen beinahe in den Hinter-ground trete. Redner wünscht, daß die fiskalischen Gruben möglichst direkt an die Konsumenten und nicht an die Großhändler liefern möchten. Wenn die Großhändler billiger liefern könnten, als die fiskalischen Gruben selbst, so könne der Grund nur darin liegen, daß die Großhändler von den Eisenbahnverwaltungen begünstigt würden. Redner fragt an, welches das Mindestquantum ist, das die fiskalischen Gruben an direkte Abnehmer liefern; welches der größte Rabatt ist, der überhaupt gewährt wird und auf welches Quantum der höchste Rabatt gewährt werde.

Minister Bresfeld:

Der Herr Vorredner hat bemängelt, daß die fiskalischen Gruben zu wenig Kohlen an die Konsumenten abgeben. Ja, wo nichts ist, da hat der Kaiser sein Recht verloren. Ohne die Großhändler wäre der Staat gezwungen, Geschäftsmann zu werden, die Abnehmer direkt anzufordern, Agenturen zu unterhalten usw. Ohne die Händler geht es also nicht. Wir halten darauf, daß sie sich nichts übernehmen, weil sie sonst das, was bei ihnen übrig bleibt, verschleudern. An Rabatt wird gewährt, bei einer Abnahme von 1000 Tonnen 10 Pf. auf die Tonne, bei 3000 Tonnen 20 Pf., bei 25 000 Tonnen 30 Pf. und bei 50 000 Tonnen 40 Pf. pro Tonne.

Abg. Schmieding (natl.):

sucht die Angriffe auf die Kohlenyndikate zurückzuweisen. Der Kohlenmangel werde durch den Arbeitermangel bewirkt. Es sei unmöglich, noch mehr Bergarbeiter heranzuziehen. Die westfälischen Zechen seien gern bereit, 20-30 000 Arbeiter mehr einzustellen.

Abg. v. Vockelberg (L.):

Die westfälischen Zechen mögen sehen, wo sie die 20 000 neuen Arbeiter herbeschaffen, aber uns im Osten mögen sie zufrieden lassen; uns fehlen auch die Leute. Die Kohlen-Großhändler seien eine wahre Gr-ksmacht, die höchst schädlich wirke, der Vertrieb der staatlichen schlesischen Kohlen ist an einen einzigen Großhändler vergeben.

Abg. Gothein (fr. Sp.):

Die Kohlennot ist im wesentlichen Leutenot und unsere Vor-schläge werden nichts daran ändern. In Oberschlesien hat die Aus-weisung der Galizier, die dort als Schlichter tätig waren, den Arbeitermangel noch vermehrt. Redner bittet die Regierung, die ganz harmlosen galizischen Arbeiter wieder zuzulassen. Gewiß habe er keine Bedenken, wenn der Kohlenhandel so monopolisiert ist, wie in Oberschlesien. Versendet sich ein Konsument mit einer solchen Macht, in deren Händen der ganze Kohlenvertrieb liegt, dann kann er sehr leicht auf's Trockene gesetzt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Armin (L.) erklärt Minister Bresfeld, daß die inländischen Konsumenten zwar bevorzugt würden, die ausländischen aber nicht entbehrt werden könnten.

Damit schließt die Diskussion. Die Einnahmen werden bewilligt. Die Weiterberatung wird auf Montag, den 5. Februar, 11 Uhr vertagt; außerdem kleinere Etats.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Unfallversicherungs-Kommission des Reichstags

fehle am Donnerstag ihre Beratungen beim § 5a fort, welcher die Leistungen an den Verletzten aufzählt, nämlich erstens freie ärztliche Behandlung usw. und zweitens eine Rente. Zu 1 ge-hört auch die Vierung der zur Erleichterung der Folgen der Ver-letzung erforderlichen Hilfsmittel, Krücken, Schuhschuhapparate und dergleichen. Hierzu beantragen die Sozialdemokraten den Zu-satz: Die Pflicht zur Gewährung der Hilfsmittel und der Hilfs-mittel umfaßt auch die Pflicht zur Instandhaltung und Er-neuerung der Heil- und Hilfsmittel. Abg. Stadthagen be-gründet diesen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß der Verletzte zwar derartige Hilfsmittel wie Krücken geliefert erhalte, daß aber deren Instandhaltung und Erneuerung von den Versicherungsvereinen abgelehnt worden sei. Der Antrag bezwecke, über die diesbezügliche Pflicht der Versicherungsvereine Klarheit zu schaffen. Der Staats-sekretär des Innern Graf v. Posadowski erklärt ausdrücklich, daß nach dem Wortlaut und Sinn des Gesetzes in der That der social-demokratische Antrag die diesbezügliche Pflicht der Versicherungs-vereine richtig präzisiere. Auf eine Einwendung von national-liberaler Seite schränkte der Staatssekretär seine Erklärung dahin

ein, daß dann, wenn erwiesenermaßen der Verletzte die Krücken usw. vorzüglich unbrauchbar gemacht habe, ein Ersatz seitens der Verss-ge nossenschaft nicht zu verlangen sei.

Die Rente soll „für die Dauer der Erwerbs-unfähigkeit“ gewährt werden. Die Socialdemokraten verlangen die Rente für die Dauer des Schadens. Ein Unfall habe nicht immer einzig und allein eine Einbuße an Arbeitsfähigkeit zur Folge, so führte der Abg. Stadthagen aus, sondern schädige den Arbeiter auch oft darüber hinaus. Bezüglich der Höhe der Rente verlangen die Socialdemokraten in erster Linie, daß die Arbeiter genau so entschädigt werden, wie in Deutschland nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch jeder andre Mensch, denn zu einer Benachteiligung der Arbeiter liege kein Grund vor. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages verlangen die Social-demokraten, daß wenigstens bei völliger Erwerbs-unfähigkeit eine Rente in der Höhe des bisherigen Lohnes gezahlt werde. Hiergegen wendet sich namentlich der freiwillige Abgeordnete Schmidt-Eberfeld. Die Unfälle seien ganz und gar nicht zu vergleichen mit dem von einem Dritten zu-gefügten Schaden. Die Rente soll nicht den vollen Arbeitsverdienst erreichen, weil ja die Abnahme des Verdienstes eines Arbeiters bei zunehmendem Alter nicht abgegegnet werde. Abg. Hoch erinnert daran, daß bei der Rente, abgesehen von den jugendlichen Arbeitern, auch nicht die Zunahme des Verdienstes bei günstigen Gelegenheiten berücksichtigt werde und daß ferner nach der ganzen Entwicklungs-geschichte des Unfallgesetzes die Arbeiter in der That einen vollen Ersatz des ganzen Schadens zu verlangen haben. — Die Rente in der Höhe von 66 2/3 Proz. des Arbeitsverdienstes soll nach dem Entwurf als „Vollrente“ bezeichnet werden. Die Socialdemokraten beantragen hierfür die Bezeichnung als Arbeiterrente bezw. Höchstrente. Es sei, betonte der Abg. Stadthagen, geradezu eine Verdrängung der Thatfachen, die im ge-werblichen Leben als unlauterer Wettbewerb strafbar wäre, wenn eine 2/3-Rente als Vollrente bezeichnet werde. Die Teilrente soll nach dem Entwurf denjenigen Teil der Vollrente betragen, welche dem Maße der durch den Unfall herbeigeführten Einbuße an Erwerbsfähigkeit entspricht. Abgeordneter Hoch beantragt, die alte Fassung beizubehalten, nach welcher als Teilrente gilt ein Bruchteil der Höchstrente, welche nach dem Maße der verbliebenen Erwerbsfähigkeit zu be-messen ist. Er rechnet vor, daß nach der Fassung des Entwurfs in den meisten Fällen die zum zweitemmale verunglückten Arbeiter schäwer geschädigt würden, weil ihnen die durch den ersten Unfall herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit nach dem zweiten Unfall doppelt abgezogen werde. Der württembergische Bevollmächtigte Ministerialdirektor Dr. Schifer verichert, daß eine solche Schädigung nicht die Absicht der Regierung sei. Der Wortlaut des Entwurfs könne vielleicht verbessert werden, jedenfalls würde in der Praxis die Schädigung der be-treffenden Arbeiter vermieden werden. Abg. Hoch stellt ausdrücklich fest, daß seine Rechnung auch nach den Ausführungen des Regierungs-vertreters richtig sei und daß nach dem Wortlaut des Entwurfs die ausgerechnete Schädigung der betreffenden Arbeiter eintreten müsse. — Die Socialdemokraten beantragen ferner, daß bei Festsetzung der Rente die Erwerbsfähigkeit des Ver-unglückten speciell in seinem Berufe berücksichtigt werde. Es sei unbillig, von einem Arbeiter zu verlangen, daß er ohne weiteres eine ganz ungewohnte, seinen geistigen Fähigkeiten durchaus nicht entsprechende Tätigkeit ergreifen müsse. Der national-liberale Abgeordnete Möller spricht sich entschieden gegen diesen Antrag aus, weil es nach demselben vorkommen könne, daß in einem oder dem andern Falle ein verunglückter Arbeiter zu viel Rente bekäme. Außer der Rente verlangen die Socialdemokraten, daß die- jenigen Aufwendungen zu ersetzen seien, die infolge des Unfalls für Verletzte z. B. durch Annahme eines Pflegers, einer notwendigen Sadekur u. dergl. erwachsen. Eventuell verlangen sie, daß dem Verletzten, der dauernd der Pflege bedarf, die zur Beschaffung dieser Pflege erforderlichen Mittel gewährt werden. Abg. Trimbom (C.) beantragt principaliter, im Fall völliger Erwerbsunfähigkeit soll die Rente bis zu 100 Proz. des Arbeitsverdienstes erhöht werden, wenn der Verletzte infolge des Unfalls derart hilflos geworden ist, daß er ohne Pflege nicht bestehen kann. Eventuell bean-tragt der Abg. Trimbom, diese Erhöhung der Rente den Versicherungs-vereinen als ein Recht, nicht als eine Pflicht aufzuerlegen. Abg. Stadthagen weist nach, daß der socialdemokratische Antrag erstens weiter-gehe als der Centrumsantrag und dann die Verschwiegenheit der einzelnen Fälle besser berücksichtige. Abg. Trimbom hält gerade aus diesem Grunde seinen Antrag für besser. Abg. Hoch rügt es, daß der Centrumsantrag durch den Eventualantrag abgeschwächt sei. Durch einen solchen Antrag werde die Gewährung einer erhöhten Entschädigung an die betreffenden Arbeiter auf's äußerste gefährdet. Auch die Nationalliberalen und Konservativen fordern die Annahme des Trimborn'schen Principalantrags; nur die Regierung ist dagegen. Den Versicherungsvereinen brauche nur die Versand zu einer Er-höhung der Rente aufgetragen zu werden. Es sei sicher, daß diese die Erhöhung der Rente doch eintreten ließen. Bei der Abstimmung wird jedoch der Principalantrag Trimbom einstimmig angenommen, die socialdemokratischen Anträge werden abgelehnt, darunter auch der Antrag auf Verfüzung der Starkezeit von 13 auf 4 Wochen. Gegen diesen Antrag stimmte außer den Konser-vativen und Nationalliberalen auch ein Teil des Centrums und der Freisinnigen.

Ueber die Freiheit politischer Ueberzeugungen

und das Recht, sie zu betätigen, kam es am 1. Februar zu einer bemerkenswerten Auseinandersetzung in der Reichstagskommission zur Beratung eines Gesetzes betreffend die Patentanwälte. Der Regierungsentwurf will ein ehrenrechtliches Verfahren einführen, das sogar zur Entziehung der Eigenschaft eines Patentanwalts führen kann, wenn ein Patentanwalt die ihm obliegenden Pflichten verletzt hat, die in gewissenhafter Ausübung der Berufstätigkeit und der Achtung würdigen Verhalten außerhalb des Berufs be- stehen. Die Vertreter der socialdemokratischen Reichstags-fraktion, die Genossen Helne und Schmidt (Frankfurt a. M.), hatten einen Antrag eingebracht, der einen Mißbrauch dieser Bestimmung zu politischen Zwecken verhindern sollte. Gest. Heine begründete die Notwendigkeit namentlich mit den in Preußen vorgekommenen Fällen, in denen die Regierung den Zeitpunkt vertreten habe, daß die Zugehörigkeit zur Socialdemokratie und das Bekenntnis zu ihren Grundätzen als ein der Achtung unwürdig machendes Verhalten anzusehen sei. Dabei berief er sich namentlich auf den Fall des Genossen Krons.

Er verwies darauf, daß auch in das preussische Gesetz über die Kertzlerkammern eine entsprechende Bestimmung aufgenommen sei, und daß die Reichsregierung keinen Grund hätte, die Ausnahme mindestens derselben Bestimmung in das Patentanwalts-Gesetz abzulehnen.

Darüber entwickelte sich eine längere Debatte. Die Regierungs-vertreter, namentlich der Unterstaatssekretär Kothe, beklagten den socialdemokratischen Antrag sehr eifrig. Der Unterstaatssekretär erklärte, daß die Regierung keinerlei Absicht habe, mit politischen Maßregelungen gegen Patentanwälte vorzugehen, daß aber das Zustandekommen des Gesetzes sehr zweifelhaft werde, wenn eine solche Klausel hineinläme. Heine erwiderte, wenn die Regierung es verantworten wollte, das Gesetz scheitern zu lassen, bloß weil es ihr die Möglichkeit zu Verfolgungen nähme, die sie nach ihrer eignen Erklärung nicht beabsichtige, so möge die Regierung es thun. Man könnte darnach kaum einen andern Schluß ziehen, als daß die Regierung sich doch solche Verfolgungen politischer Bestimmung und Handlungsweise vorbehalten wolle. Die Vertreter der freisinnigen

und der Zentrumspartei stellten sich im allgemeinen auf den Standpunkt des Genossen Heine und auch der Antisemitische Abgeordnete Dr. Dertel erklärte, daß er für seine Person nichts dagegen einzuwenden hätte, wenn er auch damit seine Fraktion nicht binden wollte. Nach langer Debatte wurde endlich, entsprechend der Fassung des preussischen Verordnungs, folgender Antrag angenommen:

Politische, wissenschaftliche, künstlerische und religiöse Ansichten oder Handlungen eines Patentamts als solche können niemals den Gegenstand eines ehrenrührigen Verfahrens bilden.

Unsere Genossen in der Reichstags-Kommission haben sich dem Prinzip des Beschlusses gegenüber, welches eine geschlossene Patentanwaltschaft einrichten will, ihre endgültige Stellung vorbehalten, sie haben aber versucht, Bestimmungen hinzuzubringen, die jedenfalls auch einem tüchtigen Techniker ohne akademische Studien die Möglichkeit offen gehalten haben würden, Patentanwalt zu werden. Diese Vorzüge sind am Widerstand der andern Parteien gescheitert. Interessant ist es aber, daß die beiden technischen Praktiker in der Kommission Müller-Dübbing und Hoffmeister-Glogau (freil. Kg.) diesen Anträgen unserer Genossen am meisten Anerkennung widerfahren ließen. Kg. Müller-Dübbing hielt sie „in der Theorie für am wichtigsten“, stimmte aber der Regierungsvorlage zu, weil sie praktisch leichter durchzuführen sei, was freilich richtig ist. Nur daß nicht alles, was leicht ist, auch gut genannt werden kann.

Für die weiteren Beratungen haben unsere Genossen noch Anträge eingebracht, die bezwecken, die bürokratischen Machtbefugnisse des Regierungskommissars zu beschränken und namentlich den heute vorhandenen nicht subalternen Patentanwälten und ihren Hilfsarbeitern möglichst günstige Uebergangsbestimmungen zu verschaffen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 1. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Es hat die Wahl und Konstituierung von 5 Ausschüssen stattgefunden. Dem Ausschusse für den Antrag betreffend (Erhöhung des Wahlrechts bei vorübergehender Zahlungsunfähigkeit für Krankenversicherungsbeiträge) gehören u. a. Stadtv. Heiman und Stadtv. Hagen an. In dem Ausschusse für die Vorbereitung der Vorlagen betr. den Bau der XIII. Realschule und verschiedener anderer Schulhausbauten sitzen u. a. Stadtv. Borgmann und Bernau, im Ausschusse für die Vorlage betr. die neue Trennanstalt in Buch Stadtv. Bruns und Dr. Friedberg; im Ausschusse für die Vorlage wegen baulicher Veränderungen an der Blumenstr. 10/13 Stadtv. Hing und Wille; im Ausschusse für die Vorlage wegen der Regulierungskosten für die Gaisberg-, Bogenrath- und Maysstraße Stadtv. Herzfeldt.

Stadtv. Hatz berichtet über die Ausschussberatungen betreffend der Magistratsvorlage wegen Enteignung der zur planmäßigen Freilegung der Kopsstraße erforderlichen Teile der Grundstücke No. 11, 12a und 12. Die Deputation hatte sich einstimmig für freihändigen Erwerb der Grundstücke und der angrenzenden Friedhofsgrund 18/19 und Mittergasse 19 wegen der besseren Anknüpfung des Terrains entschieden, der Magistrat hat Enteignung vorgeschlagen; der Ausschuss stellt sich wiederum auf den Standpunkt der Deputation. Der Preis sei zwar hoch, aber doch erheblich, bis auf 775 000 M., heruntergehandelt worden; im ganzen komme das Quadratmeter der ganzen Fläche auf 640 M., was bei der Biederwiederherstellung des an der Straßenfront übrig bleibenden Teils sich wieder ausgleichen würde.

In der letzten geheimen Sitzung ist beschlossen worden, die Angelegenheit in breiter Öffentlichkeit zu verhandeln.

Stadtv. Saitz: In der Enteignung würden allerdings die Besitzer auch die Enteignung der ihnen gleichfalls gehörigen anstehenden Grundstücke verlangen können; das habe den Magistrat aber nicht abgehalten, auf Expropriation anzutragen, da die Forderungen zu exorbitant seien.

Stadtv. Walla spricht für den Magistratsantrag. Die Stadt habe als solche keine Grund- und Boden speculation zu treiben. Die Besitzer könnten allerdings die Abnahme der ganzen Grundstücke verlangen; aber ob sie es thun werden, stehe doch nicht fest. Die Preise seien ganz unwichtig hoch.

Stadtv. Daberland empfiehlt dagegen den freihändigen Ankauf. In den Enteignungsfragen, die in dieser Stadtgemeinde schwebten, habe die Stadt, wenn gegen die Forderungen des Polizeipräsidiums gerichtliche Entscheidungen angestrebt wurde, stets mehr zahlen müssen. Mit dem freihändigen Ankauf mache die Stadt ein gutes Geschäft. Redner erwähnt noch, daß die Beratung in öffentlicher Sitzung auf Anregung des Stadtv. Singer beschlossen worden ist.

Stadtv. Singer: Es ist mir sehr angenehm, daß der Herr Redner hervorgehoben hat, daß auf meine Anregung hin die Verhandlung in öffentlicher Sitzung stattfindet. Gefahr in solchen Dingen liegt nicht in der Öffentlichkeit, sondern gerade in der Heimlichkeit. Im kommunalen Interesse müssen wir an dem Grundgedanken festhalten, daß die Stadt nicht dazu ist, Grundstücke zu kaufen, die sie nicht für eigene Zwecke gebraucht. So sehr ich wünsche, den Grundstücksverkaufsfonds zu vergrößern, im namentlich an der Peripherie beizugehen Grundstücke anzukaufen für städtische Schulen, Krankenhäuser etc., so wenig kann ich speculationen der Stadt billigen. (Zustimmung). Eine Zwangslage kann ich nicht anerkennen. Der Magistrat hat den Antrag der Deputation nicht für richtig erachtet, er will nur diejenigen Teile enteignen, die wir für die Freilegung brauchen. Wir stimmen gegen den Kaufantrag, weil auch wir bloß diejenigen Teile erwerben wollen, die wir für städtische Zwecke gebrauchen. Ein Teil des etwaigen Schadens wird dadurch wieder ausgeglichen werden, daß die Besitzer der Grundstücke auf Grund des Kommunalabgaben-Beschlusses zu besonderen Abgaben herangezogen werden können. Eine solche Frage kann auch nicht nur nach Maß und Mäßigkeit berechnet werden. Wenn die Stadt kauft, muß sie teuer bezahlen, und wenn sie verkaufen will, werden ihr niedrige Preise geboten. Je mehr wir enteignen, desto mehr werden wir speculationen auf Kosten der Stadt einen Kiegel vorziehen. Im allgemeinen läßt die Stadt sicher finanziell besser bei Enteignungen als bei freihändigen Käufen. Die Feststellungs-Entscheidungen haben, wie aus der letzten Nachweisung zu ersehen ist, noch nicht die Hälfte dessen betragen, was freihändig gefordert war.

Stadtv. Walla erklärt die Ausführungen des Stadtv. Daberland für nicht zutreffend.

Stadtv. Liebnow: Es ist auch nicht unsere Aufgabe, auf Kosten der Steuerzahler Prinzipienerei zu treiben. Eine Expropriation ist ein Sprung ins Dunkle; denn freihändigen Ankauf kommt die Stadt aber sicher auf weg.

Die Versammlung beschließt nach dem Kaufantrage.

Der Antrag des Stadtv. Hugo Sachs II. betr. die Erhebung von Beiträgen bei Straßendurchbrüchen, Straßenerweiterungen usw. von denjenigen, welchen die Vorteile dieser städtischen Veranstaltungen als Anlieger in erster Linie zu gute kommen, und zwar in jedem Falle durch besonderen Gemeindebeschluss, ist von dem niedergeschriebenen Ausschusse angenommen worden. Den Ausschussbericht erstattet der Antragsteller, der zunächst auf analoge Vorschriften in englischen und amerikanischen Städten hinweist und dann hervorhebt, daß nach der Anschauung des Ausschusses die Veranlagung der Abwässer zu prozentualen Beiträgen auch auf noch nicht völlig abgeschlossene Veranstaltungen sich erstrecken soll.

Ohne Diskussion gelangt der Antrag zur Annahme.

Die Vorlage betreffend die Errichtung eines Fleckhauses für Ehepaare auf dem Grundstücke der Stadenanstalt an der Friedstraße wird vom Stadtv. Brade für ungenügend erklärt; er verlangt, daß der Magistrat einen umfassenderen Vorschlag mache.

Stadtv. Förster ist ein Freund der Vorlage, welche die Unterbringung von über 40 Ehepaaren in der Friedstraße ermöglicht, während diese Ehepaare sonst wie bisher getrennt werden müßten; er ist aus technischen Gründen für Kaufantrag.

Stadtv. Kiehn tritt für die Vorlage und deren sofortige Annahme ein.

Nach weiterer Debatte wird die Vorlage mit großer Mehrheit einstimmig überwiesen.

Von den Fraktionen der alten Linke und Epinola ist folgender Antrag eingebracht:

Der Magistrat zu ersuchen, wenn möglich für das Etatsjahr 1900, jeden Jahres aber für 1901 eine Erhöhung der Alterszulagen der Lehrer an Gemeindefschulen derart zu bewilligen, daß nach 17 Dienstjahren 1900 M., nach 20 Dienstjahren 1500 M., nach 23 Dienstjahren 1700 M., nach 26 Dienstjahren 2000 M., nach 29 Dienstjahren 2200 M., nach 31 Dienstjahren 2400 M. gewährt werden.

Dazu liegt ein Zusatzantrag Singer vor, den Magistrat zu ersuchen, den Alterszulagen für wissenschaftliche Lehrerinnen zwei Stufen einzufügen:

nach 24 Jahren 1300 M., nach 27 Jahren 1500 M.

Ferner haben die Stadtv. Preuß und Gen. (neue Linke) folgende neue Stufen ab 1. April 1900 vorgeschlagen:

nach 7 Jahren 300 M., nach 9 Jahren 600 M., nach 11 Jahren 1000 M., nach 14 Jahren 1200 M., nach 17 Jahren 1400 M., nach 20 Jahren 1600 M., nach 23 Jahren 1800 M., nach 26 Jahren 2000 M., nach 29 Jahren 2200 M., nach 31 Jahren 2400 M.

Stadtv. Cassel: Da die Anträge sämtlich in einem Anschusse verfaßt werden müssen, wird dort über die Details zu reden sein. Im Jahre 1884 ist eine ganz außerordentliche Aufbesserung der Lehrergehälter eingetreten, mit dem finanziellen Effekt von 614 000 M. Nach dem Erlaß des Lehrerbildungs-Beschlusses 1897 wurde nachgeholt, was 1884 unterblieben war, die Aufbesserung des Gehalts der Rektoren und der Lehrerinnen; für die Lehrer wurde nur die schnellere Aufeinanderfolge der Altersstufen herbeigeführt. Im ganzen kamen wiederum 600 000 M. an jährlichem Plus heraus. Die Regierung erzwang aber damals von uns die Erhöhung des Grundgehalts von 1000 auf 1200 M. Eine mangelhafte Seite dieser Sache war, daß die älteren Lehrer die Nachteile dieser Veränderung getragen mühten. Nach mehrjähriger Erfahrung hat sich jetzt gezeigt, daß die Finanzlage erlaubt, insbesondere nachdem gewisse Beschlüsse gefaßt worden sind, noch einen kleinen Zuschuß zu gewähren. Insbesondere sind die Magistratssekretäre zu erheblich im Gehalt erhöht worden, daß sie bis 3800 M., die Lehrer aber nur bis 4048 M. kommen. Dieses Mißverhältnis wollen wir abschaffen und gleichzeitig die älteren Stufen aufbessern. Der Antrag wird etwa 225 000 M. erfordern. Die Verbesserung soll an der Stelle einsetzen, wo die Lehrer im 36., 37. Lebensjahre stehen und eine Familie herauswachsen lassen. Der Antrag Preuß verlangt noch 200 000 M. mehr. Was nicht uns aber eine noch so schöne Sache, wenn sie der Magistrat nicht annimmt? Der Antrag Singer möchte vielleicht keine sehr beträchtliche Ausgabe verursachen; es wird sich darum handeln, ob die Aufhebung von zwei Stufen sachlich gerechtfertigt ist. Kommt eine Erlösung zu stande, dann wird sich auch die Staatsregierung überzeugen, daß auch unserer freien Initiative für die Lehrer mehr zu erreichen ist, als von gewaltsamen Eingriffen.

Stadtv. Singer: Die letztere Ansicht steht doch im Widerspruch mit der Thatsache, daß vor einigen Jahren erst auf Andringen der Regierung die Gemeinde veranlaßt wurde, den Grundgehalt zu erhöhen. (Hört, hört!) Wir sind selbstverständlich damit einverstanden, daß die Aufbesserung erfolgt. Es hätte schon vor einigen Jahren geschehen können; die damalige Stellung des Magistrats zu der Sache war nicht richtig, und bedauerlich ist, daß damals die Sache mit einem so schmerzlichen Kompromiß abging. Die Freunde darüber, daß der dem berühmten 4 Mark - Steuer - Beschluß, den Herr Cassel ja wohl meint, so viel gepörselt worden ist, um nun den Lehrern diese Jurisdiction zu machen (Sehr richtig!), kann ich nicht teilen. Es wird durch jenen Beschluß Lenten etwas entzogen, die sich in viel schwererer wirtschaftlicher Lage befinden, als die städtischen Lehrer. (Sehr richtig!) Unsere Stadt brachte übrigens auch nicht vor der Erhöhung zurückzuführen, wie sie der Antrag Preuß will. Es wäre vielleicht sogar besser, auf diesen einzugehen, um für etwähigbare Zeit Ruhe zu haben. Die Zulage für einen Teil der Lehrer muß ja notwendig das Bestreben der andern hervorrufen, auch der Erhöhung teilhaftig zu werden, wenn das auch ein oder zwei Jahre dauert. Der Antrag Preuß wird wesentlich auch im Anschusse etwas mehr Wohlwollen als beim Kollegen Cassel finden. Bei einer solchen Reform sollen aber möglichst alle Teile berücksichtigt werden; daher unser Zusatzantrag, für den sich aber auch noch besondere ganz schwerwiegende Gründe anführen lassen. Die Mehrheit der Versammlung steht ja auf dem Standpunkt, daß weibliche Arbeit so ispo billiger sein muß als männliche; wir teilen diesen Standpunkt nicht, aber auch ohne das ist die Differenz so groß, daß bei einer Aufbesserung die Lehrerinnen nicht vergessen werden dürfen. Die Alterszulagen bei den Lehrerinnen hören schon mit dem 21. Dienstjahre auf; bei den Lehrern reichen sie bis zum 31. Wir haben 246 Lehrerinnen, die über 21, 121, die über 25, und 87, die über 31 Jahre im städtischen Dienst stehen. (Hört, hört!) Also eine erhebliche Zahl steht über 21 Jahre im Dienst und hat von da ab auf Erhöhung der Zulagen nicht mehr zu rechnen. Das haben wir für falsch. Unsere Forderung, zwei Stufen aufzusetzen, ist hiernach sehr bescheiden. Das Normalgehalt würde dadurch nur auf 2092 Mark bei 27 Dienstjahren steigen, was doch gewiß nicht allzu hoch ist. Auch der finanzielle Effekt dieses Antrages ist verhältnismäßig gering. Es werden etwa 70 000 M. herauskommen; es ist doch für Berlin nicht so bedeutend, um die Vorteile aus der Hand zu geben, die in der erhöhten Arbeitsfreudigkeit und in der Aussicht auf ein besseres Leben noch länger Dienstzeit liegen. Ich bitte den Ausschuss und den Magistrat um Wohlwollen für meinen Antrag. Der Magistrat darf dem Kämmerer in diesem Punkte nicht zu viel Bedeutung beilegen. (Weiterkeit.)

Stadtv. Dr. Preuß: Wenn ich nach anderthalb Jahren dieser Antrag an uns kommt, für den sich jetzt ein gewisses Wohlwollen des Magistrats abzuwartet, so stehen wir mit unsern Bestrebungen von März und November 1898 heute glänzend gerechtfertigt da. Wir können auch mit unserm Antrag nicht als mit etwas Neuem, sondern wir wollen nur diejenigen Altersstufen wiederherstellen, welche vor der Erhöhung des Grundgehalts bestanden, und die auch das Werk des Kollegen Cassel gewesen sind. Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse rechtfertigen die Erhöhung des Grundgehalts, aber auch ebenso die Beibehaltung der früheren Stufen. Eine erhebliche Verbesserung bringt der Antrag Cassel nur für die höheren Altersstufen; da nach der Statistik die Berliner Rektoren und Lehrer im Durchschnitt mit 40 Jahren sterben, würden nur diejenigen Lehrer etwas vom Antrag Cassel haben, die über den Durchschnitt alt werden. Für die Lehrerinnen sind wir natürlich auch zu Verbesserungen bereit. Öffentlich macht der Ausschuss ganze Arbeit.

Stadtv. Cassel: In der That habe ich den Beschluß wegen der vier Mark-Steuer gemeint. (Hört, hört!) Die Lehrer leisten ihre Arbeit, sie sind mit diesen Steuerzahlern nicht ohne weiteres zu vergleichen. In der „König“ des Herrn Preuß beglückwünsche ich ihn und mich; von der Zustimmung des Magistrats weiß ich noch nichts.

Stadtv. Preuß: Ich finde nur sonderbar, daß der Antrag Cassel gerade zu einer Zeit kommt, wo wieder einige Neuwahlen vor der Thür stehen (Große Unruhe); dem Antrage könnten doch nicht falsche Motive untergeschoben werden. Ich beantrage, dem Ausschuss auch die Prüfung der Frage zu überweisen, ob nicht die fünf noch immer nicht angestellten, aus den Privatsschulen übernommenen alten Lehrer endlich definitiv anzustellen seien.

Nachdem noch Stadtv. Reumann aus Gründen der Selbstverwaltung sich gegen bezwähnte detaillierte Anträge aus der Mitte der Versammlung ausgesprochen, da damit in die Gerechtigkeiten des Magistrats eingegriffen werde, wird beschlossen, sämtliche Anträge einem besonderen Ausschuss von 15 Mitgliedern zu überweisen.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung werden auf Antrag Michels abgesetzt, da die Angelegenheit der Abordnung der Mitglieder in die Ausschüsse, Deputationen und Anxetorien, die schon mehrmals auf der Tagesordnung der geheimen Sitzung stand, endlich zur Entscheidung gebracht werden soll.

Schluss gegen 8 1/2 Uhr.

Lokales.

Gegen die Flottenvermehrung.

Am nächsten Mittwoch werden für Berlin und Vororte 18 öffentliche Volksversammlungen veranstaltet, in denen die Flottenvorlage und die Weltpolitik behandelt werden wird.

Zur Lokalliste. Das Lokal von Dräse I, Neue Friedrichstr. 35, steht der Arbeiterkassette zu Versammlungen fortan zur Verfügung. Die Lokallistenkommission.

Sechster Wahlkreis. Sonntagabend 6 Uhr findet im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher die Genossin E. Jäger über „Was Nordaus konventionelle Lügen“ einen Vortrag hält. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Parteigenossen Noabits! Die Genossen, welche gewillt sind, am Sonntag bei der Flugblattverteilung zu helfen, können sich früh 8 Uhr bei Joh. Pjarr, Pützstr. 10, melden.

Die Stadtverordneten-Versammlung.

widmete gestern den größten Teil ihrer Sitzung der ersten Beratung eines Antrages Cassel, der eine Aufbesserung der Gehälter der Gemeindefschul-Lehrer durch Alterszulagen-Erhöhung anstrebt. Der Stadtv. Cassel erklärte im Laufe der Ausführungen, die er zur Begründung seines Antrages machte, er verfolge damit keinerlei Neben Zwecke; es sei ihm überhaupt sehr gleichgültig, ob er wegen dieses Antrages in der Öffentlichkeit Lob oder Tadel ernte. Trotzdem gab er sich sichtlich Mühe, die offenkundigen und von der Lehrerschaft schwer empfundenen Unvollkommenheiten der Gehaltsaufbesserungen von 1894 und 1897, die ihm und seinen Freunden als den dafür Verantwortlichen in der Öffentlichkeit so herben Tadel eingetragen haben, möglichst zu bemänteln, während er von der jetzt geforderten Aufbesserung ein großes Aufsehen machte. Herr Cassel und seine Freunde scheinen eben doch mehr nach Lob und Tadel zu fragen, als sie zugeben wollen — namentlich dann, wenn Lob und Tadel sich, wie in dem vorliegenden Fall, als Gewährung oder Entziehung der Unterstützung bei den Wahlen äußern. Auch das, was Herr Cassel jetzt will, ist nicht so bedeutend, daß er dafür viel Lob ernten könnte; es bleibt sogar, wie unser Genosse Singer hervorhebt, noch recht weit hinter dem zurück, was notwendig wäre, um die berechtigten Wünsche der Lehrerschaft zu erfüllen. Durch die Gesellschaftlichen Vorschläge sollen nur die höheren Altersstufen eine Gehaltsaufbesserung bekommen. Diesem Mangel macht ein Antrag Preuß abzugeben, der die Aufbesserung schon bei den mittleren Stufen einzutreten lassen will. Singer wies darauf hin, daß es das Richtige und das Beste sei, nicht stückweise, sondern gleich allgemein die Altersklassen so zu ändern, daß allen Stufen ein ausreichendes Gehalt gewährt wird. Ein Antrag unserer Genossen forderte anßerdem, daß auch die Lehrerinnen bei dieser Gehaltsaufbesserung berücksichtigt werden, um so mehr, da sie — in Berücksichtigung des verwerflichen Grundgesetzes, daß weibliche Arbeitskraft billiger sein muß als männliche — ohnehin schon schlechter als die Lehrer bezahlt werden. Es ist recht charakteristisch, daß dieser Antrag erst von sozialdemokratischer Seite gestellt werden mußte. Alle drei Anträge gingen zur Vorbereitung an einen Ausschuss. Wie sich der Magistrat später zu ihnen stellen wird, wurde nicht klar, da keiner der anwesenden Magistratsvertreter das Wort ergriß.

Submissionswesen.

Einen seltsamen Anstoß giebt die „Volks-Ztg.“ der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, indem sie den vorgeschlagenen von uns veröffentlichten Maß der Rühmänner er wähnt und verlangt, daß die städtischen Behörden den Unternehmern gleiche Bedingungen stellen sollen, wie die Inhabern des Metall-industriellen-Verbands bezüglich des Lohns und der Arbeitszeit vertritt hat.

Mit einem solchen Verlangen wird das Blatt bei der Stadtverordneten-Versammlung schon angekommen. Steht deren Mehrheit doch, was Richtigkeit der Gesundheit des Arbeiters betrifft, ganz auf dem Standpunkt der Rühmänner.

Diese wissen sehr genau, daß sie mit dem Festhalten am Jehu-studententag ein Verbrechen am Rationalwohlstand begehen, daß sie sich durch ihre Ausbeutungswut die Vernichtung zahlreicher Menschenleben auf das Gewissen laden. Sie wissen auch, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit den Unternehmern Gewinn erfahrungsgemäß gar nicht einmal verweigert, und daß ihre Haltung daher um so verdammungswürdiger ist. Aber es beliebt den Rühmännern einmal so; die Beibehaltung der gemeinschaftlich langen Arbeitszeit liegt sie im Hochgefühl ihres Perrentums und daher lassen sie ebenso wenig an ihrer Souveränität rütteln, wie bereits etwa der deutsche Kolonialist an seinem angenehmen „Gottesgnadenrecht“, die Unterthanen als Soldaten an England verkaufen zu dürfen.

Ein solcher Standpunkt dünkt auch der Stadtverordneten-Versammlung gerecht. Die berühmte „Freiheit der Arbeit“ verlangte es, daß in der Sitzung, die diese Körperschaft am 14. Dezember v. J. abgehalten hat, die Anträge Dupont und Genossen rundweg abgelehnt wurden, trotzdem sie nichts andres enthielten, als die Forderung, daß in den städtischen Submissionsbedingungen Anerkennung der Gewerkschaftslöhne, Einrichtung von Wohnräumen etc. und des Verbot verschiedener gesundheitsgefährlicher Einrichtungen, wie der Raasfeuer, vorgeesehen werde.

Herr Stadtverordneter Kieckel sprach damals nicht allein dem Unternehmertum, sondern auch der Stadtverordneten-Mehrheit und damit der Großbürgererschaft, die ihn wählte, im allgemeinen aus der Seele, als er auf die sozialdemokratischen Forderungen hin ein Wohlgefallen an ihrer Ungerechtigkeit, über die vom Jaun gebrochenen Streiks, über die Agitation der Arbeitsscheuer Elemente und was des Guten mehr war.

Das alles läßt den Schluss zu, daß Kommunal-Liberalismus und heftiges Schachmachertum gar nicht so himmelweit von einander verschieden sind und daß daher eine Anregung an die Stadtverordneten-Versammlung, sie möge sich im Submissionswesen zur Gerechtigkeit bequemen, kaum anders als von der Gerechtigkeit Seite anzufassen ist.

Eine Verbesserung in der Briefbeförderung hat die kaiserliche Ober-Postdirektion Berlin angeordnet. Seit der Einführung der Briefkastenleerung im Witternacht fand die erste Leerung des Morgens zwischen 7 und 8 Uhr statt. Die nach 12 Uhr in die Briefkästen gelegten Sendungen gelangten dann bei der dritten Leerung zwischen 10 und 11 Uhr in die Hände der Adressaten in Berlin. Die Ober-Postdirektion hat nun eine neue Briefkastenleerung zwischen 6 und 6 1/2 Uhr morgens eingeführt. Die zu dieser Zeit ausgehobenen Briefe kommen schon bei der zweiten Leerung, die um 8 1/2 Uhr beginnt, an die Empfänger. Die Neuierung ist bei denjenigen Postämtern, die sie ohne Vermehrung der Beamten einführen konnten, bereits in Kraft getreten. Bei den übrigen Postämtern wird sie in den nächsten Tagen durchgeführt werden.

Kaiser Wilhelm II. In der „Kreuz-Ztg.“ lesen wir: Das Standbild Sr. Majestät des Kaisers und Königs als Kreuzfahrer, das (wie mitgeteilt) am Geburtsstage Sr. Majestät im festlichen Akte im Monopol-Hotel enthüllt worden ist, erfreut sich einer regen Betrachtung seitens des Publikums. Der Bildhauer Jahn hat damit ein sehr tüchtiges Werk geschaffen, das voller Anerkennung wert ist.

Mit dem gestrigen Tage hat das Frühstücksaustragen durch Rinder sein Ende erreicht. An Stelle der Kleinen, die bisher in früher Morgenstunden mit Badwäse und Milch treppauf treppab liefen, waren gestern früh meist Frauen angetreten. Die Änderung soll nicht ohne Störung vor sich gegangen sein, da die

Vätermeister es anscheinend nicht für nötig befunden haben, die erwachsenen Anträgerinnen gehörig über die Kundschafft zu informieren.

Das Reichs-Postmuseum bleibt wegen innerer Arbeiten von heute ab geschlossen.

Die Große Berliner. Zwei brennende Accumulatorenwagen der Großen Berliner Straßenbahn verursachten gestern nachmittags mehrere Verletzungsstörungen. Ein Wagen der Linie Gesundbrunnen-Markheideplatz geriet in der Brunnenstraße unweit der Klagenfurterstraße in Brand. Der Wagen mußte sofort ausgedient werden, und die Passagiere wurden mit dem nachfolgenden Wagen derselben Linie weiterbefördert. Als dieser die eiserne Brücke passierte, züngelten plötzlich von beiden Seiten des Hinterpertrons Flammen empor, und mächtige Rauchwolken verdrängten, daß sich in diesem Wagen die Accumulatoren sich entzündet hatten. Natürlich mußte auch dieser Wagen außer Betrieb genommen werden; er wurde langsam durch nachfolgende Wagen nach dem Depot in der Kreuzbergstraße geschoben.

In späteren Zeiten wird man sich wundern, daß eine Stadtverwaltung einer derartigen Wirtschaft mit beschränktem Armen zujaß.

Die elektrisch betriebene Omnibuslinie Kuhalter Bahnhof-Stettiner Bahnhof über den Königsplatz soll bestimmt am 15. Februar eröffnet werden.

Von den Scagnungen der Kinderarbeit. Ein hiesiges Blatt meldet: Die Verhaftung eines jungen Menschen, der anscheinend ein Stillkleids-Attentat gegen ein Kind beabsichtigte, führte am Mittwochsabend nach 10 Uhr eine große Menschenmenge in der Nähe der Brünnstraße ein kleines Mädchen von ungefähr 9 Jahren in ein Haus hineinzuerrten. Ein dies beobachtender Arbeiter lief zur Polizei. Inzwischen hatte sich vor dem Hause eine große Menschenmenge angesammelt. Einige Männer drangen in das Haus ein, um den Mann herauszuholen. Auf der Treppe kam er ihnen mit einer brennenden Lampe entgegen und setzte sich gegen seine Angreifer zur Wehr, so daß die Lampe in Stücke ging. Er wurde weidlich durchgeprügelt und danach den eintreffenden Schenkleuten übergeben. Das weinende kleine Mädchen erzählte, daß der fremde Mann ihm 3 M. geboten habe, wenn es mit in seine Wohnung komme. Der Mann hatte das Kind in einem dem Hause gegenüberliegenden Restaurant getroffen, wo es Apfelsinen aß.

Eine Schädigung der Näherinnen wird von einem Fabrikanten in Nähfabrik, der sich auf dem Gebiet nicht nennt, versucht. Unter der Bezeichnung „Berliner Nähfabrik“ verlaufen verschiedene Kurzwarengeschäfte farbige Nähgarn auf Rollen, welche in roter Schrift das Maß (200 Yards) wie üblich tragen, darunter aber steht: „farbig, reduziert auf 150 Yards“. In den meisten Geschäften der Branche wird stets volles Maß geliefert; die Reduktion ist demnach eine Täuschung des Publikums; in rechtlicher Beziehung setzen sich die Verkäufer des eben erwähnten „Berliner Nähgarns“ einer großen Gefahr aus. Die bekannten Fabrikanten des Artikels vermerken auf jeder Rolle Garn in deutlicher Schrift: „Volles Maß garantiert.“ Wenn die Käufer hierauf achten und jede Rolle Nähgarn ohne diesen Vermerk zurückweisen, — so wird aus von sachmännischer Seite mitgeteilt, — dann würden die Täuschungsversuche sehr bald aufhören.

Ein Liebesdrama. Gestern vormittag um 8 1/2 Uhr fand ein Arbeiter in Niederböschungswide am Ufer der Spree einen schwarzen Damenhut mit blauem Schleier, grauer Feder und einer langen Kadel mit schwarzem Knopf. Darüber war ein Untertrod gedreht. Im Hut befand sich mit der Kadel festgesteckt ein offener Brief folgenden Inhalts: „Lieber Richard! Dies ist meine Antwort auf Deinen Brief. Um die Schande nachher nicht mehr zu erleben und Dir nicht länger lästig zu sein, komme ich nicht anders. Bitte, liebster Richard, verzehre mir, komme zu meinem Begräbnis und vergieb Deiner Didi bis in den Tod liebenden Clara Wehl.“ Der Arbeiter nahm seinen Hund mit nach Baumjuleweg, um ihn auf der dortigen Polizei abzugeben.

Der Lokomotivführer Tietz, ein Opfer des Eisenbahn-Unglücks auf dem Bahnhof Schönhauser Allee, ist gestern unter zahlreicher Beteiligung beerdigt worden.

Unter dem dringenden Verdacht der gewerbmäßigen Schererei wurde gestern der Zimmervermieter Kahlbrod in Haft genommen. In seiner Wohnung wurden 9 große Körbe, die aus Diebstählen herrührende Wäsche und Garderobe enthielten, vorgefunden.

Aus Furcht vor Erlöschung hat sich das noch nicht 17 Jahre alte Liebsmädchen Käthe Enslin erschossen, das in der Kreuzbergstr. 50 bei der Modistin Frau Dreher seit vier Wochen in Stellung war und vorher in der Grunewaldstraße diente. Das Mädchen, das an einem Augenstich litt, war von Anfang an sehr still und trübmißig. Auf die Frage, was ihm denn fehle, antwortete es, daß es fürchte blind zu werden; außerdem habe sie eine Stiefmutter, die ihr das Elternhaus vertriebe. Da das Mädchen mit der Arbeit nicht fertig wurde, so kündigte ihm Frau Dreher zu gestern. Als gestern nachmittag ein Padeisafahrer kam, um die Sachen abzuholen, fand man das Mädchen in seinem verschlossenen Zimmer tot auf seinem Bette liegen. Es hatte sich durch Revolvergeschüsse in den Hals und die Brust entleert.

Erhängt hat sich vorgestern der 88 Jahre alte Drochsenlutscher Schüler aus der Fruchtstraße. Händliche Zwisligkeiten sollen ihn in den Tod getrieben haben.

Ein Frauen-Orchesterverein in Berlin. Uns wird geschrieben: Unter den auf musikalischem Gebiet thätigen Künstlerinnen herrscht seit langen Jahren ein bedauerliches Mangel an Kräften, denen bei der Fülle der Konkurrenz die Eringung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit durch Solospiel und Unterricht fast unmöglich gemacht wird. Aus dieser Notlage vieler thätiger Künstlerinnen heraus ist ein Frauen-Orchesterverein in Berlin gegründet worden, der seinen Mitgliedern durch gemeinsames künstlerisches Wirken im Orchesterverbande eine gesicherte Existenz verschaffen will. Vorläufig sieht der Verein finanziell noch auf sehr schwachen Füßen, da er — wie aus seinem neuesten Abschreiben hervorgeht — hauptsächlich auf die pekuniäre Unterstützung seiner inaktiven Mitglieder angewiesen ist. Als Beweise dafür, wie weit der Frauen-Orchesterverein noch von seinem Ziele entfernt ist, sei nur angeführt, daß die 1896 ins Leben gerufene Vereinigung bisher noch nicht in der Lage war, ihren aktiven Mitgliedern geringe feste Monatsgehälter zu zahlen oder regelmäßige Proben abzuhalten.

Ein Richard Strauß-Konzert, das jedermann zugänglich ist, veranstaltet die Neue freie Volksbühne am Dienstag, den 6. Februar, abends 8 Uhr, im großen Festsaal von Keller, Rappstr. 24.

Und den Nachbarorten.

Parteierversammlungen in den Vororten. Der Socialdemokratische Verein von Johannisthal-Kiederböschungswide hält seine Mitgliederversammlung am 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Senfleben ab. — In Charlottenburg findet die Parteiversammlung gegen die Blottendorloge nächsten Donnerstags in der Gambiras-Bräuerei statt; in Köpenick wird die Parteiversammlung am Mittwoch im Kaiserhof, Grünstraße, stattfinden.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung bezieht am Mittwoch zunächst die Vorlage betreffend die Verwendung der aus der Fritsche-Stiftung fließenden Mittel. Aus den Jinsen der Stiftung sollen nach dem Antrage des Magistrats Hinterbliebenen von städtischen Angestellten und Gemeindebeamten Unterstützungen gewährt werden, die für den Zeit-

raum eines Jahres den Höchstbetrag von 500 M. im Einzelfalle nicht übersteigen dürfen. Stadtv. Baake (Soz.) fragt den Magistrat, ob unter den Hinterbliebenen, die aus den Jinsen der Stiftung bedacht werden sollen, auch die Hinterbliebenen von städtischen Arbeitern zu verstehen sind. Ober-Bürgermeister Schustehruss erwidert, daß das nicht der Fall sei. Im übrigen werde der Veranlassung demnächst eine Vorlage betr. die Kostenvoranschläge für die städtischen Arbeiter zugehen. Hieraus wurde die Vorlage angenommen.

Eine längere Debatte knüpfte sich an die Vorlage betr. die Erhöhung der Kosten für die Behandlung und Verpflegung der Patienten im städtischen Krankenhaus. Der Magistrat schlägt eine Erhöhung der Sätze für die Patienten der I. und II. Klasse vor, will aber für Patienten der III. Klasse den Satz von 2 M. beibehalten. Hingegen sollen Auswärtige in der III. Klasse, auch Mitglieder auswärtiger Krankenkassen, in Zukunft 3 Mark zahlen. Der Referent Stadtv.ordneter Rose schlägt die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss vor, weil für ihn die Gründe, die der Magistrat für die Erhöhung der Sätze angeführt hat, nicht überzeugend seien und weil die Vorlage auch nicht dem Beschlusse der Versammlung entspreche. Der Beschluß war gefaßt worden, um eine Gleichheit der Sätze mit denen der Berliner Krankenhäuser herbeizuführen. Stadtv. Meißeljohn schlägt für die Patienten der ersten Klasse einen bedeutend höheren Satz vor. Er will ferner überlegen, ob nicht auch die Patienten der dritten Klasse einen höheren Satz zu entrichten hätten, etwa 2.50 Mark. Stadtv. Hirsch (Soz.) wendet sich gegen den Vorschlag, die Sätze für die dritte Klasse zu erhöhen. Die Folge davon würde eine schwere Schädigung der Arbeiterkraft und der Krankenkassen sein, die abzumildern wären, ihre Beiträge zu erhöhen, ohne daß die Gegenleistungen in demselben Verhältnis erhöht würden. Für die Erhöhung des Satzes für die auswärtigen Patienten habe der Magistrat bisher keine Gründe angegeben. Die Versammlung müsse dies aber unsofort verlangen, als der Magistrat noch am 30. November v. J. beschlossen habe, die Sätze für Mitglieder auswärtiger Krankenkassen nicht zu erhöhen. Woher stamme diese plötzliche Wendung in den Absichten? Falls man eine Ueberfüllung des Krankenhauses fürchte, sei es richtiger, einer solchen Gefahr durch eine Milderung des Reglements vorzubeugen, etwa in dem Sinn, daß in erster Linie einheimische und nur in dringenden Fällen auswärtige Patienten in die Anstalt aufgenommen werden sollen. Lutzler sei es ferner, ob auch Mitglieder solcher auswärtigen freien Hilfskassen, die in Charlottenburg eine Filiale haben, oder Charlottenburger Arbeiter, die einer Berliner Ortskrankenkasse angehören, die höheren Sätze zu entrichten haben. Zur Klärung dieser Fragen schließe er sich dem Antrage auf Ausschussberatung an.

Stadtrat Voll verteidigt die Magistratevorlage und betont, daß allerdings Mitglieder solcher Kassen, die in Charlottenburg eine Filiale haben und auch Mitglieder anderer als der Charlottenburger Ortskrankenkasse in Zukunft den Satz von 3 M. entrichten sollen. Stadtv. Hirsch weist darauf hin, daß ein Grund für diese ungerechte Behandlung nicht zu finden sei. Er halte den bisherigen Satz von 2 M. für alle Krankenkassen-Mitglieder für völlig ausreichend. In seinem Schlußwort spricht der Referent für jedes Person seine Ueberzeugung mit dem vom Vordränger geäußerten Bedenken aus. Die Vorlage wird einem Ausschuss von 9 Mitgliedern überwiesen, in dem die Socialdemokraten durch Genossen Hirsch vertreten sind.

Der weiteren Beschluß der Versammlung u. a. den Magistrat zu ersuchen, gegen die Verlegung des bisher in Charlottenburg bestehenden Handelsregisters eine Petition an den Justizminister zu richten. Zum Vorsitzenden des Gewerbegerichts wurde Stadtrat Voll wiedergewählt. Die Vorlage betr. Abänderung des Privilegiums über die 23 Millionen-Anleihe vom 24. Juli 1898 wurde genehmigt, ebenso der Normaletat für Magistratsmitglieder, städtische Beamte und städtische Lehrer. Im Verlauf der Debatte gab Oberbürgermeister Schustehruss die Erklärung ab, daß der Magistrat eine Revision der Vöhrer der dauernd beschäftigten städtischen Arbeiter bereits beschlossen und einen Ausschuss zur Erledigung der Vorarbeiten eingesetzt habe. Verschiedene Ortsstatute aus Anlaß des Gesetzes betr. die Anstellung und Besorgung der Kommunalbeamten wurden einem Ausschuss überwiesen. Schließlich vollzog die Versammlung noch eine Anzahl Wahlen, darunter die Wahl unseres Genossen Baake in die Deputation für den städtischen Arbeitsnachweis.

Aus Rigdorf. Der Vierfährer Otto von hier, der sich bei dem Sprung aus dem brennenden Kronenhaus Warenhaus verlegte, ist gestern aus dem Bremer Krankenhaus als geheilt entlassen worden. Seine Richte dürfte gleichfalls in nächster Zeit das Krankenhaus verlassen können. — Von einem Blitzsturz befallen wurde am Mittwochsabend in der Rühlwerstraße die in Berlin wohnhafte Frau Flettschmann; sie wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Friedenau. In nicht geringer Aufregung befinden sich die Einwohner des Rappbach-Platzes. Man munkelt von einem Selbstmord und dem spürbaren Verschwinden der Leiche. Eine Frühstundsfrau des Bädermeisters Benzke kam am frühen Morgen in ein Haus, um das Frühstück anzutragen; da bemerkte sie in dem zweifelhaften Licht der Laterne im Handlur einen Menschen hängen. Sein Kopf hatte die Frau im achseligen Vorbeigehen die regungslos herabhängende Gestalt angestoßen. Voller Angst lief sie so schnell als möglich nach dem Laden des Meisters. Eine kurze Zeit darauf kam ein kleines Mädchen, um Zeitungen anzutragen, und bemerkte einer vor der Thür haltenden Annenwagen. Einige Männer brachten einen in ein weiches Lager gewickelten menschlichen Körper in den Wagen und fuhren davon. Bis jetzt konnte nicht festgestellt werden, welcher Gesellschaft der Wagen gehörte, auch nicht, wo der Körper des Selbstmörders geblieben. Die Ortspolizei soll von der geheimnisvollen Angelegenheit keine Kenntnis haben, jedoch in energischer Weise Recherchen anstellen. Hoffentlich stellt sich die Sache als harmlos heraus.

Aus Johannisthal wird uns berichtet: Eine seltene Wenigkeit der Gemeinde-Ordnung bewies unser Ortsvorsteher dieser Tage. Er erklärte einem Einwohner, der in die Wählerliste eingetragen werden wollte, daß solches nicht möglich sei, da er, der Einwohner, noch keine 3 Jahre am Orte wohne. Erst als der Nachjüngende darauf hinwies, daß ein einjähriger Aufenthalt genüge, erfolgte die Eintragung. Es sind, wie uns berichtet wird, aus solchem Versehen heraus eine ganze Anzahl von Nachtragungen nötig geworden. — Die geplante Kanalisation- und Wasserleitungsanlage ist aufgegeben worden, da der Abfluß des Kanalisationswassers in den Lygner Graben nicht gestattet wird. Man will jetzt mit den Charlottenburger Wasserwerken in Verbindung treten. Diese Gesellschaft hat nämlich von dem Baumfällungsbesitzer Späth für den Preis von 100 000 M. größere Ländereien gekauft, welche Späth vor acht Monaten für 15 000 M. von einem Hofstätten erworben hatte.

Der Oberjunkerwacker Edmund von der Königl. Gekochsabrid in Spandau, der vor ungefähr einem Vierteljahr verhaftet wurde, weil er in militärischen Angelegenheiten mit einer auswärtigen Regierung (angeblich der Türkei) in Verbindung getreten war, ist wie in Spandau verurteilt, zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten verurteilt worden, welche durch die Untersuchungsinstanz bald verhängt sein dürfte. Ein Landesverrat hat also nicht vorgelegen.

Nach dem Anschlagsturm auf dem Karlsberg im Grunewald wird jetzt von dem Hauptsturz, welches von dem Charlottenburger Wasserwerk zu Belschhof nach der Villenkolonie Grunewald führt, eine Zweigleitung gelegt. Erst mit Hilfe der Wasserwerkleitung ist es möglich, auf dem jetzt noch laßten Plateau die projektierten gärtnerischen Schmuckanlagen in stand zu halten.

Als Agitationsmittel zur Kennzeichnung der bürgerlichen Justiz ist der folgende Fall außerordentlich gut verwendbar: Als Schriftführer des Porzellanarbeiter-Verbandes hatte der Parteigenosse Redacteur Richard Zahn im vorigen Jahre ein Circular mit der Ueberschrift: „Mitteilungen an unsere Mitglieder, insbesondere die Verwaltungen“ herausgegeben, das in mehr als 1000 Exemplaren an die Hauptstellen des Verbandes verschickt wurde. Das Schriftstück enthielt etwa 170 Namen von Personen, die als diejenigen bezeichnet wurden, welche „anlässlich der letzten Streiks und Differenzen in unverantwortlicher Weise gegen die Interessen der Organisation und Allgemeinheit vertrieben“. Es heißt dann weiter in dem Rundschreiben, es solle bezwecken, daß die Verwaltungen bei Anmeldungen von Mitgliedern nach Durchsicht der untenstehenden Namen wählten, ob die Betreffenden würdig seien oder nicht, in die Organisation aufgenommen zu werden. Ferner werde bezweckt, daß solchen Arbeitswilligen, die gegen die Kollegenchaft und die Organisation sich vergangen haben und die weit öfter als andre Kollegen in ihrer moralischen und geschäftlichen Qualifikation arbeitslos würden, nicht auch noch aus Unkenntnis auf Reisen die Unterstützung der Kollegen zu Teil werde. Eine der in dem Circular genannten Personen, die am 7. April ein Exemplar in die Hand bekommen hatte, stellte am 25. April gegen Zahn Strafantrag wegen Verleumdung. Genosse Zahn wurde dem auch vom Schöffengericht auf Grund des § 188 des Strafgesetzbuchs zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, während das Berufungsgericht später die Strafe in eine Geldstrafe von 150 M. umwandelte. Das Landgericht führte in der Hauptsache aus: Das Gericht nehme im Gegentag zur ersten Instanz an, daß der Angeklagte beim Erlass des Circulars an sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Denn als Schriftführer des Verbandes sei er in erster Reihe berufen gewesen, die Verbandsinteressen wahrzunehmen und zum Beispiel Schritte zu thun, um Leute vom Verbandsverband fernzuhalten, welche den Bestrebungen des Verbandes zuwiderhandeln. J. sei aber infoweg über die Wahrnehmung berechtigter Interessen hinausgegangen, als er von allen Arbeitswilligen behauptete, daß sie bekanntlich weit öfter als andre infolge ihrer moralischen und geschäftlichen Qualifikation arbeitslos würden. Diese Wendung enthalte eine Verleumdung der davon Betroffenen, insbesondere des Antragstellers. Es handele sich infolgedessen nicht um eine Verleumdung im Sinne des § 188, sondern nur um eine solche im Sinne des § 185 des Strafgesetzbuchs; der Angeklagte behaupte nicht Zehntausende, die in, sondern über an den genannten Arbeitswilligen eine allgemeine abfällige Kritik. Mit Rücksicht darauf, daß die Verleumdung nicht zu den schwereren gehöre, daß aber andererseits der Angeklagte wegen Freiwerden und Verleumdung schon vorbestraft sei, erscheine eine Geldstrafe von 150 Mark angemessen. — Der Strafsenat des Kammergerichts wies die vom Rechtsanwalt Trendelenburg eingeleitete Revision mit folgender Begründung zurück: Der Schuldsatz des § 188 sei dem Angeklagten mit Recht verweigert worden, denn J. habe die beleidigenden Worte über die angebliche moralische und geschäftliche Minderwertigkeit der Arbeitswilligen nicht in Wahrnehmung, sondern nur bei Gelegenheit der Wahrnehmung berechtigter Interessen gebraucht. Gerade jene Worte seien nicht nötig gewesen, wenn er auch den zahllosen Mitteilungen über die Leute hätte machen dürfen, die er zur Aufnahme in den Verband für ungeeignet hielt.

Ein Prozeß, dem in weiteren Kreisen mit Interesse entgegen gesehen wurde, gelangte gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Die Direktoren der Kontinental-Telegraphen-Compagnie-Aktiengesellschaft (Wolffs Telegraphen-Bureau) wollen längere Zeit hindurch die Beobachtung gemacht haben, daß offizielle Nachrichten, die ihnen allein zugegangen waren, vom französisch-amerikanischen Krieg, von der Würt. usw. auch vom Hirschen Telegraphen-Bureau und zum Teil sogar eher veröffentlicht wurden, als dies von Wolff's gesehen war. Einem Zufall war es zu verdanken, daß die Urtheile dieses Vorwurmes ermittelt wurde. Im März voriges Jahres trat ein Redacteur des mit dem Hirschen Bureau verbundenen Bureau „Herald“ in die Redaktion des Wolff'schen Bureaus ein. Durch diesen erfahren die Direktoren des letzteren, daß zwei seit vielen Jahren bei ihnen angestellte Voten, Namens Fritz Dörfert und Hugo Schmiedel mit dem Hirschen Bureau Durchsichtsberechtigungen vertrieben. Die beiden Genannten hatten in dem Wolff'schen Bureau die Aufgabe, Nachrichten, die für die Berliner Abonnenten bestimmt waren, teils auf heliographischem Wege zu verbrieflichen, teils bei der Drucklegung derselben mitzuwirken. Insbesondere gehörte aber zu ihren Obliegenheiten, die Depeschen zu falzen und mit Umschlägen zu versehen, dieselben dann an die Abonnenten auszugeben und endlich dann die an der Börse festgestellten Kurse dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau zu übermitteln. Der Mithaber des Telegraphen-Bureaus von Louis Hirsch, Kaufmann Kurt Hirsch, soll, wie die Anklagebehörde behauptet, Dörfert u. Schmiedel durch Geldversprechungen veranlaßt haben, ihm wichtige Nachrichten, die für Wolff bestimmt waren, telephonisch oder auf andere Weise zugänglich zu machen. Dies sollen Dörfert u. Schmiedel längere Zeit hindurch getan haben. Wenn Nachrichten nicht telephonisch übermitteln werden konnten, so sollen die beiden Voten heliographisch, bezw. gedruckte Exemplare sich angeeignet und teils in einer Eigenhandlung, teils in einem in der Zimmerstraße gelegenen Restaurant in Briefumschlägen abgegeben haben. Hier wurden die Sachen dann von Angestellten des Hirschen Bureaus abgeholt. Nachdem Dörfert ein volles Geständnis abgelegt hatte, Schmiedel und Kurt Hirsch dagegen die That entschieden in Abrede gestellt hatten, wurde gegen alle drei Anklage erhoben. Dörfert und Schmiedel sind wegen Diebstahls und Verlegung des Geheims betreffend unlauteren Wettbewerbs, Kurt Hirsch infolge Anstiftung zu diesem Vergehen und wegen Heblerer unter Anklage gestellt.

Der Angeklagte Schmiedel ist geständig. Unregelmäßigkeiten begangen zu haben, er habe dafür von Dörfert monatlich 10 M. erhalten. Der Angeklagte Hirsch bestreitet jede Schuld. Die Verhandlung wurde um 4 Uhr abgebrochen und soll heute fortgesetzt werden.

Gegen den Verlag der „Feldpost“, das im Geschäft des Herrn August Scherl hergestellte Organ des Kriegervereins „Bundes-Kaiser Wilhelm-Dank“ richtete sich eine Civilklage, die am Dienstag vor dem hiesigen Landgericht verhandelt wurde. In der Expedition der „Feldpost“ waren eine Anzahl von Arbeitsschreibern, nämlich Kriegervereins-Mitglieder, angestellt. Im Juni v. J. schied ein dem geschäftlichen Leiter der „Feldpost“ für das Unternehmen vorteilhaft, wenn die Zahl der Expeditionspersonalen, obgleich die Arbeit nicht geringer geworden war, herabgesetzt würde. Man entließ also Anstalt und ließ sechs der Angestellten. Diese vertiefen sich darauf, daß ihre Thätigkeit bei der „Feldpost“ eine launmännische sei und verlangten deshalb die Innehaltung der vom Handelsgesetz vorgezeichneten Kündigungsfrist. Daß auch die Leitung der „Feldpost“ diese Angelegenheiten für Handlungsberechtigten gehalten haben muß, beweist der Umstand, daß sie bei der Orts-Kantentasse der Kaufleute verständig waren. Gleichwohl wollte der Arbeitgeber — das ist nominell der Direktor des Bundes-Kaiser Wilhelm-Dank, thatsächlich scheint es aber Herr Scherl zu sein — von einer Kündigung nichts wissen, denn er behauptet, die Entlassenen seien keine Kaufleute, sondern Angestellten, die dem Handelsgesetz nicht unterliegen. Die Entlassenen beschränkten den Klageweg, und das Amtsgericht gab ihnen auch recht, indem es sie als Handlungsgehilfen ansah. Gegen das Urteil erster Instanz legte die Leitung der „Feldpost“ Berufung ein, und vor dem Landgericht hatten die patriotischen Unternehmern auch den Erfolg, daß die Klager kostenpflichtig abgewiesen wurden. Letztere wollen den Rechtsstreit aber noch vor das Kammergericht bringen.

Vermischtes.

Ein schreckliches Baumglück meldet der Draht aus Eingen, 1. Februar; Gestern früh auf einem hiesigen Bauplatz durch Aufschung eine Mauer ein Arbeiter wurde unter den Trümmern begraben. Es wurden fünf getötet und drei schwer verletzt.

Nach einem Telegramm aus Frankfurt a. M. ist der Gefängnisinspektor Habermann, welcher der Unterschlagung und des Diebstahls amtlicher Kassengelder verdächtig ist, seit gestern mittag von Frankfurt verschwunden und ist vermutlich ins Ausland geflüchtet.

Nach ein ober-schlesischer Polizeibeamter. Die Strafkammer in B. u. H. verurteilte den Polizei-Inspektor Wilhelm Baumann aus Ratiboritz wegen Verhinderung amtlicher Schriftstücke zu zwei Monaten Gefängnis.

Die Fernsprechverbindung Luxemburg-Paris ist gestern Mittag eröffnet worden.

Aus Köln wird der „Volk-Zeitung“ berichtet: Der Infanterist Kolowich, der den Fabrikanten Kammert hinterhins überfiel und durch Bajonettschläge daran verlor, daß der Tod eintrat, wurde letztendlich zu 4 Jahren Festung, sein Mitschuldiger Kehler zu einem Jahre Festung verurteilt. Kammert hatte bekanntlich ein Mädchen beschützt, daß von Soldaten attackiert worden war.

Schreckliche Stürme entsetzten sich an den spanischen Küsten. In Bilbao fiel unter stürmischen Wolken und Donnern dichter Hagel, der die Straßen mit einer weißen Schicht zwei Centimeter hoch bedeckte. Das Meer war äußerst aufgeregter. In San Sebastian wurde die dänische Brig „Livingstone“ zertrümmert. Die Besatzung wurde mit Lebensgefahr nach unglücklichen Aufstrebungen vom sicheren Tod gerettet. Paul Déroutode gab den Rettern Goldmünzen. Auf der Höhe von Coruna sank das französische Torpedoboot „Turell“. Die gesamte Besatzung ertrank. In Bayonne sank das Fischerboot „Saint Jean Baptiste“. Drei Mann ertranken.

Wetter-Prognose für Freitag, den 2. Februar 1900.
Ein wenig kälter, vorwiegend neblig oder wolfig bei schwachen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau

Witterungsüberblick vom 1. Februar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer humb. m. m.	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. C. u. F.	Stationen	Barometer humb. m. m.	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. C. u. F.
Erzgebirge	754 R		2bed.	0	0	Darunda	760 R		2wolken	-24	
Hamburg	757 R		2bed.	-1	-1	Petersburg	757 R		2Schnee	-7	
Berlin	756 R		4bed.	-1	-1	Urf	757 R		4hd bed	4	
Wiesbaden	756 R		2bed.	1	1	Aberdeen	757 R		5wolken	1	
München	757 R		3hd bed	-1	-1	Paris	754 R		2bed.	0	
Wien	759 R		-Rebel	-1	-1						

Marktpreise von Berlin am 31. Januar 1900

noch Ermittlungen des hgl. Polizeivollzugsamts

Ware	Einheit	Preis	Ware	Einheit	Preis
Meizen	100 Stk	15.20	Schwefelsäure	1 kg	1.60
Roggen	100 Stk	14.30	Kalkstein	100 Stk	1.80
Winter-Weizen	100 Stk	14.00	Hammerstein	100 Stk	1.60
Winter-Roggen	100 Stk	13.90	Butter	100 Stk	2.00
Winter-Triticum	100 Stk	13.10	Eier	60 Stk	6.00
Winter-Weizen	100 Stk	12.40	Korn	1 kg	2.20
Winter-Roggen	100 Stk	4.50	Hefe	100 Stk	2.50
Winter-Triticum	100 Stk	2.20	Speise	100 Stk	1.80
Winter-Weizen	100 Stk	40.00	Wasser	100 Stk	1.60
Winter-Roggen	100 Stk	45.00	Wasser	100 Stk	2.80
Winter-Triticum	100 Stk	70.00	Wasser	100 Stk	1.40
Winter-Weizen	100 Stk	7.00	Wasser	100 Stk	1.40
Winter-Roggen	100 Stk	1.00	Wasser	100 Stk	12.00
Winter-Triticum	100 Stk	1.20			

*) Gemittelt pro Tonne von der Centralstelle der Berufs-Vand. Wirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeivollzugsamt für den Doppelcentner. *) Kleinhandelspreise

Produktenmarkt vom 1. Februar. Der Getreidemarkt erfuhr heute keinen wesentlichen Aufschwung. Die Ausfuhrmeldungen boten wenig Anregung. Berlin kam jedoch Nordamerika noch anfänglicher Abkühlung halber leicht erhöht. Am Fruchtmittel blieb das Auslandsgeschäft einen Druck auf die Preisgestaltung aus und führte zu unglücklichen Roggenabschlüssen für Fernvertrieb. Späterhin befestigte sich die Tendenz, infolge der wieder eingetretenen Frostwitters und der Abnahme der hiesigen Bestände. Das Angebot effektiver Ware machte sich mittags weniger dringlich bemerkbar, so daß Weizen und Roggen noch ursprünglicher Abkühlung ihren gestrigen Preisstand voll wieder erreichten. Hafer war schwer veräußlich, weidend; Kubel auf Realisierungen 0.20 R. billiger angeboten. Die heutige Lager-

Aufnahme ergab 12 420 Tonnen Weizen (- 1255 Tonnen gegen 1. Januar) und 975 Tonnen Roggen (- 870 Tonnen). Am Spiritusmarkt wurden ca. 25 000 Liter 70er loco mit 46.90 (+ 0.10 M.) gehandelt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (bzw. Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementszahlung bezüglichen Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und inhaltliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

Wettende. Die Chinesen schreiben von oben nach unten und fangen in einem Buch auf der letzten Seite rechts an.

Straländerfrage. Herrlichen hat erkl. wir nicht. Sie müssen sich einem tüchtigen Arzt anvertrauen.

Artenal. Wie vorher unter „Straländerfrage“.

J. S. 19. Köhler ist im Briefkasten beim besten Willen nicht erledigt.

Dobrich. Das Carl-Weiß-Theater hat bis 1896, wo es am 4. September unter seinem jetzigen Direktor als „Hoftheater“ eröffnet worden ist, eine Reihe von Jahren unter der Leitung Hans National-Theater gehalten.

H. J. 39. Daddeder werden bei der Einstellung in die Feuerwehr bevorzugt, doch erfolgt die Annahme nur bis zum 25. März. Das Anfangsgehalt beträgt 1000 M. und steigt dann je nach Salang, in unbestimmten Zeitraumen bis 1500 M. Nach 2. Dienstjahre wird die Pensionberechtigung erteilt. Jedem Feuerwehrmann steht das Oberfeuermanns-Corps offen. Aus den Oberfeuermannern rekrutieren sich dann die Feldwebel. Auf je 48 Stunden Dienstzeit folgt ein freier Tag, an dem jedoch (abends) die Sicherheitswachen in den Theatern zu stellen sind. Die Meldung ist unter Einreichung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, der Militärpapiere und sonstiger Stücke zu richten an das königliche Polizeivollzugsamt, Abteilung für Feuerwehr, Berlin. - Bei der Post beträgt das Anfangsgehalt 900 M., steigend bis ebenfalls 1500 M. Pensionberechtigung findet nicht mehr statt. Die Militärdienstzeit wird nicht auf das Gehalt, wohl aber auf die Pension angerechnet. Persönliche Vorstellung hat im Hauptpostamt, Spandauerstraße, zu erfolgen.

Griechen 100. Der spätere Vertreter Pöhl hat in der Nacht zum 2. April 1892 den württembergischen Arbeiter Brandt erschossen und den württembergischen Arbeiter Trebbel schwer verwundet.

Moabit.
44. Kommunal-Wahlbezirk.
Montag, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminiushallen, Bremerstr. 72:
Kommunalwähler-Versammlung.

Tagesordnung: Die bevorstehende Neuwahl im 44. Bezirk. Referenten Th. Glöck und F. Ewald. Diskussion.
Parteilosen, vorat für zahlreiches Erscheinen der Wähler dieses Bezirks.
Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8 Uhr, bei Stechert, Andreaskirche:
Versammlung
der Comptoir- und Ladeneinrichtungs-Branche.
Tagesordnung: Unsere Forderungen.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist notwendig.
77/14 Die Ortsverwaltung.

Verband d. Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin I.
Sonntag, den 4. Febr., vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokal Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal):
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl eines ersten Bevollmächtigten.
2. Wann gebühren die Mitglieder die Dreptom-Sternwarte zu besuchen?
3. Verbandsangelegenheiten.
NB. Die Mitglieder werden ersucht, die mit der Nr. 5 des „Arbeiter“- ihr angehängten Fragebogen gewissenhaft auszufüllen und dieselben in der Versammlung abzugeben.
141/4
Die Ortsverwaltung.

Sonntag, 4. Februar, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23:
Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.
Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin G. Jäger über: „Roz Nordaus konventionelle Lager“. 2. Diskussion.
Su recht zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vertrauensmann.

Centralverband der Maurer Deutschlands
Zahlstelle I, Berlin.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 11 Uhr, in den Arminushallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Neuwahl der ständigen Verwaltung, der Untersuchungskommission und der Revisoren. 2. Jahresabrechnung.
134/2

Berein der Bauanschläger
Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 4. Februar 1900, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verwendung der Vereinsgelder.
3. Wahl des Verwaltungsausschusses. 4. Berichtendes und Fragebogen.
Beiträge werden nur zwischen 10 und 11 Uhr angenommen.
33/8
Der Vorstand.

Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Berlin III.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 11 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokale des Herrn Cranz, Bahstr. 12.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen v. L. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. - Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Um regen und pünktlichen Besuch ersucht
Die Ortsverwaltung, J. B.: W. Noack, Senfgerstr. 42, rechts 3 Tr.
Verantwortlicher Redacteur: Paul Jahn in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Giordano Bruno-Feier
zu Gunsten des Baufonds der Freireligiösen Gemeinde
am Montag, den 19. Februar, in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29.
Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert
unter Mitwirkung
des gemischten Chors der Freireligiösen Gemeinde.
Festrede, gehalten von Prof. Dr. Albert Gehrke.
Aus dunkler Zeit!
Lebende Bilder, arrangiert von A. Hoffmann und B. Schröder, mit verbindendem Text von C. M. Scävola.
I. Bild: **Buddha.** Vom Königsbron zum Volke.
II. Bild: **Sokrates.** Letzte Augenblicke im Kreise seiner Schüler.
III. Bild: **Christus.** „Kreuziget ihn! Kreuziget ihn!“
IV. Bild: **Johann Huss.** „O sancta simplicitas!“
V. Bild: **Luther.** „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!“
VI. Bild: **Giordano Bruno.** „Verbrennen ist leichter, denn widerlegen!“
VII. Bild: **Apotheose: Sieg des Menschentums.**
Dichtung, vorgetragen von C. M. Scävola. Kostüme aus dem Atelier von B. Schröder, Passauerstr. 3.
Anfang 8 Uhr.
Billets a 30 Pf. erhalten die Mitglieder in den Biletstellen der Freireligiösen Gemeinde.
Nach der Aufführung: **Geselliges Beisammensein.** Das Komitee.

Neue Freie Volksbühne.
Dienstag, 6. Februar, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29:

Richard Strauss-Konzert.
Mitwirkende:
Frau Hofkapellmeister Strauss-de Abna, Herr Hofkapellmeister Richard Strauss, Herr Professor Hallr, Herr Kammervirtuos Dechert, Herr Kammermusiker Müller.
Eintrittskarten für Mitglieder a 30 Pf., für Gäste a 50 Pf. sind in allen Zahlstellen des Vereins, an der Abendkasse sowie bei dem Kassierer E. Reil, Georgenstraße 24a, zu haben.
150/2

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter
und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
Montag, 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Graumann, Rannustr. 27:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Motzner über: Wert und Nutzen der Organisation. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Weihnachtövergnügen. 4. Vereinsangelegenheiten.
141/4
Sonabend, 17. Februar, in Schnegelsberg's Festsälen (Inh. Schindler), Hofenheide 21:
Grosser Wiener Masken-Ball.
Anfang 8 Uhr.
Billets a 50 Pf. sind zu haben im Arbeitsnachweis, Rannustr. 78 bei dem Kollegen Grundmann, sowie bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern. Die Adresse des Vorsitzenden ist Gustav Darso, Grünauerstr. 29, u. III.
Der Vorstand.

Achtung, Maler!
Den Mitgliedern der Filiale I Berlin zur Nachricht, daß die Beiträge nur in folgenden Zahlstellen zu zahlen sind, wo auch Aufnahmen neuer Mitglieder erfolgen:
I. Ritterstr. 123, Rest. Stramm, Sonnabend u. Montag abds. v. 7-8 Uhr.
II. Alte Jakobstr. 60, „Lenz“, Montag, Mittwoch u. Freitag
III. Langestr. 102, „Völsch“, „Wesse“, „Berand“, „Pierschke“, „Bergmann“,
IV. Köpenickerstr. 50, „Wesse“, „Berand“, „Pierschke“, „Bergmann“,
V. Blumenhalferstr. 5, „Berand“, „Pierschke“, „Bergmann“,
VI. Gabelbergerstr. 37, „Pierschke“, „Bergmann“,
VII. Rosenwallstr. 3, „Bergmann“,
124/2
Der Vorstand.

Wer Freund einer guten sparsamen Küche ist, verwende
Lösl. **Frühstücks-Suppen**
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Wärze
MAGGI
Zu haben bei F. W. Heinrich, NW., Thurmstrasse 56.

Kaffee-Groß-Handlung
Arnold Oppen
2166b Ruckerstrasse 5 an der Finienstraße.
Detail-Verkauf von 1/2 Pfund an.
Man prüfe die gewaschenen Kaffees von 100 bis 160 Pfennig.
Hierbedeuten-Galtesellen: Rosenthaler oder Schönhäuser Thor.

Für eine zweimal monatlich in Berlin erscheinende technische
Fachzeitschrift,
Auflage ca. 7000, soll der Druck resp. die Herstellung der Zeitschrift anderweitig vergeben werden. Offert. werden von Druckereien in Berlin mit F. 2 bis 9. d. B. in d. Exp. d. B. erbet.

Die weltbekannte
Fettfedern-fabrik
Gustav Zwick, Berlin, W. - Prenzlauerberg 46, verbindet gegen Nachzahlung ganzzahlige Bettfedern a. 90 bis 95 Pf., überdies Halbduunen a. 90 bis 1.25, bessere Halbduunen a. 90 bis 1.75, vorzügliche Duunen a. 90 bis 2.25.
- Von diesen Duunen genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett.
Bestellung frei. Versd. u. Beden gratis. Bitte Antragsbogen.

Schultze,
Wasserthor-Str. 12.
Behandlung aller Haut-, Biolen- und Gonorreiden ohne Berufsberatung.
3575 L.
Sprechstunden 9-2, 5-9.
Bei Besorgung der Verbandskarten 10 Pf.

Fiebigs Ball-Salon,
Grosse Frankfurterstr. 26.
Sonnabend, den 10. März, im mein Lokal (Saal 730 Personen polizeilich) noch an Gesellschaften oder Vereine zu vergeben.
366/3

Charlottenburg.
H. Schmerberg (34078)
Wilmersdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von **Uhren** und **Goldwaren** zu außerst billigen Preisen.
Optische Artikel, Brillen werden schnell und gut gemacht.
Fr. Panknin,
Cranienstr. Nr. 178
II. Albalberstraße 91,
Ede Cranienstraße.

Prozeß v. Kriegsheim und Genossen.

Viertes Tag.

In der heutigen Sitzung werden eine Reihe von Anklagefällen verhandelt, in denen bei dem Kaufe von Möbeln, Willkürsamkeit und dergleichen durch den Angeklagten v. Kriegsheim, teilweise unter Beihilfe des Angeklagten Wismann, falsche Vorpiegelungen über die Vermögenslage v. Kriegsheims und die Bonität der von diesem in Zahlung gegebenen Wechsel gemacht worden sein sollen.

In der Nachmittags-Sitzung

gelangen noch die Verurteilungsfälle zur Erörterung, die zwar von weniger allgemeinem Interesse sind, aber besonders zur Kennzeichnung des Charakters des Angeklagten v. Kriegsheim dienen.

Versammlungen.

Eine vom liberalen Wahlkomitee für den 44. Kommunal-Wahlbezirk einberufene Gemeindevähler-Versammlung, die am 31. Januar abends in den Arminiusgassen stattfand, lieferte vor dem hoffnungslosen Ausgange des Liberalismus in Moabit ein geradezu lässliches Bild.

Die Wähler hatten am 30. Januar eine Versammlung anberaumt, in der die Jahresberichte des Vertrauensmanns, des Kassierers, der Lohnkommission und des Gewerkschaftsdelegierten gegeben wurden.

Die Korbmacher verhandelten am 29. v. Mts. über ihre Lohnbewegung. Gütte bezeichnete die Lage des Streiks als einen günstigen für die Ausständigen und wurde im Anschluß an seinen Bericht beschloffen, von den noch bestehenden Fonds den nicht vollberechtigten Kollegen einen Zuschuß zu der Unterstützung zu gewähren.

Die Einseher nahmen am Mittwoch den Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegen. Es haben bis jetzt 106 Meister bewilligt, davon 86 durch Unterschrift und 20 durch Fügung der Lohnkommission gegenüber.

Die Rifenmacher hielten am Montag in den Arminiusgassen eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Theodor Meyner über den Wert und Nutzen der Organisation referierte.

In einer öffentlichen Lithographen-Versammlung, die am Mittwoch in den Arminiusgassen stattfand, referierte Tischendorf über eine Diskussion, die kürzlich in der „Papier-Zeitung“ zwischen zwei Fabrikanten, Zeitbad und Dr. Gerschel, gepflogen worden ist.

Der Centralverband der Maurer (Hauptstelle Berlin und Vororte) hielt am Dienstag im Kellerischen Saale eine stark besuchte Generalversammlung ab.

Der vom Kassierer Schulz erstattete Kassensbericht weist eine Gesamteinnahme von 160 774,93 M. auf. Die Gesamtausgabe beträgt 102 618,45 M., der Restbestand 58 156,48 M.

Folgende Anträge wurden, nachdem über sie diskutiert worden war, angenommen: Da die Fabrikanten häufig noch unter 60 Pf. pro Stunde arbeiten und auch zum großen Teil der Organisation fern stehen, so soll die Verbandsleitung eine durchgreifende Agitation unter den Fabrikanten veranlassen.

Die Sammelkarten werden nur noch bis zum 10. Februar abgestempelt. Am zwischen den Kollegen der einzelnen Bezirke und Hauptstellen des Streikbezirks eine engere Fühlung herzustellen, sollen regelmäßige Vertrauensmänner-Sitzungen abgehalten werden.

Die Metallarbeiter nahmen in ihrer Versammlung am 28. Januar den Bericht über das Gewerkschaftsstatistik entgegen und wählten hierauf Prehler und Richter zu Delegierten.

Die sozialdemokratischen Vereine für Stralau und Rummelburg hielten am 28. Januar Genosse Rankow einen beifällig aufgenommenen Vortrag.

Die Arbeiter nahmen am 29. Januar eine Revision zu unterziehen. Beauftragt wurde damit eine Kommission von sieben Personen.

Die Drechsler beschloffen in einer am 29. Januar abgehaltenen Versammlung, in diesem Jahre von einer Lohnbewegung Abstand zu nehmen.

Die Arbeiter nahmen am 28. Januar eine Versammlung anberaumt. Die Versammlung ehrte das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Hr. Kinou in der üblichen Weise.

Die Arbeiter nahmen am 28. Januar eine Versammlung ab. Der Vorstand legte in einem eingehenden Referat die Notwendigkeit der Organisation dar.

Die Arbeiter nahmen am 29. Januar eine Volksversammlung statt, in der Genosse Freywald in einem interessanten Vortrag über die Kommunalwahlen und deren Bedeutung für die arbeitende Bevölkerung sprach.

Kassierer und dessen Stellvertreter und fünf Beisitzern. Beide Obmänner und beide Kassierer sind zugleich die Vertreter der Kollegen in der Kästner-Kommission, die Beisitzer fungieren als Stellvertreter derselben.

Die Versammlung erteilte dem Kassierer und den übrigen Mitgliedern der Verbandsleitung Decharge, stimmte der Streichung einiger kleiner Posten zu, und vollzog dann die Neuwahl der Verbandsleitung, die folgendes Resultat hatte: Panzer, 1. Obmann, Brauns, 1. Kassierer, Wenzler, 2. Obmann, Wiltz, Schulze, 2. Kassierer, Hanke, Wisse-Charlottenburg, Lehmann-Nigdorf, Behrend, Wilmersdorf und Wismann-Steglich-Beisitzer. — Revisoren: E. Lehmann und Thöns. — Beschwerde-Kommission (zur Erledigung von Beschwerden der Mitglieder gegen die Verbandsleitung): Matichens, Weiland, Anappe, Steffens, Redung. — Die von den Bezirken vorgelegenen Beitragsanträge wurden beifällig. — Ferner wurde beschloffen, der Hauptkasse aus dem Streikfonds 30 000 M. zu überweisen und in Zeiten der Gefahr dem Hauptvorstand den ganzen Berliner Fonds zur Verfügung zu stellen.

Die Maler hielten am 25. Januar eine außerordentliche Generalversammlung ab, um Protest einzulegen gegen den Beschluß der Filiale I, die die Ausbringung der Kosten für den Arbeitsnachweis ablehnte.

Die Barfettbodenleger beschloffen in einer gut besuchten Versammlung am 29. Januar, ihren Tarif einer Revision zu unterziehen.

Die Drechsler beschloffen in einer am 29. Januar abgehaltenen Versammlung, in diesem Jahre von einer Lohnbewegung Abstand zu nehmen.

Die Arbeiter nahmen am 28. Januar, daß die Zahl der Mitglieder auf 70 gestiegen ist. Die Kasse weist im vergangenen Quartal eine Einnahme von 188,95 M. und eine Ausgabe von 95,57 M. auf.

Der Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Krautwäberei hatte am 23. Januar eine Versammlung anberaumt. Die Versammlung ehrte das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Hr. Kinou in der üblichen Weise.

Eine Versammlung der Maschinenformer tagte am 28. Januar. A. R. S. legte in einem eingehenden Referat die Notwendigkeit der Organisation dar.

Der Verband der Tapezierer (Filiale Nord) vollzog in seiner letzten Versammlung die Neuwahl der Ortsverwaltung.

Reinickendorf. Am 29. Januar fand hier eine Volksversammlung statt, in der Genosse Freywald in einem interessanten Vortrag über die Kommunalwahlen und deren Bedeutung für die arbeitende Bevölkerung sprach.

In Weiskensee beschäftigten sich die Parteigenossen in einer Kollektionsversammlung mit den Wahlen zur Gemeindevertretung.

Nigdorf. Die Metallarbeiter nahmen in ihrer Versammlung am 28. Januar den Bericht über das Gewerkschaftsstatistik entgegen und wählten hierauf Prehler und Richter zu Delegierten.

Nigdorf. Am 28. Januar hielten hier die Maurer eine Versammlung ab. Nach einem Vortrag des Maurers Schulz über das Thema „Der Kampf ums Dasein“, nahm die Versammlung den Bericht über das Gewerkschaftsstatistik entgegen und wurden Wittig und Groedel zu Delegierten gewählt.

In sozialdemokratischen Vereinen für Stralau und Rummelburg hielt am 28. Januar Genosse Rankow einen beifällig aufgenommenen Vortrag.

Sozialwissenschaftlicher Studentenverein. Freitag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag von Frau G. n. a. u. d. h. über: „Die Arbeiterin“. Ort des Vortrags: „Gartenbau“, Rosenkalerstr. 25 (großer Saal). G. h. e. r. l. i. c. h. t. w. i. l. l. k. o. m. m. e. n. t.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 2. Februar.
Opernhaus. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. König Lear. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probekandidat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leistung. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Der goldene Käfig. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Rastle Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Freudvoll und leidvoll. Anfang 8 Uhr.
Westen. Die Regimentstochter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reibens. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Wilhelm Tell. Anfang 8 Uhr.
Central. Die kleine Excellenz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Die Jagd nach dem Glück oder: Die Diebin. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädisches. Ein gesunder Junge. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitätenvorstellung. Anfang 8 Uhr.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Selun“.
Im Hörsaal: Dr. Schwahn: Die Oberfläche der Erde und ihre Entstehung.

Carl Weiss Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
In noch nicht gesehener Pracht-Ausstattung!
Neue Dekorationen! Neue Kostüme!
Die Jagd nach dem Glück
oder: **Die Diebin.**
Realistisches Lustspiel mit Ges. in 8 Bildern v. Carl Weisk. Musik v. S. Hall. In Scene gesetzt v. J. Dill. Anf. 8 Uhr. Vorzugsbill. hal. Günstig. Im Tunnel v. 7 Uhr an Freikonzert. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonnabendnachmittag Kinder-Vorstellung: Schneewittchen. Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr: Senore. Kl. Preise.

W. Noacks Theater,
Stummstr. 16.
Mutter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung.
Tanzkränzchen.

Apollo-Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
La Fagette, Soubrette. Luigi Dell Oro, Instrumental. Accuamarinoffs, Gesangs-Ensemble. Schwestern Serini, Duettist. Ephraim Thompson mit seinen Elefanten. Dagmar Hansen, Soubrette. Diamantine, Flammentänzerin. Hill u. Hull, Eccentrics. **Der Kosmograph.** Neue Bilder aus dem Transvaalkriege. — Um 9 Uhr: **Im Reiche des Indra.** Vorverkauf im Theater, beim Invalidentank u. Künstlertank.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das große neue Sensations-Februar-Programm.
Erstklassige Spezialitäten.
Lebende Photographien.
Scenen vom Krieg in Transvaal. Um 8 1/2 Uhr! Novität! Um 8 1/2 Uhr!
Der seltsame Zwiebelmann.
Festmächts-Burleske mit Ges. in 2 Akt. Hauptrollen: Direktoren Winkler und Fröbel. Anfang 7 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-1 Uhr. Sonnabend: **Palast-Theater.** **Wadenball.** Viele Uebersetzungen. Große Preis-Verteilung. Ehren-Vorzugskarten und Gutscheine sind gültig.
Mitwoch, den 21. Februar: **Benefiz** für die beliebte Soubrette Helene Voss.

Cirkus Schumann.
Heute, Freitag, den 2. Februar cr., abends präc. 7 1/2 Uhr:
Erste und nur einmalige Clown- und Komiker-Vorstellung.
Ein Abend voll Humor und Frohsinn oder: Man soll und muß lachen. U. a. August als Kunstreiter vor 50 Jahren, Clown Armando als Professor Fald. — Original-Clowns Tomstos und Antone als Kunstschützen und Professor der Magie. — Boule mysterieux. August Wagners Original-Clowns Klappo und Reade und Schillers Häber. — Lady Emma Etienne und Clown Little Wood etc. Die Art. Schumanns anerkannt unerreicht bestehende Originaladressen. Zum Schluss: Auf vielseitiges Verlangen: Nur einmalige Abend-Aufführung: Die reizende Pantomime: **Im Weihnachtstheater** oder: Die Puppentheater.
Sonntag: 2 Vorst. um 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

Restauration
im Süd-Westen, voller Schanz, frankreichshalter sofort preiswert zu verkaufen. Adressen unter C. 2 an die Exp. d. „Vorwärts“, Beuthstr. 2.

Metropol-Theater
Behrenstr. 55/57.
Vollständig neues Februar-Specialitäten-Programm.
Mdle. Sidley. Miss Dejo.
Les Arbnas. Les Vincentina.
Allison-Troupe.
Littke Carlsen.
Um 9 Uhr 30 Minuten
Die verkehrte Welt
mit der fernhohen Truppen-Breue. Anfang: Wochentags 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, 3. Februar:
Dritter grosser Metropol-Theater-Masken-Ball.

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger**
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4 a.
Heute Freitag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Volkstraiten und
Sohnmanns neue. Schlozer
Sichte liebe Hanna.
Beginn d. Badier-Saison.
Nach der Sotree:
Tanzkränzchen.

Cirkus Busch.
Heute Freitagabend 7 1/2 Uhr:
Humorist. Gala-Abend. Clown-Vorst. um 8 1/2 Uhr: **Die Camorra.** Amateur-Konkurrenz-Reiten. 50 M. Prämie. Chorvari von 100 Clowns. Dr. Rivall, der Feuerkünstler. Die Rastweef-Troupe. Der beste Jongleur der Gegenwart, Signor Farini.

Wohl fühlt sich
bei jetziger Witterung, wer
Brunnenstr. 110
(neben dem Pferdeban-Depot) bei **Ignatz Sello** bezieht anerkannt guten **Rum 1/2 fl. inkl. 90 Pf.** an vorzüglich **Glühwein-Extrakt, 1/2 fl. inkl. 1.10 M.** an **Stouddorfer** inkl. Drig. Blase (1/2 fl.) a **80 Pf.** **Halb u. Halb, mischung, 90 Pf.** per 1/2, **Champagner-Flasche** inkl. alten **Nordhäuser** per Liter **50 Pf.** früher **ungarwein, Drig. 1/2 fl.** inkl. von **90 Pf.** an, sowie feinst. Sorten **Weine, Cognacs** usw. Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugsquelle.
110 Brunnenstr. 110.
Kellerei: **Kastanien-Allee 27.**
Fasen! Beste Woche! R. 2,50 gepickelt 3, 25, 30, 40 Pf.
Hirschfleisch Blatt 50 Pf.
Wildschwein, Kaninchen, Gans, Hühner, Enten, Tauben.
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein Sohn
Emil Wühl
am 27. Januar verstorben ist.
Wwe. Wühl, Berlin.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr von der Halle des Pflanzengemeinde-Kirchhofs (gegenüber der Straßenbahn) statt. [21675]

Urania
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
Hörsaal:
Dr. Schwahn: Die Oberflächenform der Erde und ihre Entstehung.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Geöffnet
9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Anatomisches Museum
Dienstags für Damen.
Passage-Theater:
Der Haarathlet **Sascha**
und 15 erstklassige Debuts.
Vorstellung 7-10 1/2 Uhr.

CASTANS
PANOPTICUM
Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
der englischen Armes
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayerische Sänger
und
Schuhplattler-Gesellschaft.

Hermann Liewalds
Schaufwirtschaft.
Heute u. morgen: Frische Blut- u. Leberwurst. — Empfehle meine gr. u. kl. Zimmer i. Verain u. Gesellschaften. **Hagenstr., Ecke Gubrunstr. 1.** Am hdt. Central-Friedh. i. Friedrichsfelde, früh. Nantenheiser 47.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Horn- u. Blasenleiden, Frauenkrankheit, heilt sicher ohne Verabreichung. [34442]
R. Wagner, Ballstr. 23.
täglich 8-10, 3-5. [35292]

Falbe,
44. Elsasserstr. 44.
Behandlung aller Haut- u. Hautleiden ohne Verabreichung. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9-3. Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz. 34542
Frauenleiden
heilt mit vorzügl. Erfolge
Frau Grundmann,
prakt. Naturheilkundige. — Sprechst. im Frauenheilbad
Köpnickerstr. 72, Gradenstraße
Dienstags u. Freitags 6-7 u. Chorlottenberg, Naturheilkunst.
Berlinerstr. 40, (Nähe Rote)
täglich 8-10, 3-5. [35292]
Konsultation mit Untersuchung 1,50.

Deutsche Schuh-Fabrik
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt-Ilversgehofen
Beste Zuthaten.
Renommirtes Fabrikat.
Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalbt, Spezialität... 7 M. ohne Naht, Spiegel 8,50 M. **Seck u. Knopferzeugung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.**
Agraffenstiefel, Seck, 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.
Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solid, kräftig, 4,50 bis 6,50 M. **Schaftstiefel, Reitstiefel.**
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Seck u. Spitze, von 5,50 M. an.
Schnürschuhe... von 3,50 M. an.
Hausschuhe... von 3,00 M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, außerst solid gearbeitet.
zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollsten Dessins von 2,50 M. an. Größte Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Ueberschneidung ausgeschlossen. [34530]
Verkaufsstellen:
Berlin SW., Belle-Alliancestr. 102.
W. Schlichtstr. 12.
Stettin, Reifschlagerstr. 14.
Hannover, Klagenmarkt 7a.
Hamburg, Steinstr. 16.
Bremen, Hauptstr. 75.
Düsseldorf, Schadowstr. 57.
Köln a. Rh., Eigelstein 68.
Frankfurt a. M., Viehhofstr. 29.
München, Sendlingerstr. 10.
Dresden, Hauptstr. 88.
Leipzig, Hauptstr. 22.
Kaisersbr. 23.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Freudvoll und leidvoll.
Vollständ. mit Gesang in 4 Aufzügen von Louis Herrmann. Musik von G. Steffens.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Amphitryon. Hierauf: **Der zerbrochene Krug.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Cyprienne.
Abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Täglich:
Noch nie dagewesener Possen-Lacherspiel!
Im Himmelhof.
Thomae, Thielcher, Helmreich, Junfermann, Paulmüller.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die kleine Excellenz.
Operette in drei Akten von Richard Genberger.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, nachm. 3 Uhr zu halben Preisen: **Der Bettelstudent.**
Operette von U. Riederer.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Butter, Mehl, Sortiergesch. feine Lage Schöneberg, krankheitsfrei verkauft. Auskunft Eilbeldstr. 41, Hof IV, Hildebrandt. [21385]
Wanellen. Hute 12 Markt, an der Hauptstr. von Birkenwerder nach Bergidee gelegen, verkauft Bloßfeld, Süßkittenstr. 21. [763]
Garbinnenhand Große Frankfurterstr. 9, partierre. 11056
Elegante vorjährige Herrenhosen, feine Stoffe 9-12 Markt. Verkauf Comanden und Sonntag. Verlanbous-Germania. Unter den Linden 21 II.
Weser, bar und Teilzahlung. Filzig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königsbergerstr. 2872
Teppiche mit Farbenflecken, Engroslager Große Frankfurterstr. 9, partierre. [1117]
Damenhüten, Schreibst. Vadenstich, Regale, Glühlichter, Biegeschalen spottbillig. Pils, Weidengr. weg 13b. 20895
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Postkarte. Vindner, Bernauerstr. 75. 1793
Kanarienhähne und Weibchen verkauft billig J. Gwald, Schönleinstr. 6. 300K

Vermischte Anzeigen.
Nähmaschinen. 3 oben, Adler, Rild- und Sorwaridnäder, ohne Anzahlung, Postkarte. Bedner, Quistenstr. 26. [763]
Steyppeden am Billigen Fabrik Große Frankfurterstr. 9, partierre.
Farger Kanarienhähne, 100 Zustweiden. Grundmann, Romanbantenstr. 52. [21776]
Kanarienhähne, frächtige Weibchen, edler Stamm, verkauft billig Wilmood, Quersstr. 20, vorn II. [25585]
Tosa (vifines) billig. Schulte, Bergmannstr. 107, vorn IV. [21745]

Vermietungen.
Zimmer.
Möbliertes Zimmer für 2 Herren oder Damen (a 8 M.) sofort oder später zu vermieten. Wnd. Rosenfeld, Forsterstr. 54, Seitenflügel III.

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Klavierpieler verlangt Gaspard, Beußelstr. 57. [1185]
Tüchtige Stodzieger für Rothbüden und Tonking auf sofort gesucht. Geller (Schirmfabrik, Schröder u. Kerl, Cede (Proving Hannover). 26625

Monteur,
welcher mit der Ausführung von An- schlußanlagen an die Berliner Elektricitätswerke, Dreh- und Gleichstrom, durchaus vertraut sein muß. Betrachtete bevorzugt Bewerber wollen gef. Offerten u. Bezeichnung der Zeugnis- abschriften, Lebenslauf und Gehalts- ansprüchen sub E. 2 an die Exped. dieses Blattes einreichen. [21706]

Möbelpolierer!
Zeit dem 4. Dezember sind die Kollegen bei Laborenz, Rindorf, Anselestr. im Ausstand. Zug- fernhalten bitte. 145/5
Der Vorstand des Verbandes
Achtung, Holzarbeiter!
In der Möbelfabrik von Fränkel & Comp., Lützowstr. 108, sind sämtliche Arbeiter wegen Lohn- differenzen angeheuert. 77/7
In der Möbelfabrik von Baumgärtner, Friedrichsberg, Blumenhüttenstr. 27, haben sämtliche Arbeiter wegen Abzüge die Arbeit niedergelegt.
Zug fernhalten.
Die Ortsverwaltung.
Achtung! Drechsler!
Von d. Maschinenwarenfabriken von Gabilit u. Comp., Eilbeldstr. 29 Goldschmid u. Comp., Mittelstr. 40 Kassel u. Meißner, Brüderstr. 7, 11 Zug fernhalten.
Die Ortsverwaltung.